



18. März 1929

WALTHER PAHL • DIE LÖSUNG DER RÖMISCHEN FRAGE UND IHRE BEDEUTUNG



OHNE Zweifel ist der Friedensschluß zwischen dem geeinigten Italien und dem Vatikan, wie er durch die Unterzeichnung der Verträge am 11. Februar dieses Jahres besiegelt worden ist, ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung. Dem fascistischen Staat ist es gelungen eine Frage zu lösen, die 6 Jahrzehnte hindurch nicht gelöst werden konnte. Durch die in den letzten Jahren immer häufiger gegebenen Meldungen von einer bevorstehenden Lösung der Römischen Frage war man zwar vorbereitet worden. Indes, man nahm diese Meldungen nicht ernst, und so ist heute alle Welt überrascht. Wenn man sich auch redlich bemüht diese Leistung des fascistischen Staats zu verkleinern, so sieht man sich nun doch gezwungen die Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs des fascistischen Systems für einige Jahre zu prolongieren. Wie denn die Stellungnahme zu dem Fascismus überhaupt durch ihre Hilflosigkeit charakterisiert ist, die ihren Grund in der Annahme hat, daß dem Fascismus "demnächst" das Lebenslicht ausgeht. Man glaubt es deswegen nicht nötig zu haben seine Leistungen auf ihre Dauerhaftigkeit hin zu untersuchen. Nun aber ist es dem Fascismus gelungen die Römische Frage aus der Welt zu schaffen, an deren Lösung sich die italienische Politik 6 Jahrzehnte vergeblich versucht hatte. Und der Papst sah durch den fascistischen Staat die Voraussetzungen geschaffen, die es ihm ermöglichten dem italienischen Staat endlich den Frieden anzubieten. Damit verhilft das Haupt einer Kirche, die 400 Millionen Menschen aus allen Teilen der Welt umfaßt, dem Fascismus zu einem Prestigege Gewinn, der gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. In den Augen von 400 Millionen Menschen wird der Fascismus sanktioniert. Der Friede wurde geschlossen, obwohl Mussolini bei aller Beteuerung seiner Ergebenheit vor der geistigen Macht der Kirche nichts unversucht gelassen hatte, um sie ihrer politischen Machtmittel zu entblößen; eine Tatsache, die eine Lösung der Römischen Frage weiter entfernt denn je erscheinen ließ. Dennoch, die Lösung ist heute da.

Bevor wir nach der Bedeutung dieses Ereignisses fragen, wollen wir uns kurz die Geschichte der sogenannten Römischen Frage vergegenwärtigen. Wollte die starke nationale Einheitsbewegung des Risorgimento ihr Ziel: Rom zur

Hauptstadt Italiens zu machen, erreichen, so mußte sie den Kirchenstaat auflösen. Vergeblich versuchte der König Viktor Emanuel den Papst Pius IX zu bewegen freiwillig seine weltliche Herrschaft aufzugeben. Der Papst verspernte sich allen Vergleichsangeboten, und so wurde denn der Kirchenstaat gewaltsam dem neuen italienischen Einheitsstaat einverleibt: Am 20. September 1870 zogen die Königlichen Truppen durch die Porta Pia in Rom ein. In dem Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 erklärte man die Person des Papstes für unantastbar und unverletzlich, man garantierte ihm alle Vorrechte und Ehren eines Souveräns auf dem eng abgezirkelten vatikanischen Besitz. Als Ersatz für die verlorenen Einkünfte aus dem Kirchenstaat bewilligte man dem Papst im italienischen Staatshaushalt eine jährliche Rente in Höhe von 3 225 000 Lire. Jedoch lehnte der Papst jede Verhandlung über die Annahme des Gesetzes ab. Er betrachtete sich als »Gefangenen des Vatikans«, als Opfer brutaler Gewalt, und beschränkte sich auf den immer wiederholten entschiedenen Protest. Eine in den Jahren nach 1870 von den katholischen Parteien angestrebte Intervention gegen Italien zugunsten der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes kam nicht zustande. Die Führer des neuen Staats Italien hielten an Cavour's Parole von der »freien Kirche im freien Staat« fest. Von dem Wahlkampf und dem Parlament hielt die katholische Kirche zunächst ihre Anhänger mit dem Non expedit von 1874 und mit der Formel "Weder Wähler noch Gewählter!" zurück. Dadurch gewann Italien Zeit seine staatliche Existenz zu festigen. Benedetto Croce zitiert in seiner Geschichte Italiens ein Wort des Kronprinzen Humbert, der im Jahr 1874 die Unversöhnlichkeit der Kurie ein »Glück für Italien« nannte, weil sie das »langsame Reifen einer Lösung des Zwiespalts« ermögliche. Dieses Wort beleuchtet das Verhältnis zwischen Staat und Kurie nach 1870. So fern der Staat von einem Kulturkampf war, so ließ er sich doch keineswegs davon abhalten im staatlichen Interesse das zu tun, was er zur Stabilisierung des Staatsganzen für notwendig hielt. Croce sagt:

»Die katholische Welt mit dem Vatikan, mit ihren Klöstern, Seminaren, mit ihren geistlichen und wohlthätigen Anstalten blieb eine Welt für sich, von der man nur Notiz nahm, soweit sie sich gelegentlich in die italienische Politik einzumischen suchte.« So sehr man sowohl auf seiten des Quirinals wie auch im besondern auf seiten des Vatikans äußerlich an der grundsätzlichen Gegnerschaft bis in die jüngste Zeit hinein festhielt, so war doch eigentlich die Kriegsperiode mit dem Tod Pius' IX abgeschlossen. Seitdem hat sich die Spannung langsam, aber stetig gelöst. Tatsächlich bemühte sich der Papst Leo XIII wiederholt, ohne Preisgabe des Standpunkts des Heiligen Stuhls, zu einem Vergleich mit dem Quirinal zu gelangen. 1887 verhinderte eine Intervention der französischen Regierung, daß die Chancen, die sich für eine Lösung der Römischen Frage damals boten, ausgenutzt werden konnten. Mehr und mehr schien das Papsttum an einer Bereinigung seines Verhältnisses zum italienischen Staat interessiert zu sein. Der Weltkrieg führte dann noch einmal dem Papsttum seine prekäre Lage deutlich ins Bewußtsein. Italien hatte bei seinem Eintritt in den Krieg ein Abkommen mit seinen Alliierten, eine sogenannte Papstklausel, durchgesetzt. Diese enthielt die Verpflichtung der Alliierten den Papst von den Friedensverhandlungen auszuschließen. Der Vatikan empfand sie als einen harten Stoß. Um ähnliche Zustände wie diese zu verhindern, konzentrierte er sich in der Nachkriegszeit auf die Erspähung von Möglichkeiten zu einer endgültigen Lösung der Römischen Frage.

Die junge fascistische Bewegung war in ihrem Beginn durchaus antiklerikal orientiert. Ursprünglich forderte man sogar die Enteignung des Kirchenvermögens. Aber schon vor dem Marsch auf Rom gab der Fascismus seine antiklerikale Einstellung preis. Im April 1921 erklärte Mussolini in Ferrara:

»Ich behaupte, daß die Überlieferung des Römischen Imperiums heute im Katholizismus zu finden ist. Wenn Mommsen vor 30 Jahren sagte, man könne nicht in Rom weilen, ohne von der Idee des Allumfassenden beherrscht zu werden, so glaube und behaupte ich, daß heute die einzige allumfassende Idee in Rom die ist, die vom Vatikan ausstrahlt. Es beunruhigt mich die Bildung nationaler Kirchenlehren zu beobachten, denn ich muß an die Millionen und Abermillionen von Menschen denken, die ihren Blick nicht mehr nach Italien und Rom richten werden. Darum stelle ich folgende Hypothese auf: Wenn der Vatikan seine heutigen Bestrebungen endgültig aufgeben sollte, und ich glaube, er ist auf dem Weg dazu, dann sollte Italien ihn mit Geldmitteln unterstützen, die für Schulen, Kirchen, Hospitäler usw. benötigt werden und einer weltlichen Macht zur Verfügung stehen. Denn die Verbreitung der katholischen Kirche, die Menge von 400 Millionen Menschen, die von allen Ländern des Weltballs auf Rom schauen, sind für uns Italiener ein Quell des Stolzes und von besonderer Wichtigkeit.«

Diese Stellung wahrte Mussolini auch nach dem Marsch auf Rom. Auf der ersten Jahresfeier sagte er:

»Der Marsch auf Rom gedenkt den sittlichen Wert der religiösen Gesinnung anzuerkennen und hochzuhalten, indem er der katholischen Kirche höchstes Ansehen verleiht.«

Diese kirchenfreundliche Haltung des Fascismus führte in der Folge denn auch zu der Wiedereinführung des Religionsunterrichts in der Schule, zur Aufstellung der Kruzifixe in den öffentlichen Gebäuden usw. Die Geistlichen erhielten verstärkten Einfluß, auch ihre wirtschaftliche Lage wurde gebessert.

Bezeugten diese Tatsachen dem Vatikan die prokatholische Haltung des Fascismus, so gab es doch auf der andern Seite eine ganze Reihe anderer, die gerade im Gegenteil den Willen Mussolinis bekundeten die kirchliche Macht zu brechen. So löste Mussolini im März 1928 die katholischen Jugendverbände auf, die schon lange für die fascistischen Jugendverbände eine Konkurrenz bildeten. Der Abdruck der Rede, in der der Papst Pius XI gegen diesen Gewaltakt protestierte, wurde durch Mussolini verboten. Der Papst hatte in dieser Rede unter anderm erklärt:

»Wir wissen, daß nicht wenige christliche Eltern, die das Wesen der christlichen Erziehung kennen, deren Mission allein die Kirche innehat, darüber betrübt sind und ernste Besorgnisse hegen, weil sie fortgesetzt Versuche oder, besser gesagt, ausgearbeitete Pläne feststellen müssen, die auf eine wahre Monopolisierung der Jugenderziehung abzielen, nicht nur vom physischen sondern auch vom moralischen und geistigen Standpunkt.«

Auch der Kampf Mussolinis gegen die Popolari, die große Volkspartei unter Führung des Priesters Don Luigi Sturzo, war in Wahrheit ein Kampf gegen das Papsttum. Die Koalition der Fascisten mit Angehörigen der Popolari in der ersten von Mussolini gebildeten Regierung war von kurzem Bestand. Die Popolari bildeten bald den Mittelpunkt der Oppositionsfront gegen den Fascismus. Mussolini gelang es die Popolari zu zerschlagen. Der Heilige Stuhl hatte sich sehr wohl gehütet sich in der einen oder andern Richtung zu binden. Offenbar hoffte er in dem Kampf zwischen Fascisten und Popolari der lachende Dritte zu bleiben. Nachdem aber Mussolini die Macht der Popolari in der Zeit, die der Ermordung Matteottis folgte, gänzlich gebrochen hatte, gab der Vatikan seine bisherige Haltung auf und veranlaßte Don Sturzo, den gefährlichsten Gegner Mussolinis, zum Verlassen der politi-

schen Arena. Obwohl also das Papsttum es zugelassen hat, daß Mussolini die Macht des politischen Katholizismus in Italien brach, bot es dem Fascismus die Friedenshand. Bald wurden zwischen dem Vatikan und dem Palazzo Chigi Beziehungen angeknüpft, die eine Versöhnung anbahnen sollten.

Mit den Verträgen vom 11. Februar 1929 sind denn auch die Streitfragen zwischen dem italienischen Staat und der katholischen Kirche beigelegt worden. In dem Aussöhnungspakt wird dem Papst ein souveränes Gebiet von 8 Quadratkilometer zugesprochen. Damit wird das päpstliche Territorium zu einem Miniaturstaat erweitert. Das Konkordat bringt den religiösen Orden und Kongregationen weitgehende Freiheiten. Die kirchlich vollzogene Trauung erhält Zivilgeltung. Das Finanzabkommen fixiert die Entschädigung an den Papst auf 2 Milliarden Lire. Davon wird die Hälfte durch eine in der ganzen katholischen Welt aufzulegende italienische Anleihe aufgebracht; die andere Hälfte wird ratenweise ausbezahlt.

Die Wiederherstellung des Kirchenstaats ist der wichtigste Punkt in den ganzen Vereinbarungen. Das war auch die entscheidende Forderung, von deren Erfüllung der Papst die Aussöhnung abhängig machte. So gewiß ihr nun formell Genüge getan ist, die wirkliche weltliche Macht des Papstes ist nicht wiederhergestellt worden. Eigentlich ist nur das bisherige Nutznießungsrecht dieses Territoriums in ein formelles Eigentumsrecht umgewandelt worden. Nachträglich hat sich damit der Vatikan praktisch eine Auffassung zu eigen gemacht, die in den letzten Jahrzehnten immer wieder als eine Irrlehre verdammt worden war: die Auffassung nämlich des italienischen Staats, daß der Papst ohne Kirchenstaat seine geistige Gewalt viel freier ausüben könne. Nichts anderes bedeutet die jetzige Bescheidung mit einer Duodezsoveränität. Die These, daß die geistliche Gewalt nur unabhängig sein könne, wenn sie sich auf eigene weltliche Herrschaft stütze, eine These, die Jahrhunderte hindurch galt, ist tatsächlich aufgegeben worden. Offenbar hat man im Vatikan aus der Geschichte gelernt, die beweist, daß der weltliche Besitz der Kirche nicht zum Vorteil gereichte. Die Einsicht des Papstes in diese Zusammenhänge läßt ihn in der neuen Stadt des Vatikans die Erfüllung der Forderung auf Rückgabe des geraubten Kirchenstaats erblicken. Der Wandel der päpstlichen Auffassung wurde deutlich durch die Rede illustriert, die der Papst aus Anlaß des Versöhnungsakts an die Geistlichen Roms richtete. Der neue Kirchenstaat, so sagte der Papst, sei sehr klein, aber doch größer als die Welt. Und er könne, was sein Gebiet betreffe, gar nicht klein genug sein. Räumlich brauche er nur die Ausdehnung, die gerade zur Versinnbildlichung einer unabhängigen und souveränen Macht ausreiche. Es habe ihm, dem Papst, nichts daran gelegen ein größeres Gebiet zu erreichen. Niemand solle dem Vatikan Habgier nach weltlichem Besitz vorwerfen. Die Einsicht in die Gefahr, daß weltlicher Besitz noch einmal die religionspolitischen Aufgaben des Papsttums beeinträchtigen könne, führte den Papst zum Verzicht auf die Wiederherstellung des alten Kirchenstaats. Von hier aus läßt sich auch eine Erklärung dafür finden, daß der Vatikan seine große politische Partei in Italien dem Fascismus geopfert, und daß er auf den Kampf gegen die fascistischen Jugendorganisationen verzichtet hat.

Warum Verzicht und wiederum Verzicht? Der mißverstet die Strategie der katholischen Kirche, der hinter diesem Verzicht Kapitulation vermutet. Mehr

denn je steht die katholische Bewegung in Aktionsbereitschaft. Im Zusammenhang mit dem Aufruf zur katholischen Aktion wird die Forderung der Nichteinmischung der Kirche in die Politik strenger denn je erhoben. Um das Feld für eine intensive geistige Wirkungsmöglichkeit aufzuschließen, sieht der Vatikan von einer Förderung des politischen Katholizismus ab. Und das nicht nur in Italien sondern in dem großen Raum der katholischen Welt überhaupt. Der Katholizismus geht den Weg politischer Neutralität, um seinem geistigen Einfluß neue Wirkungsmöglichkeiten zu erschließen, um die katholische Aktion um so intensiver vorwärtszutreiben. Um seine geistige Weltstellung zu stabilisieren, begibt sich der Katholizismus direkter politischer Macht.

Der Vatikan ließ sich von Mussolini seine realen politischen Machtmittel entreißen, um der von Mussolini eröffneten Möglichkeit willen Italien, das fascistische Italien, wieder mit dem katholischen Geist zu durchdringen. Es bleibt wichtig festzustellen, daß Mussolini in seiner Politik dem Klerus gegenüber durchaus konsequent geblieben ist. Er nahm dem Vatikan die politischen Machtmittel, um ihn zu bestimmen sich auf geistige Wirksamkeit zu beschränken. Er ist keineswegs, wie Oda Olberg in ihrem im Kampf veröffentlichten Artikel über die Lösung der Römischen Frage meint, »in Sachen Klerikalismus und Antiklerikalismus "ambivalent"«. Er hat vielmehr durch seine, nur scheinbar widerspruchsvolle, Politik die katholische Kirche genötigt sich auf ihre eigentliche Aufgabe zu besinnen. Es bedeutet also eine gründliche, bei einem Politiker fast unbegreifliche Verkenning der realen Machtverhältnisse, wenn man, wie es der Vorwärts am 15. März in seinen Betrachtungen über die Lateranverträge tut, von einer »vollen Kapitulation des Fascismus vor dem päpstlichen Stuhl« phantasiert und durch die Friedensverträge wie durch das Konkordat sich wie einen »roten Faden« die »restlose Unterwerfung Mussolinis unter die Forderungen des Vatikans« hindurchziehen sieht, um dann hyperbolisch zu resümieren, der »Ausdruck Canossa« hätte »seine Bedeutung verloren, seitdem es Lateranverträge gibt«. Freilich, wer in altliberalen Anschauungen befangen im fascistischen Italien politisch »das rückständigste Land in Europa« erblickt, dem kann es auch nicht darauf ankommen nun dort die kulturelle Rückständigkeit festzustellen. Die nächsten Jahre werden zeigen, wie es mit der prophezeiten »Klerikalisierung Italiens, wie sie, außer vielleicht Spanien und das habsburgische Österreich, kein Staat in den letzten 100 Jahren jemals gekannt hat«, in Wahrheit bestellt ist. Es ist anzunehmen, daß auch auf dem Kulturgebiet, genau wie auf dem politischen, die Wirklichkeit andere Wege gehen wird als die von einer liberalistisch gefärbten Ideologie vorgezeichneten.

Es bleibt die Frage, warum der Vatikan in der Existenz des fascistischen Staats die Bedingungen für eine Lösung der Römischen Frage günstig fand. Widersprechen nicht die fascistische und die katholische Konzeption des Staats einander? Als unkatholisch verurteilte der Papst 1926 eine Staatslehre, »die im Staat einen Selbstzweck sieht, den Bürger nur dem Staat verpflichtet und ihn zwingt sich ihm ausschließlich zu widmen«. Der Action Française gegenüber erklärte er im Frühjahr 1927:

»Es scheint, daß von neuem jene Konzeption der Gemeinschaft beziehungsweise des Staates popularisiert werden soll, die in formellem Gegensatz zur katholischen Doktrin steht: der Staat, der in sich Selbstzweck ist, der Staatsbürger, der nur den Gesetzen des Staats unterworfen ist, ein Staat endlich, der gewissermaßen zur göttlichen Institution erhoben wird, der das einzige Gesetz der Menschheit darstellen soll.« In der Tat ist die Ausschließlichkeit des fascistischen Staats ein Dogma der

Partei. Diese Verabsolutierung des Staatsgedankens wird der Vatikan niemals akzeptieren können. So unannehmbar die fascistische Idee des Staats für den Katholizismus ist, in seiner organischen Struktur, in seinem hierarchischen Aufbau, in seiner korporativen Gliederung entspricht er vollkommen der katholischen Auffassung. Auch für den Fascismus hat die katholische Kirche gerade deswegen so große Anziehungskraft, weil er ihren streng hierarchischen Aufbau bewundert. Dieser Einklang zwischen fascistischer und katholischer Auffassung über die Organisation des Staatsaufbaus wog schließlich schwerer als die Differenzen in der Konzeption der Staatsidee. Der Katholizismus sieht in dem Fascismus mit Recht den großen Zug zur Gebundenheit der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Volkskräfte. Er erkennt, daß der stärkste Feind des Fascismus auch der Feind ist, den zu besiegen der Papst die katholische Welt aufruft: der Liberalismus. Der Wille der Menschheit den Weg aus der Ungebundenheit in die Gesetzmäßigkeit zu weisen ist dem Katholizismus wie dem Fascismus gemeinsam.

Damit sind die Ideen gekennzeichnet, die die Kirche zu einer Aussöhnung mit dem fascistischen Staat bestimmten. Man verkennt das Wesen der katholischen Kirche und ihrer gegenwärtigen Ziele, wenn man mit dem Vorwärts vom 13. Februar 1929 in dem Handeln des Papstes lediglich den »Dualismus zwischen geistiger Mission und kirchenpolitischem Wollen, der die ganze Kirchengeschichte durchzieht«, zu erkennen glaubt. Ebenso lassen sich die Gründe, die den Fascismus zu dem Bündnis mit der Kirche veranlaßt haben, nicht erschöpfen, wenn man mit dem Vorwärts unterstellt, daß Mussolini »seinen Frieden mit dem Vatikan vor allem deshalb geschlossen hat, weil er von ihm eine bedeutende Förderung seiner imperialistischen Strömungen erwartet«. Es ist ein Irrtum von der Außenpolitik des Fascismus auf seine Innenpolitik zu schließen. Mussolini erwartet von dem Bündnis zweifellos nicht nur einen außenpolitischen Prestigegewinn. Durch den Vatikan erhofft Mussolini wohl auch eine nachdrückliche Förderung seiner Interessen im Orient und in den Missionsländern. Dank der zu erwartenden kirchlichen Begünstigung werden die italienischen Missionen vordringen, die doch hauptsächlich nur ein außenpolitisches Instrument sind, um den mittelländischen Machteinfluß zu erweitern. Die Annahme aber, die sowohl von Durchschnittsfascisten wie von Durchschnittsantifascisten geteilt wird, daß die Weltorganisation der katholischen Kirche sich in den Dienst des italienischen Imperialismus spannen ließe, verkennt die anationale, universalistische Tradition des Katholizismus. Indessen wissen unsere Zeitungen in ihren Kommentaren zur Lösung der Römischen Frage nicht viel mehr zu sagen.

Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß der Fascismus von dem Bündnis vor allem innenpolitisch eine Stärkung seiner Position erwartet. Zu genau weiß heute der Fascismus um die Notwendigkeit sein politisches Machtgefüge geistig zu fundieren. Mussolini ist sich ganz gewiß darüber im klaren, daß das fascistische System nur Dauer verbürgt, wenn es von geistigen Mächten getragen wird. Das spürt der Fascismus um so stärker, je mehr er sich von seinem Ausgangspunkt, der programmlosen Aktion, entfernt und vor die konkreten Reformaufgaben gestellt sieht. Das Bündnis mit der katholischen Kirche bedeutet für den Fascismus vor allem ein Bündnis mit dem Geist, mit der geistigen Tradition, mit den immer noch mächtigen Form- und Symbolwerten der katholischen Kirche. Von der Bindung des Fascismus an die

katholische Kirche erwartet Mussolini eine geistige Fundierung der fascistischen Aktion. Diese Aktion muß sich ins Leere verlaufen, wenn sie lediglich an der Erweiterung der fascistischen Macht arbeitet. Ein noch so starkes Machtgefüge kann eines Tages wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, wenn das Gebäude nicht von den Querbalken geistiger Tradition zusammengehalten wird. Der Fascismus geht sicher nicht fehl: Durch das Bündnis mit dem Katholizismus haben sich die Aussichten auf eine dauerhafte Konsolidierung des fascistischen Systems außerordentlich gebessert.

Darin besteht die eigentliche Bedeutung der Lösung der Römischen Frage, von dem fascistischen Partner her gesehen. Weil man das dunkel ahnte, war man auch im Lager der blinden Antifascisten so überrascht. Dort erwartete man jeden Tag neue Meldungen über den bevorstehenden Zusammenbruch des Fascismus. Statt dessen kommt die Nachricht von der Lösung der Römischen Frage. Es gelingt schwer die weltgeschichtliche Leistung zu verkleinern, die Mussolini damit vollbracht hat. Es wäre nur zu hoffen, daß man sich nun auch endlich entschließt den fascistischen Aufbau vorurteilslos zu prüfen, statt sich in Prophezeiungen über seinen baldigen Zusammenbruch zu ergehen. Gerade in Deutschland sollte man die Gefahren sehen, die der Demokratie, die dem Parlamentarismus von den Sympathieen großer Teile der Jugend für eine mißverständene fascistische Aktion drohen. Nicht zufällig gewinnen fascistische Gedankengänge immer mehr und mehr Eingang. Antifascistische Kongresse erreichen das Gegenteil ihrer erwarteten Wirkung. Man erkenne doch, daß hinter dem Fascismus antiliberalistischer Wille oder, positiv gesehen, die Forderung nach korporativer Bindung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte steht. Diese so verstandenen fascistischen Energieen lassen sich sehr wohl in einem demokratischen Staat mobilisieren. Die Krise des Parlamentarismus wird sich durch eine straffere Bindung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte an das Ganze lösen lassen. Nur wenn die Aufgaben, die hier vorliegen, in Angriff genommen werden, wird die deutsche Demokratie die "fascistische Gefahr" abwenden können. Die Sozialdemokratie im besondern hat keinen Anlaß hier dem Liberalismus nachzulaufen.

Noch eines ist zu sagen: Es besteht in unseren sozialistischen Kreisen die Gefahr, daß wir das Bündnis Fascismus-Katholizismus in der Richtung mißverstehen, als sei endgültig jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Katholizismus versperrt. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall: Der mit dem Bündnis indirekt ausgesprochene Verzicht des Katholizismus auf die Förderung des politischen Katholizismus, die ausdrückliche Beschränkung auf geistige Wirksamkeit im Rahmen der katholischen Aktion sollte eigentlich auch für uns Sozialisten nunmehr den Weg freigemacht haben für eine Verständigung zwischen Sozialismus und Katholizismus auf der Basis der religiösen Neutralität des Sozialismus und der politischen Neutralität der katholischen Bewegung. Gerade jetzt haben junge Menschen, strenge Katholiken und strenge Sozialisten in einem, zu solchem Bündnis aufgerufen. Eine Bresche ist geschlagen. Wir dürfen dem ehrlichen Wollen dieser Menschen nicht mit Mißtrauen in den Rücken fallen. Freilich ist auch von seiten des Katholizismus mehr Verständnis zu fordern. Man erleichtert es Sozialisten nicht dem Katholizismus gerecht zu werden, wenn man im katholischen Lager, mitunter stärker als in der Sozialdemokratie, an der Grenzziehung Feuer—Wasser festhält.



LUDWIG QUESSEL · DIE FINANZWIRTSCHAFT DES DEUTSCHEN PARLAMENTARISMUS



WÄHREND die Reparationskonferenz in Paris das Projekt einer Weltbank zur Vereinfachung der Zahlungen aus dem Krieg berät und eine Dreiteilung der deutschen Reparationszahlungen in solche in Devisen ohne Transferschutz, in Reichsmark mit Transferschutz und in Sachleistungen in Aussicht genommen hat, über deren Gesamtsumme man noch im unklaren ist, rückt die Finanzlage des Reichs als innerdeutsches Problem immer mehr in den Mittelpunkt deutscher Politik, aus dem sie so bald nicht verdrängt werden wird. Sieht man von den Demokraten ab, die in der Finanzfrage gespalten sind, so lehnen alle Parteien außer der Sozialdemokratie die Hilferdingschen Deckungsvorschläge ab. Aber auch in der Sozialdemokratie erwachsen schwere Bedenken gegen eine Finanzpolitik, die die Gesamtsteuersumme in Reich, Ländern und Gemeinden ständig erhöht, ohne dabei an das Schicksal der schwachen Glieder der deutschen Wirtschaft zu denken, die unter dem wachsenden Steuerdruck notwendig zusammenbrechen müssen.

Auf 600 Millionen Mark berechnet Rudolf Hilferding das Reichshaushaltsdefizit, was reichlich optimistisch ist. Dieses Riesenloch im Reichshaushalt will er durch Kürzung der Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden, durch Höherschätzung der Erträge alter Steuern und durch Steuererhöhungen verstopfen. Im einzelnen sieht Hilferdings Deckungsvorlage so aus:

1. Kürzung der Überweisungen an Länder und Gemeinden	120 Millionen Mark		
2. Höherschätzung der Einnahmen		91	" "
a) Tabaksteuer	45 Millionen Mark		
b) Zuckersteuer	10	" "	
c) Verbrauchsabgaben	5	" "	
d) Besitz- und Verkehrssteuern	31	" "	
3. Steuererhöhungen		379	" "
a) Biersteuer	165	" "	
b) Spiritusmonopol	90	" "	
c) Erbschaftssteuer	20	" "	
d) Vermögenssteuer	104	" "	

Zusammen

590 Millionen Mark

In dieser Deckungsvorlage Hilferdings steckt eine neue Erhöhung der Gesamtsteuersumme, die unser unglückliches deutsches Volk tragen muß, um 379 Millionen Mark: von 12,8 auf 13,2 Milliarden (1913 4,1 Milliarden). Dagegen lehnt sich alles auf. Das Zentrum zieht, Unheil ahnend, seinen Minister aus dem Kabinett Müller zurück. Stresemann packt Grauen. Er macht sein Verbleiben im Amt von der Preisgabe der Steuererhöhungen abhängig. Das Klagen und Stöhnen des Mittelstands, von dem rückständige Steuern durch die Finanzbureaukratie mitleidslos eingetrieben werden, dringt an sein Ohr. Am 26. Februar brandmarkt er das Steuersystem der Deutschen Republik in einer Rede vor dem Zentralvorstand seiner Partei wie folgt:

»Die Gebarung der Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden kann einen tatsächlich nur mit Grauen erfüllen. Wir quetschen die Steuerzahler aus wie eine Zitrone. Wir hetzen die Kommissionen der Finanzämter zur Prüfung aller Bücher. Wir pfänden dem Bauer die Kuh weg, weil er die Steuern nicht zahlen kann. Der Steuerheber steht bei der Lohnzahlung, bei jedem Honorar, bei jedem Unternehmergewinn, und durch die Art der Erhebung der Steuern haben wir, wenn auch nicht in die Substanz der Wirtschaft eingegriffen, so doch jene Bildung von

Reserven unmöglich gemacht, ohne die wir auf die Dauer die Volkswirtschaft nicht aufrichten können . . . Wir stehen, wenn die Dinge so weitergehen, vor den Trusts auf der einen und vor einer Millionenschar der Angestellten und Arbeiter auf der andern Seite. Damit steigern sich die sozialen Gegensätze . . . Nichts kann diese Entwicklung mehr beschleunigen als die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben im deutschen Parlamentarismus, die sich in der fortgesetzten Erhöhung der Steuern umsetzt . . . Ein Antrag jagt den andern. Von der Milliarde wird heute so gesprochen wie man früher von der Million sprach. Der eine verlangt Milliarden für soziale Aufgaben, der zweite für Wohnungsbau, der dritte für die Landwirtschaft, der vierte für die Siedlung usw. Wir wollen nicht Pharisäer sein und lediglich andere anklagen. Es handelt sich darum festzustellen, daß es mit dieser Politik nicht weitergeht, wenn wir nicht sehenden Auges in den Abgrund hinabstürzen wollen. Unsere Produktion leidet unter der Kaufarmut der Landwirtschaft, die in ihrem weit größten Teil in einer bis zur Katastrophe gesteigerten Krisis sich befindet. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt Ziffern an, die man nie für möglich gehalten hätte . . . Wir müssen uns bemühen zur Reform des Parlamentarismus zu kommen . . . Oder daß, wenn dies an den Parteien selbst in dieser Situation scheitert, der Ruf ertönt: Res venit ad triarios, und verantwortungsbewußte Persönlichkeiten den Mut finden zu regieren, das heißt die Führung zu übernehmen.«

In der Tat, die Schlacht gegen Hilferdings Deckungsvorlage wird Ernst. Sie begann am 14. März im Reichstag, nachdem Hilferding seine Verteidigungsrede für den Etat gehalten hatte. Die Vertreter der Parteien legten sich zwar in der Generaldebatte am 14. und 15. März in der Form eine merkbare Zurückhaltung auf; sie glaubten offenbar im Reichstag nicht so sprechen zu können wie vorher im Land vor ihren Parteifreunden. Aber in der Sache ist es klar, daß sich ihre Auffassungen vom Wesen unserer Finanzwirtschaft nicht geändert haben. Wie könnten sie das auch, da doch die Tatsachen, auf denen sie beruhen, sich nicht geändert haben? Man gewinnt daher das richtige Bild, wenn man die Kundgebungen der letzten Zeit zusammenstellt.

Eine Woche nach der oben zitierten Rede Stresemanns, die eine weitere Steigerung der deutschen Steuerlast klar und bestimmt ablehnt, richtete der Chefredakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung, der gute Verbindungen mit den volksparteilichen Parteiinstanzen unterhält, einen Weckruf an die deutsche Öffentlichkeit, betitelt Die Stunde des Reichspräsidenten, in dem er dem deutschen Parlamentarismus die Fähigkeit abspricht das Finanzproblem zu lösen und die Errichtung einer legalen Diktatur mit oder ohne Auflösung des Reichstags verlangt, weil das Wunder, das die finanzpolitisch ungeschulte Menge zur Lösung unseres Finanzproblems erwartet, von Paris nicht kommen kann und nicht kommen wird:

»So scheint uns der Zeitpunkt nahe herbeigerückt, in dem der höchste verfassungsmäßige Faktor einen entscheidenden Entschluß fassen muß. Man könnte sich denken, daß der Reichspräsident nach dem 13. März ein Kabinett der Persönlichkeiten unter einem bewährten und starken Führer beruft, der allerdings keinesfalls den extremen Parteien rechts oder links angehören darf. Bei der Zusammensetzung dieses Ministeriums dürfte die Parteizugehörigkeit an sich keine ausschlaggebende Rolle spielen. Es wäre aber von durchschlagender Bedeutung, daß Persönlichkeiten in das Kabinett einträten, die durch ihre bisherigen Leistungen die Gewähr für energische sachliche Arbeit bieten, die weiterhin infolge ihrer Position im öffentlichen Leben Bürgschaft gegen aussichtslose gewaltsame Experimente sind. Diesem Kabinett wären wenige festumrissene programmatische Aufgaben zu stellen, wie sie aus der wirtschaftlichen und politischen Not des Volkes ohne weiteres erwachsen. Es müßte für den Reichstag über die Auflösungsorder verfügen, und man kann sicher sein, daß es die Parteien zunächst nicht zwingen würden davon Gebrauch zu machen. Mit einem Ermächtigungsgesetz, das dem Reichstag unter diesen Umständen bevorzugt zu präsentieren wäre, hätte dieses Ministerium der Erneuerung die Möglichkeit die vordringlichsten Aufgaben zu meistern . . . Wir glauben nicht, daß sich diese oder eine ähnliche Lösung noch vermeiden läßt, und sind der Überzeu-

gung, daß man schnell und überlegt handeln sollte . . . Die Flut ist reißend gestiegen, und gewaltige Wogen drohen über die Dämme zu treten, um Hoffnung und Leben zu vernichten. In dieser Not blickt das deutsche Volk auf die ehrwürdige und geliebte Gestalt, die sich an der Spitze des Reichs über jeden kleinlichen Ehrgeiz der Parteien, über alles dumpfe Getöse des Tageskampfes erhebt.«

Nicht nur Volksparteiler, auch Demokraten sehen in dem parlamentarischen System deutscher Prägung, das ja nicht nur im Reich besteht sondern sich als lächerliches Zerrbild 18fach in den Ländern wiederholt, überall die Steuerzahlen steil hinauftreibend, einen »Kabinettsstaat in anderer Form«, in dem lustig nach dem Grundsatz regiert wird, daß der Bürger die ihm aufgebürdete Steuerlast schweigend zu tragen habe, und es eine obere Grenze für sie nicht gebe. Die Zeichen der Zeit richtig deutend, richtete Badens früherer Staatspräsident Willy Hellpach in Worms am 2. März eine Mahnung an seine Parteifreunde, über die die Frankfurter Zeitung folgendermaßen berichtete: »Der Redner zeigt an der Gegenüberstellung von Stresemann und Scholz in der Deutschen Volkspartei, an Aussprüchen von Zentrumsabgeordneten, wie in diesen beiden Parteien die Meinungen über die Verfassung weit auseinandergehen, schätzt, daß $\frac{3}{5}$ der Reichstagsmitglieder bereit sein könnten sich einer andern Verfassung zuzuwenden. Er geißelt, wie gegen den Sinn der Verfassung und das in ihr vorgeschriebene System die Fraktionen statt des Reichskanzlers die Minister vorschlagen oder ablehnen. An diesem Punkt, wie an vielen anderen, werde unser Staat immer schwächer, weil man ihm zu viele nicht notwendige, nur nützliche Aufgaben zuweise, und weil in ihm so viele Gruppen Staat spielen wollen. So werde aus dem Staat ein Marionettentheater, das abstößt, anstatt daß der Staat verbend wirkt. Ein ähnlicher 9. November wie 1918, der die Monarchen stürzte, könne auch die Republik vernichten. Es gelte den Staat auf das Große zu konzentrieren, anstatt ihn durch Vielregiererei zu zersplittern. Wir wollen abwarten, ob wir endlich vom leitenden Staatsmann das "Geh oder bleib!" hören werden, anstatt daß die Vertrauensvoten verklausuliert werden. Der Redner weist darauf hin, wieviel freie Vereinbarungen zum Beispiel in der Sozialpolitik den Staat zu seinen Gunsten entlasten könnten. Wir stehen an dem Vorabend eines neuen Ringens um die Verfassung und dürfen deshalb nicht warten, bis man uns vor Entscheidungen stellt. Wir haben den freien Volksstaat zu einem Klüngelstaat werden lassen, der nichts anderes ist als der alte Kabinettsstaat in anderer Form. Deshalb weniger Staat im kleinen, damit er stärker werden kann als Volksstaat in einfacher Größe.«

Jeder, der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, wird die ätzende Kritik, die Hellpach am deutschen Parlamentarismus übt, unterschreiben müssen. An der ungeheure Summen verschlingenden 18fachen Parlamentsspielerei und Regiererei in den Ländern, die auf dem Boden der Erzbergerschen Finanzreform ins Kraut geschossen ist, muß auch das kräftigste und arbeitsfreudigste Volk ruhmlos zugrunde gehen. Ein System legaler Bereicherung breitet sich wie Unkraut aus, das das Volk mit Ekel erfüllt. Man denke an die Ministerpensionen in Reich und Ländern, die überall, wo ein wirkliches parlamentarisches System besteht, unmöglich sind und als der Anfang vom Ende der parlamentarischen Regierungsweise angesehen werden können. Man sehe, wie die unbedingt notwendige Scheidung zwischen Parlament und Beamtenchaft in den Ländern dadurch verwischt wird, daß Parlamentarier in den Staatsdienst treten, ohne gleichzeitig, wie dies als selbstverständliches Gebot politischer Sittlichkeit in England geschieht, ihr Mandat niederzulegen. Der Parlamentarismus ist seinem Wesen nach eine sittliche Kraft, nicht bloß eine besondere Methode der Regierung. Er bedeutet uneigennützigem, von jedem persönlichen Vorteil absehenden Dienst an Volk und Land. Wer es heute wagt auf die sittlichen Kräfte hinzuweisen, ohne die ein sauberes parlamentarisches System nicht bestehen kann, wird als Wirrkopf und Sonderling verschrien und setzt sich, wenn er bestimmte Angaben über legale Bereicherung

macht, sogar der Gefahr aus aus seiner Partei ausgestoßen zu werden. Wir haben es erlebt, daß der Führer einer großen Fraktion den Zustand, daß die Diäten der Reichstagsabgeordneten von der Besoldungsordnung der Beamten-schaft abhängen, das heißt mit den Ministergehältern steigen und fallen, in einer öffentlichen Sitzung des Reichstags abzuändern versprach. Das war im Jahr 1927. Bisher ist von dieser Partei kein Schritt unternommen worden ihr Versprechen einzulösen. Ein bedenkliches Kapitel ist auch die Finanzierung der Parteien aus den Parlamentsdiäten, das heißt aus der Staatskasse. Am stärksten ist sie bei der Kommunistischen Partei ausgebildet, die aus den übertrieben hohen Diäten des parlamentarischen Systems die Mittel zieht es haßerfüllt zu bekämpfen.

Das schlimmste Kapitel unseres 19fachen Parlamentarismus (parlamentarische Reichsregierung + 18 parlamentarische Länderregierungen) ist seine Finanzwirtschaft. Man weiß, daß Parker Gilbert sie seinen Landsleuten und den Gläubigerstaaten in den schwärzesten Farben geschildert hat. Immer wieder wies er darauf hin, daß bei dem bestehenden Finanzausgleich, das heißt bei der Verteilung der Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz-, Grunderwerbs-, Kraftfahrzeug- und Rennwettsteuer, die Länder zu *viel* erhalten, das Reich aber, das die Reparationen und Kriegsrenten (jetzt zusammen 4 Milliarden) zu zahlen und dazu auch noch die Finanzierung der Arbeitslosen, soweit sie nicht aus Versicherungsbeiträgen bestritten werden kann, zu gut 80 % zu leisten hat, zu *wenig*. Sehr nachdrücklich gab Parker Gilbert seinen Besorgnissen im Juni 1928 Ausdruck. Damals, nach seinem erfolglosen Protest gegen die Belastung der deutschen Steuerpflichtigen mit 1,2 Milliarden Mark zugunsten der Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden, und zwar ohne eine ausreichende Deckung durch neue Steuern, sagte er:

»Inzwischen wirken weiterhin die steigenden Überweisungen, die die Länder und Gemeinden im voraus nicht genau veranschlagen können, in gewissem Umfang für sie wie unverhoffte Glücksfälle, und anstatt die Sparsamkeit zu fördern, ermutigen sie vielmehr zu überflüssigen Ausgaben.«

Auf dieses Thema, das der Springquell des zermalmenden Steuerdrucks in Deutschland ist, kommt Parker Gilbert auch in seinem letzten, unmittelbar vor dem Zusammentritt der Pariser Reparationskonferenz herausgegebenen Bericht zu sprechen, indem er sich da wie folgt äußert:

»In Hinsicht der Senkung der Realsteuern und der Gewerbesteuer scheint keine allgemeine Aktion in die Wege geleitet worden zu sein. De facto stieg nämlich der Ertrag dieser Steuern in den Ländern und Gemeinden mit über 5000 Einwohnern von 1350 Millionen im Jahr 1926-1927 auf 1586 Millionen im Jahr 1927-1928 . . . Anscheinend sind die zusätzlichen Überweisungen statt dessen zur Befriedigung der steigenden Ausgabeerfordernisse der Länder und Gemeinden verwendet worden, für die die Erhöhungen der Beamtengehälter und -pensionen zu großem Teil verantwortlich waren; machte doch im Fall Preußens die Erhöhung der Besoldungen und Ruhegehälter allein über 200 Millionen aufs Jahr aus.«

Es ist natürlich leicht Parker Gilberts Kritik am Finanzwesen des deutschen Parlamentarismus mit der Bemerkung abzutun, er sei der »Geschäftsführer der Gläubigerstaaten«, der »Sachwalter des Feindbundes«. Demgegenüber ist zu sagen, daß es keinen deutschen Finanzkenner gibt, der leugnen wollte, daß die Ausgaben der Länder und Gemeinden ein beunruhigendes Tempo angenommen haben. Hermann Fischer, der bei allen Parteien des Reichstags den Ruf eines gründlichen Kenners der öffentlichen Finanzen genießt, stellte das lawinenhafte Anwachsen der Besteuerung des deutschen Volkes zugunsten der Länder und Gemeinden im Berliner Tageblatt wie folgt dar:

Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden (in Millionen Mark)	1925	1926	1927	1928	1929
Steuerüberweisungen vom Reich	2550	2597	2947	3158	3216
Eigene Länder- und Gemeindesteuern	3264	3249	3698	4020	4100
Zusammen	5814	5846	6645	7178	7316

Man glaube aber nicht, daß die riesenhaft aufgeblähten Einnahmen der Länder und Gemeinden irgendetwas an ihrer Defizitwirtschaft geändert hätten. Überall wird, namentlich bei den Gehältern und Pensionen, so recht aus dem Volleu gewirtschaftet. Parker Gilbert entwirft der Pariser Reparationskonferenz das folgende Bild dieses Systems:

»Die Bedeutung der von den Ländern und Gemeinden im öffentlichen Finanzwesen eingenommenen Stellung wird aus der Tatsache ersichtlich, daß zusammengenommen ihre Einnahmen und Ausgaben wesentlich größer als die des Reichs sind . . . Pro Kopf der Bevölkerung beziffern sich die Einnahmen der Länder und Gemeinden sowie der Hansestädte auf 93,2 Mark . . . Die Länderetats für 1928-1929 von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, den 5 größten Ländern, die rund 90% der Bevölkerung Deutschlands in ihren Grenzen aufweisen . . ., zeigen im allgemeinen erhöhte Einkünfte gegenüber dem Vorjahr, die sowohl auf größere Überweisungen vom Reich als auch auf größere Vereinnahmungen aus den Landessteuern zurückgehen. Sie [die Länderetats] weisen andererseits auch gesteigerte Ausgaben auf, für die der Grund hauptsächlich in den höheren Besoldungen und Ruhegehältern der Beamtenschaft sowie in vermehrten Überweisungen an die Provinzen und Gemeinden zu suchen ist.«

Nichtsdestoweniger herrscht nach wie vor bei Ländern und Gemeinden allgemein eine Defizitwirtschaft:

»In summa deuteten ihre Etats auf ein laufendes Defizit von 200 Millionen hin . . . Zu diesem laufenden Defizit müssen gewisse außerordentliche Verausgabungen hinzuge-rechnet werden, für die Deckung durch Kreditbeanspruchung gefunden werden soll . . . so votieren . . . die Länder jahraus jahrein Etats, die laufende Fehlbeträge aufweisen.«

Um das Bild von der Finanzwirtschaft des 19fachen deutschen Parlamentarismus voll zu machen, sei erwähnt, daß, obwohl Länder und Gemeinden durch die Aufwertungsgesetze des Reichs von 85 % ihrer Vorkriegsschulden befreit worden sind, sie 1928 rund 7178 Millionen Mark Steuern teils selbst teils durch das Reich erhoben, gegenüber 2422 Millionen Mark Steuererhebung im Jahr 1913. Also eine Verdreifachung der Steuererhebung seit 1913. Kein Wunder, daß die Politiker, die diese Dinge kennen, Hilferding die Gefolgschaft bei der weitem Erhöhung der Gesamtsteuermasse um 379 Millionen Mark versagen. Der frühere Reichsfinanzminister Peter Reinhold forderte, nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung:

»Der Reichstag sollte den Haushaltsplan an die Regierung zurückgeben mit der Verpflichtung die Ausgaben um 12½ bis 20 % zu senken. Sowohl auf persönlichem wie auch auf sachlichem Gebiet könne viel gespart werden . . . Steuererhöhungen führten nur zur Kapitalflucht, wie man das jetzt wieder mehrfach erlebt habe. Notwendig sei eine organische Reform der viel zu teuren Verwaltung, Ermöglichung der Kapitalbildung und ein unserm Lebensstandard entsprechender Verbrauch durch wirtschaftlich tragbare und sozial gerechte Steuern.«

Noch schärfer ist die Absage, die der volksparteiliche Führer Ernst Scholz in einer Rede in Mainz an Hilferding richtete:

»Wir haben in immer steigendem Maß in den letzten Jahren erleben müssen, daß eine geradezu unverantwortliche Wirtschaft mit dem deutschen Steuerzahler getrieben worden ist; nicht nur, daß die Steuern in größtem Ausmaß insbesondere auf die am stärksten notleidenden Schichten des deutschen Volkes, auf den Mittelstand, gelegt worden sind, sondern es hat sich auch im Staat eine völlig unverantwortliche Finanzwirtschaft eingeschlichen . . . Es ist höchste Zeit im Interesse der deutschen

Wirtschaft und des deutschen Volkes Schluß zu machen mit der bisherigen Mißwirtschaft auf dem Gebiete der Finanzen und Steuern. Wenn das erzielt wird, und es scheint möglich zu werden, dann haben wir durch unsere Energie und starke Haltung einmal wirklich einen Wendepunkt in der Wirtschaftsgebarung des Reiches, der Länder und Gemeinden herbeiführen helfen, für den uns das deutsche Volk in seiner Gesamtheit dankbar sein kann.«

Die Besorgnisse, daß die deutsche Wirtschaft unter der Steuerlast zusammenbricht, sind wahrlich nicht unbegründet. In wenigen Monaten sehen wir bei der Armee derer, die keine Arbeit finden können, eine Millionenzunahme. Wir zählen 1 500 000 Arbeitslose, die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, 750 000 berufstätige Arbeitslose, deren Unterstützung zu $\frac{4}{5}$ das Reich bezahlt, 150 000 Arbeitslose, die Krisen-, und wahrscheinlich 200 000 Arbeitslose, die Wohlfahrtsunterstützung (von den Gemeinden) beziehen. Durch Rationalisierungen, wie 1926, durch den harten Winter ist diese Massenarbeitslosigkeit nicht zu erklären. Sie stellt einen Zusammenbruch der schwachen Glieder unserer Wirtschaft unter der 13-Milliarden-Steuerlast dar. Sie kann nur behoben werden, wenn man in Reich, Ländern und Gemeinden ausreichende Abstriche an den Ausgaben vornimmt und den ganzen Verwaltungsapparat schnell und rücksichtslos verbilligt und vereinfacht. Daß die Dinge in der Tat einer Katastrophe zutreiben, zeigt die Kassenlage des Reichs. Das Bild, das uns die schwebende Verschuldung des Reichs bietet, ist trostlos. Obwohl, wie Parker Gilbert in seinem Bericht bemerkt, »die Angaben mit Bezug auf die Kassenmittel des Reichs und die Art ihrer Anwendung noch immer sehr dürftig« sind, kann man doch über sie die folgenden Feststellungen machen: 1. Ausschöpfung des Schatzwechselkontingents 400 Millionen Mark, 2. Zwangsanleihe bei der Sozialversicherung 150 Millionen Mark, 3. Anleihe bei den Großbanken 155 Millionen Mark, 4. Anleihe bei der Preußenkasse 100 Millionen Mark, 5. Anleihe bei der Post 50 Millionen Mark. Nimmt man hierzu noch verschiedene Kredite des Reichs auf laufende Rechnung, so gelangt man zu einer schwebenden Schuld des Reichs von 1000 Millionen Mark, um die Ebbe in der Reichskasse zu überwinden. Nichtsdestoweniger besteht die ernste Gefahr, daß das Reich Ende März seine Zahlungsverpflichtungen, die dann über 1 Milliarde Mark hinausgehen, nicht voll erfüllen können. Daher ist der Gedanke aufgetaucht den oberen und mittleren Beamten nur einen Teil ihres Monatsgehalts in bar, den andern aber in Reichsschuldscheinen auszuzahlen. Hilferding schildert in seinem finanziellen Überblick für 1929 die Kassenlage des Reichs so:

»Die Kassenlage ist so gespannt, daß es großer Anstrengungen, vielleicht auch noch besonderer Maßnahmen auf diesem Gebiete bedarf, um zur Erfüllung fälliger Verbindlichkeiten die erforderlichen Kassenmittel bereitstellen zu können . . . Eine auch nur vorübergehende Zahlungseinstellung des Reichs würde nicht nur den Kredit des Reichs sondern auch den aller anderen öffentlichen Körperschaften in verhängnisvoller Weise erschüttern.«

Die Finanzwirtschaft unseres 19fachen deutschen Parlamentarismus hat also das Deutsche Reich an den Rand teilweise drohender Zahlungseinstellung gebracht. Die Tatsache, daß das Reich an die Sozialversicherung in Schuldscheinen statt in bar zahlt, ist ein sehr ernst zu wertendes Symptom. Die Zeit für eine Umstellung der deutschen Finanzwirtschaft von Grund auf drängt. Sie fordert nicht theoretische Überlegung, erst recht nicht Wiederholung alter Schemata oder Aufstellung von Forderungen, sondern entschlossenes Handeln, wenn das deutsche Volk vor tiefem Fall bewahrt werden soll.



GUSTAV RADBRUCH · DIE UNIVERSITÄT UND DIE AUSBILDUNG DES JURISTEN



UCH wer nicht geneigt ist mit dem Modewort von der Krise Verschwendung zu treiben, wird nicht umhin können von einer Krise der juristischen Ausbildung zu sprechen. Eine erschreckende und immer wachsende Zahl von Rechtsstudenten drängt sich zum juristischen Studium. Die Vorstellung scheint unausrottbar zu sein, als sei das Rechtsstudium ein Reservoir, geeignet alle diejenigen aufzunehmen, denen andere akademische Berufe durch Überfüllung gesperrt sind. Und immer noch erscheint es vielen als ein hinreichender Beweis der Eignung für das juristische Studium, daß sie für ein anderes Studium weder Neigung noch Eignung besitzen. So ist es nicht verwunderlich, daß dem erschreckenden Zugang zum juristischen Studium eine ebenso erschreckende Zahl nicht bestandener Prüfungen entspricht; und das heißt im Fall jeder einzelnen endgültig verfehlten Prüfung ein zerbrochenes Berufschicksal. Dabei ist der Mangel an fachlich juristischen Fähigkeiten noch nicht einmal das Bedauerlichste, viel erschütternder vielmehr der erstaunliche Mangel an Allgemeinbildung, etwa das häufige gänzliche Fehlen geschichtlicher Anschauungen oder die völlige Unfähigkeit nicht etwa nur im Gebrauch der lateinischen sondern auch der eigenen, der Muttersprache. Auch dafür gibt es freilich Entschuldigungen: Das juristische Studium ist durch den Hinzutritt immer neuer Fächer stofflich derart überlastet, daß neben ihm für allgemeine Bildungsaufgaben kaum noch die Zeit bleibt. Und diese stoffliche Überlastung wiederum führt zu dem Repetitorenunwesen, das heißt zur Verlegung der juristischen Ausbildung aus der Universität in den Privatunterricht. Der Widerspruch dagegen beruht keineswegs nur auf der gekränkten Zunftlehre der Professoren, er wird in sozialem und in wissenschaftlichem Interesse erhoben. Das kostspielige Repetitorium ist geeignet das Rechtsstudium zu einem plutokratischen Vorrecht zu gestalten. Vor allem aber fördert das Repetitorenwesen den Geist, aus dem es entsprungen ist: die reine Stofflichkeit der juristischen Ausbildung, ihre Entgeistigung, ihre Erniedrigung von einer schönen Kunst zu einem dumpfen Handwerk. Kurz, die Zustände der juristischen Ausbildung sind auf einen Punkt gekommen, an dem sich auch der Kritikloseste dem Reformwillen nicht mehr verschließen kann.

Ein Grundmangel unserer juristischen Ausbildung liegt darin, daß der juristische Hochschulunterricht zugleich juristischer Elementarunterricht sein muß. Während alle anderen akademischen Berufe ihre elementare Grundlegung schon im Unterricht der Höhern Schule finden, bezieht allein der Jurist die Universität ohne auch nur die elementarsten Vorkenntnisse seines Fachgebiets. Schon aus diesem Grund ist es unerläßlich, daß endlich Ernst gemacht wird mit der Vorschrift der Reichsverfassung, daß Staatsbürgerkunde ein Lehrfach für alle Schulen sei. Wird der staatsbürgerkundliche Unterricht nun in die Hände von Lehrern gelegt, die auf der Hochschule die Kenntnis juristischer Grundbegriffe und Denkmethode gewonnen haben, dann wird die Staatsbürgerkunde zugleich die Aufgabe elementarster Einführung zukünftiger Juristen in ihr Fachgebiet erfüllen. Dann werden solche Lehrer auch andere Lehrgebiete staatsbürgerkundlich ausbauen, etwa im Lateinunterricht nicht nur die höchst sekundäre schöne Literatur der Römer pflegen können sondern auch das, worin sie groß und einzig sind: ihre Rechtsliteratur. Dann

werden diese Lehrer auch die berufenen Berater derjenigen Schüler, die daran denken sich der Rechtswissenschaft zuzuwenden, und in der Lage sein diesem Studium Ungeeignete von vornherein fernzuhalten. Solange aber ein solcher elementarer Rechtsunterricht auf der Schule noch nicht zur Verfügung steht, müssen Formen gefunden werden, um auf der Universität möglichst früh, solange noch ohne Schaden der Übergang in einen andern Beruf möglich ist, Ungeeignete aus dem Rechtsstudium auszusichten. Es müssen Methoden erwogen und ausgearbeitet werden, die es ermöglichen die juristische Fähigkeit auch des noch nicht zum Juristen Ausgebildeten zu erkennen, etwa schon in den ersten Semestern an Rechtsfällen, die man den Anfängern vorlegt, ihr Judiz zu prüfen. Solchen, die sich dabei als ganz ungeeignet erwiesen hätten, wäre der schriftliche, amtliche Rat zu geben vom juristischen Studium abzustehen, ohne daß ein Zwang ausgeübt würde, aber mit der Wirkung, daß dieser Rat aus den Examenspapieren später ersichtlich sein wird. Für diese verantwortliche Aufgabe ist freilich erforderlich, daß der Universitätslehrer der Rechtswissenschaft seine rechtspädagogische Aufgabe ganz anders in den Mittelpunkt seiner Berufstätigkeit stellt als es heute manchmal der Fall ist. Der Rechtslehrer ist nur allzu sehr geneigt sich in erster Linie als Jurist und Forscher und erst in zweiter Linie als Lehrer zu fühlen, solidarisch verbunden mit dem gesamten pädagogischen Berufsstand, der vom Volksschullehrer bis zum Hochschullehrer eine große Einheit bildet.

Die Reform hätte weiter mit einer veränderten Betonung der verschiedenen Gebiete des rechtswissenschaftlichen Unterrichts zu beginnen. Seit langem wird geklagt, daß die Rechtsgeschichte im Verhältnis zur Rechtsgegenwart, das römische Recht im Verhältnis zum heutigen Recht, das Privatrecht im Verhältnis zum öffentlichen Recht, die Rechtsnormen im Verhältnis zum Rechtsleben im juristischen Unterricht einen zu breiten Raum einnehmen. Was Rechtsgeschichte und römisches Recht betrifft, so hat aber ihre Zurückdrängung im Rechtsunterricht, wie mir scheinen will, ihre letztmögliche Grenze bereits erreicht. Wer nicht das öde Banausentum eines auf die äußerste praktische Notdurft beschränkten Lernbetriebs wünscht, wird einem weitem Abbau der geschichtlichen Fächer nicht zustimmen können. Gerade eine moderne ökonomisch-soziale Auffassung des Rechts kann durch die geschichtliche Betrachtung nur gefördert werden, wenn diese sich nicht auf Rechtsantiquitäten beschränkt sondern die ökonomischen und sozialen Triebkräfte der Rechtsentwicklung herausarbeitet. Die deutsche Rechtsgeschichte kann weiter, wird sie nur so behandelt, durch eine Darstellung der Entwicklung von Staat und Verwaltung des deutschen Volkes zu einem ausgezeichneten staatspolitischen Bildungsmittel gestaltet werden. Das römische Recht aber in seiner hart individualistischen Folgerichtigkeit muß schon dieser Kontrastwirkung wegen als der Rechtszustand, der fortschreitend überwunden wird, und der als Maßstab eben dieser fortschreitenden Überwindung dienen kann, auch für die Anhänger einer sozialen Rechtsentwicklung ein unersetzliches Lehrmittel sein. Nur sollten diese Werte erst eingesetzt werden, wenn sie wirklich genutzt werden können, das heißt nicht zu Beginn des Studiums vor jeder Kenntnis des geltenden Rechts sondern erst gegen Ende nach gewonnener Vertrautheit mit dem gegenwärtigen Rechtszustand. Auch im Verhältnis des öffentlichen zum privaten Recht sollte eine Änderung ihrer Reihenfolge im juristischen Lehrgang erwogen werden. Einer liberalen Auffassung vom Verhältnis des öffentlichen zum privaten Recht entsprach es.

das ganze Rechtssystem unter das Zeichen des Privatrechts zu stellen. Ihr waren ja Privatrecht und Privateigentum der Kern alles Rechts, das öffentliche Recht nur ein schmaler schützender Rahmen um das Privatrecht. Eine soziale Rechtsauffassung sieht gerade umgekehrt im Privatrecht nur einen einstweilen ausgesparten Spielraum für die Privatinitiative innerhalb des allumfassenden öffentlichen Rechts. Gewiß kann das öffentliche Recht der Vorkenntnis des feiner durchgebildeten Privatrechts methodisch bisher noch nicht entraten. Niemand wird deshalb das Privatrecht aus dem Anfang des Studiums gänzlich verdrängen wollen. Wohl aber fordert die veränderte geistesgeschichtliche Lage das öffentliche Recht von vornherein neben das Privatrecht und so das Privatrecht unter den beherrschenden öffentlichrechtlichen Gesichtspunkt zu stellen. Gerade bei der Regelung dieser Frage muß die Studienreform von dem Bewußtsein begleitet sein, daß sie in ihrer Auswirkung auch Wissenschaftsformung ist, daß sie die große Bewegung, die durch Publizierung des Privatrechts von der individualistischen zur sozialen Rechtsauffassung führt, indem sie aus ihr Folgerungen zieht, ihrerseits vorwärtstreibt. Eine soziale Rechtsauffassung bedeutet aber, daß die Rechtsform zu ihren ökonomischen und sozialen Inhalten in eine weit nähere Beziehung tritt als sie der individualistischen Rechtsform eigen war. Für die strafrechtliche Ausbildung wird nach dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuchs als selbstverständlich gelten müssen, daß sie Verbrechen und Strafe nicht nur als Rechtsbegriffe sondern in gleichem Maß als soziale Tendenzen ins Auge zu fassen hat. Aber auch auf allen anderen Rechtsgebieten ist für die Kenntnis des Rechts die Kenntnis der Wirtschaft und Gesellschaft, der dieses Recht gilt, unerläßlich. Ich zweifle, ob dieser Einsicht schon dadurch genügend Rechnung getragen wird, daß dem jungen Juristen sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Vorlesungen auferlegt werden. Es bleibt heute ein leerer Raum zwischen den gesellschaftlichen Tatsachen und den Rechtsnormen. Es wird bei weitem noch nicht anschaulich genug, auf welche Weise und auf welchem Weg ökonomische und soziale Mächte ihren rechtlichen Ausdruck suchen und finden. Dieses Zwischenglied zwischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaft einerseits, Rechtswissenschaft andererseits, diese Rechtssoziologie, wird der Jurist selber schaffen müssen: nicht in Gestalt neuer Vorlesungen sondern durch Einführung des rechtssoziologischen Gesichtspunkts in *alle* juristischen Vorlesungen. Das große und einzigartige Vorbild solcher rechtssoziologischen Betrachtungsweise hat Karl Renner in seinem jetzt neu aufgelegten Buch über die soziale Funktion der Rechtsinstitute anschaulich aufgestellt.

Die 3. Fragengruppe, an die die Studienreform herantreten muß, ist hochschulpädagogischer Natur. Es liegt in dem systematischen Charakter der Rechtswissenschaft beschlossen, daß die sogenannte Vorlesung, das heißt der lebendige, freie, aber in sich geschlossene Vortrag, nach wie vor im Mittelpunkt des Rechtsunterrichts stehen wird. Dessen werden wir uns freilich entwöhnen müssen den gesamten Unterrichtsstoff zum Gegenstand der Vorlesung zu machen. Nicht Stoff zu übermitteln ist Aufgabe der Vorlesung sondern zweierlei zu geben: System und Methode. Dann aber können die Vorlesungen bedeutend verkürzt werden. Gerade ihre Verkürzung wird einen Zwang zu grundsätzlicher Vertiefung bedeuten. Daß neben den Vorlesungen seit Jahrzehnten die praktischen Übungen stehen, bedeutet gewiß einen Fortschritt. Und doch können gewisse berufsethische Bedenken gegen unsern Übungsbetrieb nicht unterdrückt werden. Die praktischen Übungen bringen

die Gefahr mit sich den jungen Juristen von vornherein falsch einzustellen, ihn nämlich in der Rechtsanwendung die eigentlich juristische Aufgabe, in der Tatsachenfeststellung eine besonderer Methodik nicht bedürftige Vorarbeit sehen zu lassen. In den "Fällen", wie wir sie dem jungen Juristen vorzulegen gewohnt sind, sind die schwierigsten Aufgaben des Juristen bereits als gelöst enthalten: die Herausschau des juristisch wesentlichen Sachverhalts aus einem gegebenen Lebensganzen und der Beweis dieses Sachverhalts. Kommt nun noch hinzu, daß die gewählten Fälle aus didaktischen Gründen besonders verzwickte Verhältnisse zu ihrem Gegenstand haben, so sind solche Übungen geeignet zu verleiten auch das Einfache schwierig zu sehen und in Spitzfindigkeit und Besserwisserei ein Verdienst zu suchen. Eine auf Schulfälle, nicht Lebensfälle gestellte Übung kann eben nur schwer eine wirklich "praktische" Übung sein. Man denke sich einen medizinischen Unterricht, in dem nicht an lebenden menschlichen Körpern sondern lediglich am Phantom die wissenschaftliche Anschauung gewonnen, die wissenschaftliche Betätigung geübt würde. Nicht anders steht es um unsere sogenannten praktischen Übungen. Es war ein für den Rechtsunterricht verhängnisvoller Fehler, daß man im Interesse einer einheitlichen Gerichtsverfassung die Fakultäten der Rechtsprechung völlig entrückte, und es muß ernstlich erwogen werden, ob es möglich sei ohne Rücksicht auf die Symmetrie der Gerichtsverfassung den Fakultäten wieder lebendigen Anteil an der Rechtspflege zu gewähren und so in den Übungen den Unterricht am lebendigen Rechtskörper, nicht bloß am Modell zu ermöglichen. In jedem Fall aber bedarf es zwischen der Vorlesung und der Übung eines Zwischenglieds. Heute lernt der Student die Entscheidungen der höchsten Gerichte nur entweder als Exempel für allgemeine Rechtssätze in der Vorlesung oder als Stützpunkte der eigenen Ansicht oder Angriffspunkte der Kritik bei der Lösung von Übungsfällen kennen. Sich in den Geist bedeutender Entscheidungen hineinzudenken, um an ihnen die Methode des Entscheidens zu lernen: diese von der amerikanischen case-method gepflegte Aufgabe findet im deutschen Rechtsunterricht bisher keine Stätte. Die genaue Analyse, die kritische Besprechung bedeutender Entscheidungen wäre aber ein wichtigeres Lehrmittel als die praktischen Übungen.

Mit alledem werden die Schwierigkeiten der juristischen Lehraufgabe aber nie ganz überwunden werden können. Sie wurzeln zuletzt doch darin, daß wir genötigt sind Jurisprudenz an Jünglinge heranzubringen, während sie ein ausgesprochenes Manneswerk ist. Der Dienst am Recht ist nicht unmittelbarer Dienst an der Gerechtigkeit, auch nicht unmittelbarer Dienst an sozialen Aufgaben, sondern eben nur Dienst am geltenden Recht, am Staatswillen, der der Gerechtigkeit, den sozialen Aufgaben dienen sollte, aber keineswegs immer entspricht. Diese Dienstbarkeit unter einem fremden Willen, diese Abschnürung von den Ideen, die gerade dem Mann des Rechts die höchsten sein müssen, von der Gerechtigkeit und der sozialen Wohlfahrt, erfordert eine Resignation, die wohl das Mannesalter ermöglicht, nicht aber die Jugend. Keinem jungen Juristen bleibt der innere Kampf mit seiner Wissenschaft erspart, und es sind nicht die schlechtesten unter ihnen, die durch eine Periode geradezu des Abscheus vor ihrem Beruf hindurchmüssen. Das ist gut so, und es wäre nur zu wünschen, daß auch dem reifen Juristen neben der tiefen Einsicht in die Notwendigkeit seines Berufs ein ebenso tiefes Gefühl für seine Fragwürdigkeit immer erhalten bliebe.



CHRISTIAN HERRMANN · DIE POLITISCHE UND KULTURELLE AUFGABE DES NEUSPRACHLICHEN UNTERRICHTS



IN den Berliner Höheren Schulen bereitet sich seit einiger Zeit eine folgenschwere Maßnahme vor, auf die alle, denen das Bildungsproblem eine Sache ernster und verantwortungsbewußter Arbeit ist, aufmerksam gemacht werden müssen, damit noch in letzter Stunde eine Gefahr beschworen werden kann, die einer ganzen Generation droht und das deutsche Schaffen, das materielle wie das geistige, in den nächsten Jahrzehnten beeinträchtigen kann. Die Sachlage ist schon zu Beginn des vorigen Jahres hier dargelegt worden, und es wurden der Öffentlichkeit eindringlich die Konsequenzen eines im verhängnisvollen Jahr des Ruhrkriegs gefaßten Stimmungsbeschlusses vor Augen geführt¹⁾. Ein halbes Jahr später sprach auch der Berliner Universitätsprofessor Eduard Wechsler im Berliner Tageblatt die gleiche ernste Warnung aus. Aber der in Deutschland, in den sogenannten oberen Schichten wie bei den Intellektuellen und, von diesen beeinflußt, beim Bürgertum überhaupt, herrschende Geist der Anglomanie, der dem Zusammenschluß des europäischen Kontinents nicht nur politisch im Weg steht, überhört alles, was ihm nicht in den Kram paßt. Um so größer wird die Pflicht aller derjenigen, denen die europäische, denen im speziellen die deutsche Zukunft am Herzen liegt, die Scheinargumente angelsächsischer Prägung zu zerstören und das deutsche Volk zum Bewußtsein seiner eigenen Lebensnotwendigkeiten und seiner Aufgaben im Menschheitssinn zu bringen. Hier soll sie nur an dem engumgrenzten Beispiel einer pädagogischen Einzelfrage klargemacht werden.

Der Tatbestand ist dieser: Eine Denkschrift des Berliner Oberschulrats Willy Heyn empfahl mit Nachdruck und dem ganzen Gewicht der Persönlichkeit des bedeutenden Pädagogen, den sie zum Verfasser hat, für die Höheren Schulen mit einer Fremdsprache Englisch statt Französisch. In dem darauf gepflogenen Meinungsaustausch entschied sich der weitaus größere Teil der Realschulen für das Englische, und in weiterer Folge wurde fast an allen humanistischen Gymnasien Englisch als obligatorische moderne Fremdsprache eingeführt. Man kann diese Entwicklung nur mit den ernstesten Bedenken verfolgen und nur hoffen, daß die Freunde jener Maßnahme, die sich zurzeit noch im Stadium des Versuchs befindet, derartige Erfahrungen machen, daß sie selbst ihren Plan fallen lassen.

Das Problem des neusprachlichen Unterrichts steht unter verschiedenen Gesichtspunkten, woraus sich ein gutes Teil der Meinungsverschiedenheiten erklärt, da gewöhnlich nur eine Seite der Frage beleuchtet wird. So geht man meistens von der großen Verbreitung des Englischen aus, und man glaubt darum auf seine größere praktische Verwendbarkeit hinweisen zu können. Ist dieser so einleuchtend scheinende simple Schluß auch richtig? Da haben wir zunächst zu fragen, welches die Räume mit Menschen englischer Muttersprache sind. Englisch wird vor allem im britischen Empire gesprochen, ferner in Nordamerika, zum Teil auch in Ostasien, da freilich nur in bestimmten kleinen Schichten. Dagegen wird Französisch, außer in

1) Siehe *Kleinest* Englisch statt Französisch?, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 38 und folgende.

Frankreich, Belgien und der Schweiz, in Osteuropa, im Südosten, in ganz Nordafrika gesprochen. Verstanden aber wird es überall auf der Welt, namentlich in allen slawischen und selbstverständlich in allen romanischen Ländern, natürlich nicht als Volkssprache sondern als Verständigungsmittel derjenigen Kreise, die den internationalen Verkehr tragen. Aber gerade die slawische und die romanische Welt (man muß hierbei auch in erster Linie an Lateinamerika denken) umfaßt diejenigen Räume, die für den Wirtschaftsverkehr mit Kontinentaleuropa und damit vor allem mit Deutschland die schlechthin entscheidenden sind. Sobald man sich von der angelsächsischen Suggestion freigemacht hat, muß auch der nüchterne Wirtschaftspolitiker, dem alle geistigen Gesichtspunkte noch so fern liegen mögen, dies erkennen. Um die Bedeutung der einen oder der andern Sprache für die Weltwirkung Deutschlands richtig einzuschätzen, muß man nicht einfach eine Zusammenstellung der Verbreitungsgebiete der beiden Sprachen vornehmen, eine statistische Aufstellung, wie viele Millionen die eine oder andere als Muttersprache sprechen, sondern überlegen, welche Gebiete für uns Deutsche als Exportländer oder eventuell auch als Siedlungsländer zugänglich sind. Eine Durchmusterung der Erde nach geopolitischen und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten zeigt, daß für deutsche Wirtschaftsleistung vor allen Dingen die Länder wichtig sind, in denen gerade Französisch gesprochen und verstanden wird. Die englische Wirtschaftspolitik macht die Gebiete des Empire für unsern Export immer unzugänglicher. Man sollte es doch allmählich begreifen, daß die wirtschaftlichen Fäden, die Deutschland mit der Welt verknüpfen, heute ganz anders laufen als in den Jahrzehnten vor dem Krieg. Damals, als der deutsche Kaufmann unternehmend in die Wirtschaftsgebiete Englands eindrang, war es ihm möglich Fuß zu fassen, heute sind alle Pläne, die auf einen wirtschaftlichen Wettbewerb mit England in seinen eigenen Gebieten ausgehen, leere Utopie. Wie sich uns das Britische Reich mehr und mehr verschließt, so tun es auch die Vereinigten Staaten; als Export- wie als Auswandererland kommen sie immer weniger in Betracht. Aber man braucht die deutsche Industrie und das deutsche Kapital im Osten, im Südosten und im ganzen Süden Europas und im Nahen Orient wie in Afrika. Und dies sind gerade die Gebiete der Verbreitung des Französischen. Dazu die ganze spanisch-portugiesische Kulturzone in Europa und in Amerika.

Wäre es nicht richtiger, wenn unsere Unterrichtspolitik aus diesen weltwirtschaftlichen Zuständen die entsprechenden Folgerungen zöge, als durch Festhalten an Vorstellungen, denen längst keine Wirklichkeit mehr entspricht, die heranwachsende Generation in dem wirtschaftspolitischen Weltbild der wilhelminischen Zeit festzuhalten, das damals zwar wirtschaftlich berechtigt schien, aber doch auch eine der wesentlichen Ursachen des Weltkriegs war? Wenn man einsieht, daß auch die Aufstellung von Lehrplänen und die Art ihrer Durchführung von umfassenderen politischen und, in diesem Fall, wirtschaftspolitischen Erwägungen abhängig gemacht werden soll, darf unsere Unterrichtspolitik bei ihren Maßnahmen das deutsche Schulwesen nicht nach einer weltwirtschaftlichen Situation orientieren, die längst vorüber ist, nach der uns heute noch zu richten unserer Jugend nichts nützt, sie höchstens wieder einer Katastrophe entgegenführt. Die Erwägung, wo in der Welt wir etwas anfangen können, wo wir ein Feld für unsere Arbeit finden, und was dort gesprochen wird, spricht im fremdsprachlichen Unterricht durchaus zugunsten des Französischen.

Erst recht ist das der Fall, wenn wir über den engen Interessenbezirk hinaus in die Weite des Geistes streben. Gewiß ist es richtig, daß die Schule weitgehend Rücksicht auf die Bedürfnisse des Lebens nimmt. Aber gerade, wenn man von der Schule eine wirkliche Erziehung zur Lebenstüchtigkeit verlangt, darf man sie nicht zu ausschließlich als Vorbereitung zum Berufsleben auffassen. Die Erziehung zum Beruf, woran unsere Utilitaristen allein denken, wenn sie Erziehung zum praktischen Leben fordern, ist die spezielle Weiterbildung für die Anforderungen einer ganz bestimmten Erwerbstätigkeit. Dieser Berufsausbildung muß aber die Erziehung zur Lebenstüchtigkeit überhaupt zugrunde liegen und auch später noch andauernd parallel gehen. Diese ist etwas viel Allgemeineres als jene. Lebenstüchtigkeit ist Fähigkeit zu möglichst vollkommener Anpassung, ist Fähigkeit zu klarem Erfassen und Durchdenken einer Aufgabe, ist Fähigkeit zu selbständigem Urteilen und ist ferner die außerordentlich wichtige Kunst auch in anderen Kategorien als den eigenen und gewohnten denken zu können. Jene Erziehung, auch die zum praktischen Leben und zu den praktischen Berufen, setzt eine gewisse formale Bildung voraus, ja sie kann auf ihr erst aufgebaut werden. Vielleicht ist darum das heute so viel verlästerte Gymnasium mit seiner weitgehend formalen Bildung viel mehr eine Schule zur Lebenstüchtigkeit und geistigen Selbständigkeit als die heute so beliebte "realistische" Bildung mit ihrem Kultus der Tatsachen. Wenn man nur *eine* Fremdsprache in der Schule lehrt, dann sollte sie unter dem Gesichtspunkt gewählt werden, ob ihre Grammatik durchgebildet genug ist, um jene formale Geistesbildung zu bewirken. Diese Sprache dürfte außerdem der deutschen nicht zu nahe verwandt sein, damit der junge Mensch als beständigen starken Eindruck eine andere geistige Art in sich aufnimmt und so frühzeitig Verschiedenheit des Denkens und Fühlens der Menschen kennen lernt. Es ist keine Frage, daß das Französische diesen Forderungen bei weitem besser genügt als das Englische. Im Französischen haben wir eine außerordentlich feine und logisch durchgebildete Syntax, die den feinsten Nuancen des Gehalts noch Ausdruck geben kann. Der Schüler kann hier leicht eine große Fähigkeit erwerben seine Gedanken leicht und doch genau auszudrücken. Die Syntax stellt ihn oft genug vor Aufgaben formal logische Beziehungen schärfer zu durchdenken. Im Englischen dagegen haben wir es nur mit einer das Tatsächliche erfassenden Denkhaltung zu tun, die mit geradezu ängstlicher Sorgfalt jedes Denken in Beziehungen vermeidet. Außerdem steht das Englische dem Deutschen sprachlich so nahe, daß dem Schüler hier keine wesentlich neue Denkweise entgegentritt, wie dies in viel höherm Grad bei dem Französischen der Fall ist. Man sollte diesen Gesichtspunkt der Geistesbildung durch die Sprache nicht gering schätzen und ihm, soweit es nur geht, Genüge tun, statt vor lauter "Realistik" die innere Wirklichkeit nicht zu sehen.

Mir scheint, als hätten wir in Deutschland (mindestens außerhalb der Rheinlande, in denen deutsche und französische Elemente hin- und herfluten, die daher stets einen neuen geistigen Elan geben) einen tüchtigen Schuß jenes Geistes nötig, der sich in der französischen Geistesgeschichte verwirklichte. Was vielen unserer Volksgenossen so nahe liegt, auch heute im Zeitalter der angeblichen Sachlichkeit: nämlich in einer unfruchtbaren Sentimentalität zu versacken, davor bewahrt uns romanische Leichtigkeit, gallische Heiterkeit. Es ist nicht, wie man in Selbstgefälligkeit oft und gern meint, größere Tiefe, die uns von jener Leichtigkeit fernhält. Was den französischen Geist zu

jener Leichtigkeit und Heiterkeit führt, ist jener göttliche Humor, der auch das Schwere darum noch leicht nehmen kann, weil es in der Form und durch die Form gebändigt ist. Die deutsche Kultur hat immer dann einen Höhepunkt erklommen, deutscher Geist sich am vollkommensten dargestellt, wenn er sich unmittelbar vorher aufs innigste mit dem französischen vermählte.

So sprechen die verschiedensten Erwägungen für die Beibehaltung des Französischen, in den Fällen, wo nur eine moderne Fremdsprache gelehrt wird. Man könnte als weiteres Argument noch hinzufügen, daß viele und wesentliche Elemente unserer Geschichte und Kultur entsprechend ihrer Herkunft aus Frankreich nur von daher begriffen werden können. Aber es genügt sich auf die hier angeführten Gesichtspunkte zu beschränken. Wenn in diesem Sinn das Französische wirklich nutzbar gemacht werden soll, wenn es wirklich zur Hebung der Geistesschulung beitragen und bei der Klärung und Läuterung unseres Innenlebens mitwirken soll, dann müssen die im Französischen liegenden Bildungselemente methodisch noch viel mehr herausgearbeitet werden. Das ist eine Aufgabe, deren Lösung nicht nur für Deutschland sondern für das werdende Europa von nicht zu überschätzender Wichtigkeit ist. Und so mündet auch diese Einzelfrage des neusprachlichen Unterrichts in die Forderung, die an die neue deutsche Generation gestellt ist: den Vereinigten Europäischen Kontinent aufzubauen und damit die Schaffenskräfte unseres Volkes und aller anderen bisher niedergehaltenen Völker zur vollen Entfaltung zu bringen.

OTTO FRIEDLAENDER · DIE IDEOLOGISCHE FRONT DER NATIONALEN OPPOSITION

SEIT einiger Zeit sucht die deutsche Rechte, die in sich wenig geschlossen, aber von starken politischen Impulsen erfüllt ist, in verstärktem Maß nach Konzentration und gemeinsamer Führung. Die Losung von der Einigung der Nationalen Opposition (wobei das Wort Opposition nicht nur parlamentarisch-taktisch sondern grundsätzlich gewertet werden muß) hat eine nicht einheitliche, aber doch starke Resonanz gefunden. Zweifellos ist damit auch die Notwendigkeit für den politischen Gegner gegeben festzustellen, welche Kreise bereit sind sich eine solche Losung zu eigen zu machen, wie und wodurch bedingt die Klangfarbe der Resonanz ist, und wo vor allem die künftige Führung einer solchen Nationalen Opposition liegen wird.

Das ist nicht von vornherein eine Frage des ökonomischen Schwergewichts der einzelnen Verbände sondern, mindestens bis zu dem Zeitpunkt, da dieses ökonomische Schwergewicht in einen Gegensatz zu bestimmten persönlichen Bestrebungen geraten mag, eine Frage der siegreichen Ideologie und derjenigen Personen, die als ihre Verkünder auftreten. Versucht man also die ideologische Gegenfront gegen den Sozialismus und auch gegen alle republikanisch-demokratischen Bestrebungen festzustellen, so darf dabei keineswegs verkannt werden, daß sie in sich all jene Schwächen und Risse zeigen muß, die ein Bau auf so ungleichartigem Boden hat, wie ihn die "weiße Ebene" (ein Spezialausdruck bestimmter Kreise gegenüber der durch den Sozialismus okkupierten "roten Ebene") notwendigerweise aufweisen muß. Der ideologische Bau, dessen Formen sich im Lauf der Nachkriegsjahre langsam am politischen Horizont abzuzeichnen beginnen, wird keineswegs einfach und

geradlinig sein, wie er in den Plänen eines der besten Baumeister der nationalen Ideologie, in dem Hymnus Arthur Moeller van den Brucks auf den »preußischen Stil«, sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Im Gegenteil, ein gewisser Stilmischmasch im Geistigen, der teilweise peinlich an das knapp überwunden geglaubte wilhelminische Zeitalter erinnert und vielleicht nicht zuletzt davon herrührt, daß dessen getreue Trabanten sich auch wieder unter die Hüter der "nationalen Belange" eingereiht haben, ist das Kennzeichen dieser politischen Architektur. Will man also das noch etwas chaotische Werden des neuen Baus erkennen, so tut man gut nachzuforschen, auf welchen Wegen und aus welchen Lagern die Steine herangebracht werden, aus denen man den Bau zu errichten gedenkt. Man wird darum nicht so sehr auf den Bau als auf die Bauleute blicken und gern ihre eigenen Worte zitieren: daß sie gewillt seien eine "neue Front" zu bilden. Rollt man dann ein Bild dieser neuen Front, ihrer Zufahrtsstraßen und ihrer Reservoirs auf, so hat man nicht nur das den Rechtsorganisationen so überaus gemäße militärische Bild gewonnen, sondern man wird mit diesem Bild auch der wirklichen Wesensart des Werdens am meisten gerecht. Ein kurzer allgemeiner Überblick weist bei aller Unterschiedlichkeit, ja Gegensätzlichkeit der einzelnen Tendenzen eine gewisse Verbundenheit oder, besser gesagt, lockere Zusammenhänge von einer Position zur andern auf.

Verhältnismäßig in der stärksten Isolierung befindet sich der zahlenmäßig keineswegs zu unterschätzende Jungdeutsche Orden, der in seiner politischen Gesamthaltung am ehesten gewissen Tendenzen eines kultivierten Mittelstands, ja auch eines fortschrittlichen Großbürgertums entspricht. Seine politischen Beziehungen reichen darum bis weit in das Lager der Mittelparteien hinüber. Am nächsten steht er vielleicht der Deutschen Volkspartei. Die Beziehungen zu dem in der äußern Form ihm ausgesprochen gegnerischen Stahlhelm finden sich aber auch gelegentlich, und es fragt sich, ob die taktischen Differenzen eine dauernde Isolationschicht zwischen den beiden Organisationen herstellen werden.

Von der ausgesprochenen Linken kommt, abseits von jenem Häuflein sozial und geistig labiler Elemente, die dauernd zwischen äußerster Rechten und äußerster Linken schwanken, eine, wenn auch recht kleine Schar jüngerer Menschen, die aus einer Mißdeutung gewisser Gedankengänge, aus einem mehr gefühlsmäßig bejahten als klar durchdachten neuen Verhältnis zu Staat und Nation heraus ihren Übergang vollzogen haben. Dieser Trupp (von einer Bewegung kann man weder zahlenmäßig noch strukturell sprechen) fand sich zuerst im weitem Verband des sogenannten Hofgeismarkreises der Jungsozialisten zusammen und ist dann, geschart um ein kleines kämpferisches Blatt, Widerstand betitelt, zu den sogenannten Altsozialisten hinübergewechselt, um schließlich, teils dort, teils in der Umgebung Winnigs, teils aber auch bei Wehrverbänden geistig Obdach zu suchen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß gerade diese Kreise noch bis in die Linksparteien hinein Fühlung haben und vereinzelt, wenn auch nicht offensichtlich, in ihrer neoromantischen und antidemokratischen Haltung insbesondere bei denen ein leises Echo finden, die der moderne parlamentarische Betrieb abstößt, oder die durch eine gewisse Entwurzelung aus dem Proletariat zu politischer Skepsis und zu der Bereitschaft gelangt sind in dem von ihnen kraft erweiterter Bildungsmöglichkeiten neu entdeckten Traditionsgut des Bürgertums Werte zu finden, die ihnen um so heller zu erglänzen scheinen, als sie in

ihrem proletarischen Dasein gerade verstärkt die scheinbare Dumpfheit der Massen zu erblicken glauben, von der sie sich durch einen jähen Einzelaufstieg "erlöst" zu haben vermeinen. Sichtbarer als viele andere ist diesen Weg August Winnig gegangen, der wohl als einzige Persönlichkeit proletarischer Herkunft einem der wichtigsten Kreise, ja dem zentralen, der nationalen Opposition angehört: dem sogenannten Gleichenkreis.

Dieser Kreis gruppiert sich um den Herausgeber der Zeitschrift *Der Ring*, Heinrich von Gleichen-Rußwurm, und er schließt heute eine ganze Reihe von Männern in sich, die weit über den eigentlich vielleicht nur etwa 1000 Personen umfassenden Leserkreis der Zeitschrift hinaus das geistige Leben der deutschen Rechten nachhaltig beeinflussen. Zu diesem Kreis, der auch in der unlängst mit der Standarte, einem frühern Organ des Jungstahlhelms, verbundenen Zeitschrift *Das Gewissen* sein Sprachrohr findet, gehören die verschiedenartigsten Menschen und Richtungen. Einmal wöchentlich pflegt man sich im Nationalen Klub zu Aussprachen zusammenzufinden. Man lebt dort stark von dem Gedankengut des Apostels des "Dritten Reichs" Moeller van den Bruck, dessen Einfluß gerade auf die geistig höchststehenden Kreise der Rechten immer wieder nachgewiesen und daher kaum überschätzt werden kann. In dem Kreis um Gleichen finden sich teilweise die selben Persönlichkeiten, die in den sogenannten Herrengesellschaften in den verschiedensten Gegenden des Reichs, im industriellen Westen ebenso wie im agrarischen Osten, bürgerliches und bürokratisches Patriziat mit gewissen Schichten des Feudaladels vereinen. In diesen Herrengesellschaften halten die verschiedenartigsten Persönlichkeiten, teils als Wortführer der Zirkel, teils vielleicht auch nur als Anreger, wie unter anderen der frühere Reichskanzler Hans Luther, über die verschiedenartigen Zeit- und Streitfragen Referate. Neben diesen Herrengesellschaften sind es vielfach auch die Kreise, die sich mit den Problemen des Auslandsdeutschtums, einem der Lieblingsthemen nationaler Kreise, befassen, und die ihre Auffassungen über die Behandlung dieses schwierigen Gebiets nicht zuletzt aus den Anregungen des Gleichenkreises schöpfen. Zu ihnen gehören ebenso der Deutsche Schutzbund Carl von Lösch' wie etwa Max Hildebert Boehm, der ein Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum in Berlin unterhält, wie auch all jene "Raumpolitiker" in der Art der von Karl Haushofer geführten geopolitischen Richtung. Ihr Exponent im Gleichenkreis dürfte vor allem der durch sein Erdölbuch bekannte Karl Hoffmann sein.

Die Nationale Opposition vertreten in diesem Rahmen auch der Münchener Professor Erich Jung, der Autor der *Herrschaft der Minderwertigen*, und Hans Blüher, der vor Jahren durch seine Schriften über den Wandervogel bekannt wurde. Daneben freilich finden sich auch Verbindungen zur katholischen Romantik. Der nicht direkt dem Gleichenkreis zugehörige Carl Schmitt kann in seiner eigenartigen, dem christlichen Korporativismus nahen Gedankenwelt als ihr sichtbarster Ausdruck gelten. Man wird auch gewisse ethisch-literarische Strömungen in diesem Zusammenhang nicht ganz außer acht lassen dürfen, muß daher den Verlag Eugen Diederichs, seine Zeitschrift *Die Tat* und seine, hier schon besprochene Sammlung *Deutsche Volkheit*, nennen. Es ist freilich ein sehr lockerer, nur bedingter Zusammenhang. Die Volkheitsliebe des Diederichsverlags ist keinesfalls reaktionär. Sie ist besinnlich und allem Denken der (einst so hoffnungsvoll eingeleiteten) deutschen Jugendbewegung nahe. Wie diese selbst sucht sie in ferner Vorzeit Bausteine

für ein neues Werden. In der Beziehung dieses Werdens, das als ausgesprochen antiliberal empfunden wird, ist man oft nicht fern von Postulaten eines ethischen, nur psychologisch begründeten Sozialismus. Eugen Diederichs ist daher der Verleger Hendrik de Mans geworden. Ebenso soll Stefan George, indem sein Name hier genannt wird, nicht etwa den Kreisen zugerechnet werden, die sich auf ihn berufen. Aber er wird, zum Teil, nationalistisch okkupiert, muß daher auch in dieser Untersuchung erwähnt werden, wie weltenweit entfernt sein geistiges Wesen auch jedem Nationalismus sein mag. Näher steht dem genannten geistigen Zentrum der Front eine populäre Richtung der in gutem Sinn belletristischen Literatur, die etwa in Dichtern wie Hanns Johst oder Ernst Jünger stärksten Ausdruck findet.

Daß trotz allen Gegensätzlichkeiten zur gegenwärtigen Parteileitung eine enge Verbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei besteht, ist außer Zweifel. Diese Verbindung wird weniger durch die Christlichnationalen Gewerkschaften und ihren Führer Walther Lambach hergestellt als durch einen Zusammenhang mit dem andern geistigen Zentrum der nationalen Opposition, dem Politischen Kolleg des Zentrumsrenegaten Martin Spahn. Aus der wichtigen Rolle, die Spahn im Leben der deutschen Rechten spielt, lassen sich, ebenso wie aus dem Einfluß der Ideologie der Christlichen Gewerkschaftsbewegung auf eine Bewegung, in der sich auch der eigentlich protestantisch-völkische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband befindet, Rückschlüsse auf die starke Bedeutung ziehen, die durch solche Mittler die katholische Staatslehre dort erlangt. Diese Gedankengänge beeinflussen sogar den Stahlhelm: durch die Persönlichkeit Heinz Brauweilers, der ebenso mit dem Gleichenkreis wie mit Martin Spahn in direkter oder indirekter Beziehung steht und in dem Sammelwerk Die Neue Front deutlich seine "deutschrechtlichen" Gesichtspunkte dargelegt hat.

Kein Zweifel, daß diese Gedankengänge auf die politische Romantik von vor 100 Jahren zurückgehen, andererseits aber auch auf den modernen Korporatismus des fascistischen Systems hinweisen. Darauf deuten manche Tatsachen hin: daß der Gleichenkreis einen eigenen Korrespondenten in Mailand unterhält, daß manche den Herrengesellschaften nahestehende Landbundführer, wie Hans Jürgen von Rohr-Demmin, Mussolini besuchen; auch das mehrfach bekundete Interesse führender Personen des Gleichenkreises für jenes Internationale Fascistische Forschungsinstitut, das in Lausanne unter der Leitung eines holländisch-schweizerischen Professors seinen Sitz aufgeschlagen hat. Es scheint, daß auch das Volksbegehren des Stahlhelms, auf das man, bis in das nationalsozialistische Lager hinein, die rechtsstehenden Verbände festzulegen sucht, in diesen Zentren seinen Geburtsort hat. Brauweiler insbesondere dürfte den Ausarbeitern eines Volksbegehrens, das eine erhöhte Machtposition des Reichspräsidenten erstrebt, kaum fernstehen. Den anderen Persönlichkeiten im Stahlhelm, Männern wie Ernst Stadler, dem Oberstleutnant Düsterberg und dem Lautsprecher Franz Seldte, dürfte im Geistesleben der deutschen Rechten keine auch nur annähernd gleiche Bedeutung zukommen wie den bisher genannten. Eher vielleicht schon dem durch seine Tätigkeit bei der Danziger Heimwehr bekannten Major Hermann Wagner oder dem (vor einem Jahrzehnt gefeierten, heute fast vergessenen) Oswald Spengler, der, ebenso wie ein von einem vermeintlichen Altpreußentum besessener Literat: Hans Schwarz, den Hochschulring Deutscher Art und damit nicht unwesentliche Kräfte der Studentenschaft nachhaltig beeinflußt.

Weitere Faktoren in diesem Zentrum der Nationalen Opposition sind die Fichte-Hochschule, die unter dem Einfluß ihres Mitbegründers Wilhelm Stapel steht, und auch alle jene "jugendbewegten" Kreise, die in der sogenannten Bündischen Jugend zusammengefaßt sind und vielleicht am ehesten durch Heinz Dähnhardt oder ihren Führer Erwin Kaiser repräsentiert werden. Weit eher zum alldeutschen Flügel der Deutschnationalen tendiert die Gesellschaft Deutscher Staat, mit ihr eine Reihe politisch interessierter Professoren, wie Max Wundt, Axel von Freytag-Loringhoven und andere. Zu denen, die den Weg zu den Deutschvölkischen nahmen, gehört der Pfarrer Gottfried Traub, aber auch Ernst Graf Reventlow, der seine realpolitisch nationale antienglische Haltung, die er während des Krieges eingenommen hatte, nach dem Krieg zugunsten einer bloßen Rassenideologie aufgab und heute mit seiner Befürwortung einer Anlehnung an Amerika faktisch in der Angelsachsenfront steht.

Bei den Nationalsozialisten wird man gut tun zwischen jenen, die stärker den völkischen Charakter der Bewegung betonen, wie dem Veteran des Antisemitismus Theodor Fritsch, der seinen Hammer vor allem gegen das Judentum schwingt, und dem handelsfeindlichen, angeblich fascistenfreundlichen Flügel um Adolf Hitler und Gottfried Feder zu differenzieren; wobei der höchst aktive Paul Joseph Goebbels wohl für sich in Anspruch nehmen wird es weder an Antisemitismus noch an "Fascismus"-Freundschaft (wobei der Fascismus immer, wohl gemerkt, in der Art des deutschen Nationalismus verstanden, also gründlich mißverstanden wird) fehlen zu lassen. Ebenso wie von diesem äußersten Flügel der politischen Rechten gehen auch von denjenigen Wehrverbänden, die abseits vom Stahlhelm stehen, Fäden zu den verschiedensten rechtsradikalen Strömungen des In- und Auslands. Wehrwolf, Oberland, Wiking und andere, teils legale teils illegale Organisationen gehören zwar der äußersten Rechten an, haben aber, wie etwa der Vormarsch beweist, Fühlung zu Kreisen, die, um in der konventionellen, daher oft irreführenden Terminologie von "links" und "rechts" zu bleiben, eher in der Gegend des linken Flügels anzusiedeln wären.

Kann mit einer solchen summarischen Wiedergabe vielleicht auch die Front nicht als völlig aufgeklärt gelten, mögen Einzelheiten sogar der Korrektur bedürfen: das Gesamtbild schließt sich und erweist bei aller Zwiespältigkeit, die, gerade unter dem Kennwort Nationale Opposition, Heinrich von Gleichen und sein Kreis zu überbrücken suchen, doch mancherlei Einheitlichkeit, die kurz durch einige abschließende Feststellungen skizziert sei.

Die Doktrin der liberalen Gedankenwelt hat im allgemeinen ausgespielt. In einer Zeit, in der die Industrie selbst von privater Planwirtschaft zu sprechen beginnt, in der auf den Tagungen der Arbeitgeberschaft die Vertretung der Organisationen ebenso stark, wenn nicht stärker in die Erscheinung tritt als die der einzelnen Unternehmung, hat auch in der politischen Ideologie nicht mehr so sehr das freie Spiel der Kräfte als der korporative Gedanke seinen Platz. Dieser korporative Gedanke ist, unähnlich der politischen Romantik zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wirtschaftlich fundiert und schließt das Problem Führertum und Volksgemeinschaft ein, ja, er findet sogar in der Aufnahme dieses Problems seine ausgesprochene Prägung. Stufenmäßiger ständischer Aufbau unter stärkerer Anwendung des Führergefolgschaftsprinzips ist für ihn von entscheidender Bedeutung. Katholische Staatsgedan-

ken finden in gewandelter Form ihren Ausdruck und sollen dazu dienen in ähnlicher Weise, wie es das Ausleseschema der katholischen Kirche vorsah, die Auswahl von oben her zu begründen. Begründungsprinzip ist dabei aber nicht die göttliche Autorität, sondern das nationale Prinzip, das von der völkischen Elite verkörpert wird und eines starken Unterbaus bedarf, bei dessen Konstruktion kühnste Gedankengänge selbst vor der Wiedererweckung der Hörigkeit nicht zurückschrecken. Nicht also der einem Staatssozialismus sich nähernde Neoliberalismus angelsächsischer Prägung steht auf der Tagesordnung der Nationalen Opposition, ebensowenig das großbürgerliche Manchesterium, sondern die Wiedererweckung der korporativen Staatsidee.

Die Volksgemeinschaft als Volksgefolgschaft: das ist ausgesprochen oder unausgesprochen das Ziel. Naturgemäß wird es weniger von denen, die Gefolgschaft sein sollen, als von denen aufgestellt, die sie brauchen, um über ihr die eigene Führerstellung zu stabilisieren. Dadurch wird, gewollt oder ungewollt, die Ideologie der Nationalen Opposition zur Ideologie einer Schicht, die um ihre Herrschaft kämpft, sie verliert also den Anspruch auf wirklich nationalen, das heißt das ganze Volk umfassenden Charakter.

JOHANNES TIMM · ALWIN SAENGER

BAYERNS Sozialdemokratie erlitt am 18. Februar durch den Tod unseres Freundes und Genossen Alwin Saenger einen großen Verlust. Ungewöhnliche geistige Fähigkeiten, eine glänzende Rednergabe, hoher Bekennermut für Wahrheit und Recht, Schärfe im Kampf, Verbindlichkeit in der Form: das waren die Eigenschaften, die unsern Alwin Saenger auszeichneten, und die auch seine Gegner zur Anerkennung und Achtung zwangen.

Den Werdegang unseres früh verstorbenen Führers kann ich nur in einigen Strichen zu zeichnen versuchen.

Am 12. Juli 1881 wurde Alwin Saenger in Eutin geboren. Er war der Sohn eines Apothekers. Im Alter von 7 Jahren kam er mit seinen Eltern nach München. Wegen schwächlicher Gesundheit durfte er die Volksschule nicht besuchen; zu Hause erhielt er anfangs von einer Lehrerin, später von einem Lehrer Unterricht. 1891 trat er in das Maximiliansgymnasium in München ein, in dem er bis zum 11. März 1898 verblieb. In der 7. Klasse mußte dann der 17jährige Schüler auf dringenden ärztlichen Rat wegen Nervenüberreizung das Gymnasium verlassen und vorerst das Studium aufgeben. Nach einer halbjährigen Erholungsreise wandte er sich der Pharmazie zu. Allmählich besserte sich indessen seine Gesundheit, so daß er, nach einer 1¹/₂jährigen Lehrlingszeit als Apotheker, sich entschloß durch Privatstudium das von ihm immer erstrebte Ziel des Abiturientenexamens zu erreichen, was ihm auch gelang. Von frühester Kindheit an war es sein dringender Wunsch gewesen Rechtswissenschaft zu studieren. So wurde ihm dies nun möglich. Er besuchte die Universitäten München und Kiel.

Über die geistige Haltung Alwin Saengers, die nun sein ganzes Leben bestimmte, unterrichtet der folgende Brief, den der kaum 22jährige Student am 10. Juni 1903 von Kiel aus an Georg von Vollmar schrieb:

»Sehr verehrter Herr von Vollmar! Sie werden Sich, hochgeehrter Herr, wundern von einem Ihnen gänzlich unbekanntem jungen Menschen diese Zeilen zu erhalten. Aber, indem ich Sie bitte diese kurze Störung zu entschuldigen, ersuche ich Sie

gleichzeitig den Inhalt dieses Briefes, der leider nicht größer ausfallen konnte, gütigst Ihrer Parteikasse für die Wahlen übermitteln zu wollen. Die bevorstehende Entscheidung über den kommenden Reichstag hat mir die Feder in die Hand gedrückt. Schon seit meiner Jugend unentwegt Ihrer Partei der Zukunft in tiefster Begeisterung zugetan, im Hasse gegen die nationale Jugend, die für Kaiser und Reich, Heer und Flotte schwärmt, ohne eine kommende Zeit begreifen zu wollen, verbietet mir meine Jugend und ein noch unzureichendes Wissen auch tätig in die Reihen der Sozialdemokratie einzutreten. Wenn dieses die Zeit überwunden, hoffe ich fest, daß mein Sehnen unter Ihrer großen Führung nach meinen Kräften mitkämpfen zu dürfen in Erfüllung geht. Ohne Sie, verehrter Herr, weiter mit den Ideen eines jungen Studenten belästigen zu wollen, bin ich mit dem Ausdrucke meiner ergebensten Hochachtung Alwin Saenger aus München.«

Vollmar war jungen, strebsamen Menschen, die für die Sozialdemokratie Interesse bekundeten, immer ein warmherziger Förderer. So schrieb er am 8. Juli 1903 dem jungen Saenger folgende aufmunternde Zeilen zurück:

»Geehrter Herr, nachdem der Wahlkampf vorbei ist, will ich nicht versäumen Ihnen meine besondere Freude auszudrücken, daß Sie die Kämpfer durch Ihre Sympathie und durch tatkräftige Beihilfe unterstützt haben. Erhalten Sie Sich Ihren idealen Sinn; ich hoffe Ihnen noch ferner im Leben zu begegnen und Sie Gutes und Nützlichliches für die Menschheit leisten zu sehen. Hochachtend Ihr Vollmar.«

Von da ab fand zwischen dem jungen Alwin Saenger und Georg von Vollmar ein reger geistiger Verkehr statt. Saenger hat bis zu seinem Tod Vollmar als seinen großen Lehrmeister aufs tiefste verehrt und geschätzt. Er wurde denn auch später damit betraut den literarischen Nachlaß Vollmars herauszugeben. Der frühe Tod hat ihn nun daran gehindert.

Im Jahr 1909 legte Alwin Saenger den Staatskonkurs für den Höhern Justiz- und Verwaltungsdienst ab und ließ sich 1910 in München als Rechtsanwalt nieder. Aber schon vor seinem Staatsexamen betätigte sich der junge Rechtspraktikant, mit Wilhelm Hausenstein und Heinrich Harpuder, rege in Arbeiterbildungsbestrebungen. In München waren diese Drei die Gründer des Arbeiterbildungsvereins Vorwärts. Bald danach traten sie mit dem Vorstand des Gaus Südbayern in Verbindung, um wissenschaftliche Bildungsvorträge im Gausegebiet abhalten zu lassen. Gern ging man auf das Anerbieten der 3 ideal veranlagten jungen Leute ein. Man hatte vollen Erfolg. Vor mir liegt ein vergilbter, handschriftlich von dem Rechtspraktikanten Alwin Saenger niedergeschriebener Bericht über die Bildungsvorträge im Gau Südbayern, abgehalten in der Zeit vom März bis zum Juni 1909. Es wurden während dieser Zeit 29 Vorträge abgehalten, die von insgesamt 2246 Personen, darunter 179 Frauen, besucht wurden. Was Alwin Saenger in seinem Bericht am Schluß über den Rückblick und Ausblick der Arbeiterbildungsbestrebungen niedergelegt hat, charakterisiert seinen Idealismus, der nie versagte:

»Dauernde Erfolge sind nur mit einer Arbeiterschaft zu erringen, deren Interesse für Wissen und Bildung frühzeitig geweckt wurde. Hierbei wird zunächst davon auszugehen sein den Arbeitern das Versäumte der Volksschule beizubringen, und es ist Aufgabe der Lehrer die einfachen Tatsachen in elementarer Weise darzustellen; denn danach richtet sich auch, wie die Anfragen beweisen, das Verlangen der Arbeiter. Vor allem die einfachen Grundbegriffe unserer Volkswirtschaftslehre sowie des staatlichen und gemeindlichen Lebens (Verfassung und Verwaltung), daneben geschichtliche Überblicke vorzutragen und zu lehren ist das allernächste Ziel. Die Arbeiter müssen wissen, was die volkswirtschaftliche Grundlage der Fabrik ist, in der sie leben, was Gemeindeverwaltung, Verfassung, Reichstag, Landtag eigentlich bedeuten und sind. Eine Eroberung dieser Gewalten setzt die genaue Kenntnis ihres Wesens voraus.«

Den Schluß seines Berichts begleitet Saenger, seinem Kampfwillen entsprechend, mit einem anfeuernden Vorwärts!

Als Rechtsanwalt war Alwin Saenger bald ein begehrter Mann. Besonders als Verteidiger in Strafrechtssachen wirkte er vor Gericht durch seine gründlichen Kenntnisse der Materie und durch seine glänzende Rednergabe. Der Weltkrieg warf auch unsern Freund zeitweilig aus seinem Beruf. Vom Januar 1915 bis zum November 1916 war er freiwilliger Krankenträger und Artillerist im Feld, sodann betätigte er sich bei der Fliegerabwehr in der Heimat. Vom September 1917 bis zum November 1918 war er zur Militärischen Abteilung des Auswärtigen Amts kommandiert.

Beim Ausbruch der Revolution in Bayern erwarteten im November 1918 Alwin Saenger große Aufgaben. Als provisorischem Justizminister der Revolutionsregierung war es mir damals vergönnt 4½ Monate mit ihm zu arbeiten. Große Verantwortungen fielen plötzlich dem Justizminister zu, so das Begnadigungsrecht, das vorher der König ausübte. Neben die alten Beamten im Justizministerium mußte ich einen besondern, juristisch gebildeten Vertrauensmann als Mitberater berufen. Aus reinem Pflichtgefühl war Saenger sofort hierzu bereit, obwohl aus den vorhandenen Etatsmitteln nur eine mäßige Vergütung gewährt werden konnte. Was er damals in seiner bescheidenen Stellung oft in nächtelanger Arbeit geleistet hat, kann nur der richtig würdigen, der die Freude hatte mit diesem treuen, aufrichtigen, nur um das Wohl des Volkes besorgten Mann zusammenzuarbeiten. Unter der Koalitionsregierung des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann wurde dann Alwin Saenger als Staatsrat vom 1. August bis zum 1. November 1919 und von da bis zum 14. März 1920 als Staatssekretär ins Ministerium für Unterricht und Kultus berufen. Auch in dieser Stellung hat er sich glänzend bewährt; er war die rechte Hand des Ministerpräsidenten. Dann kam der Lüttwitzputsch vom 13. März 1920. In Bayern trat das Ministerium Hoffmann zurück. Seitdem haben wir bekanntlich in Bayern eine Koalitionsregierung ohne Sozialdemokraten.

Alwin Saenger war bis zum Jahr 1924 Mitglied des Bayrischen Landtags, in dem er eine äußerst rührige Tätigkeit entfaltete. Im Staatshaushaltsausschuß war ihm das Korreferat zum Kultusetat anvertraut, wobei er insbesondere die Hochschulfragen behandelte und sich für die Förderung von Wissenschaft und Kunst einsetzte. In den Vordergrund des staatspolitischen Geschehens trat er dann vor allem durch seine Stellungnahme in allen justiz- und verfassungspolitischen Fragen. Leidenschaftlich bekämpfte er die politische Justiz und die Art der Führung politischer Prozesse, wie sie sich besonders in Bayern von 1920 bis 1924 herausgebildet hatte. Nach der Ermordung des Abgeordneten Gareis im Juni 1921 geißelte Alwin Saenger scharf das System der Verhetzung Andersdenkender, das mit Notwendigkeit zum politischen Mord führe. Wohin kommen wir, so sagte Saenger in einer seiner Landtagsreden, wenn selbst ein Universitätsprofessor erklärt: »Der Saenger ist der gefährlichste Sozialdemokrat; was der alles als Staatssekretär auf dem Gewissen hat! Den sollte man kaltstellen.« Die Einheit des Reichs stellte er über alles. Wichtige Hiebe teilte er unerschrocken aus, als im Jahr 1923 die Wogen der Hitlerbewegung hoch gingen und zu dem Novemberputsch 1923 führten. Mit rücksichtslosem Mut kämpfte er gegen die nationalistisch-antisemitische Seuche. Nicht gern sahen ihn seine politischen Freunde in Bayern aus dem Landtag scheiden. Sie verstanden es aber, daß im Deutschen Reichstag seine bewährte Arbeitskraft notwendiger sei, und sie vergessen ihm nicht, was er dort geleistet hat.

Noch eine Seite der Arbeit Alwin Saengers soll hier, wenn auch nur kurz, beleuchtet werden: seine Tätigkeit als Volksversammlungsredner. Was ihn bei den Massen des Volks so beliebt machte, war nicht bloß die hinreißende Wucht seiner Rede. Jedermann stand bei den Reden Alwin Saengers immer unter dem Eindruck: Hier spricht jemand, der alles, was er sagt, innerlich miterlebt. Niemals war es bei ihm jene Aneinanderreihung gewohnter Formeln, wie sie der ermüdete Parteiredner oft als Hilfsmittel gebraucht. Nie auch verlor er sich an die kleinen Dinge des Tages, so sehr er deren Bedeutung herausarbeitete. Wie verstand er es am Schluß seiner Reden immer wieder in zündenden Worten die zukunftsreichen Aufgaben der Sozialdemokratie herauszustellen. Das klang wie eine Weihe an das werdende.

Nun ist der Mund unseres Freundes und Führers Alwin Saenger verstummt. Groß ist die Lücke, die sein Tod in unsere Reihen gerissen hat. Hoffen wir, daß aus den Schichten der jüngern Generation bald geistig so hochstehende Menschen herauswachsen, daß sie das Erbe eines der Besten antreten können.

WOLFGANG HEINE · SAENGER UND VOLLMAR

UBER die politische Arbeit unseres so jung verstorbenen Freundes Alwin Saenger mögen sich andere äußern, die an dieser Arbeit persönlich teilnehmen konnten. Hauptsächlich war er zunächst im Bayrischen Landtag tätig. In den Reichstag ist Saenger erst nach meiner Zeit eingetreten. Ich kenne sein Wirken, namentlich im Untersuchungsausschuß, nur aus den Zeitungsberichten. Den Fleiß und die Sachlichkeit, die daraus sprachen, kannte ich aber längst als seine schönen, für ihn bestimmenden Eigenschaften.

Schon sehr lange ist es her, daß ich Alwin Saenger im Vollmarschen Kreis kennen lernte. Saenger war damals noch Gerichtsreferendar, stand aber bereits dem Meister der bayrischen Sozialdemokratie nahe; schon *mehr* als nur ein Lehrling, bald ein vollgültiger Geselle und Mitkämpfer, endlich sein von ihm ausersehener Nachfolger und Träger seiner Überlieferungen. Mich konnte es nicht überraschen, daß Vollmars Wahl auf einen Nichtbayern, sogar auf einen Preußen von der Wasserkante fiel. Es war ein Zeichen dessen, was wir auch sonst wußten, wie himmelweit nämlich Vollmar, der "Altbayer", wie er sich gern mit einem leichten Seitenblick auf Franken, Schwaben und Pfälzer nannte, von wirklicher partikularischer Beschränktheit entfernt war.

Die verbindende Brücke zwischen diesen Männern, die durch solche Weiten des Alters und der Heimat getrennt zu sein schienen, bestand in der tiefen und ausgedehnten Bildung, die beide ihr eigen nannten. Denn Saenger sowohl wie Vollmar verfügten über sehr gründliche Kenntnisse weit über das politische Gebiet hinaus und waren, was viel mehr bedeutet als Wissen, von dem echten wissenschaftlichen *Denken* beherrscht, das sich nicht im Kleinkram von Stoff verliert sondern zusammenfassende Ideen findet, das aber auch frei ist von der Herrschaft landläufiger Redensarten und vorgefaßter Theorien. Deshalb war ihnen die Unduldsamkeit fremd, die immer den Beweis einer Unfähigkeit zu wissenschaftlichen Leistungen bedeutet. Der erste Beitrag Saengers, den ich in den Sozialistischen Monatsheften 1910 finde, behandelt »Bildungsprobleme«, wobei seine wissenschaftliche Gründlichkeit und Unvoreingenommenheit schon deutlich zum Ausdruck gelangen.

In dieser Verbindung zwischen Nord und Süd, alter Erfahrung und jugendlicher Begeisterung sprach sich aber noch mehr aus. Die strenge Sachlichkeit und Phrasenlosigkeit des Holsteiners berührte sich mit der überlegenen unerschütterlichen Ruhe des Oberbayern, wenn beides auch ganz verschiedenen nationalen Temperamenten entsprossen war. Dazu kam die Freude an allem Schönen in der Kunst und der Natur als Würze dieser Freundschaft. Georg von Vollmar und seine Gattin Julia hatten am Walchensee ein Sinnbild ihres Seins und Denkens geschaffen: das bescheidene und dabei mit Kunst gesättigte, mit warmer Herzenswärme erfüllte Haus Soiensäß; eingebettet in den Buchenwald vor dem klaren und ewig wechselnden Spiegel des schönsten der Oberbayrischen Seen, mit dem Blick auf die Kette von Vollmars heimatlichen Bergen, bis tief nach Tirol hinein. Das war der Platz, wo ich Alwin Saenger zum erstenmal traf, dort habe ich später noch sein stilles Entzücken an der Reinheit und Harmonie der Natur erlebt.

Das Band zwischen Saenger und Vollmar wurde noch enger durch die Freundschaft der beiden Frauen. Und als nun die Jahre des traurigen Hinsterbens der beiden Verehrten, Unvergesslichen begannen, als Frau Julia, die treue, durch Jahrzehnte bewährte Pflegerin ihres Georg, selbst der Hilfe in schwerer Krankheit bedürfte, als die gesteigerte Arbeit nach Krieg und Zusammenbruch den meisten alten Freunden nur seltene Besuche dort im Gebirge gestattete, da waren es Saenger und Frau, die immer noch persönlich den Leidenden, Sterbenden den Zusammenhang mit all dem verschafften, worin sie geistig wurzelten, und woran sie bis zuletzt leidenschaftlich teilnahmen. Niemand war berufener als Saenger und seine Frau das Haus Soiensäß zu betreuen und seinen alten Geist darin fortleben zu lassen.

Saenger hatte sich in großangelegte Vorarbeiten für eine Biographie Vollmars und die Darstellung seiner politischen Arbeit vertieft. Ich weiß nicht, wie weit er damit gekommen ist. Es wäre schade, wenn diese Quellen für die große Periode des sozialdemokratischen Idealismus unausgeschöpft bleiben müßten. So richtig es ist, daß jede Zeit sich die Lösung ihrer Aufgaben selber suchen muß, so kann doch auch eine politische Partei aus ihrer eigenen Vergangenheit lernen. Gerade die Probleme, für die die Sozialdemokratie heute eine Lösung finden muß, wenn sie nicht elend Schiffbruch leiden will, sind die selben, um die Vollmar schon vor 40 Jahren gerungen hat. Nicht nur Gesetz und Rechte schleppen sich wie eine ewige Krankheit fort, sondern auch politische Theorien werden zu Unsinn und Plage. Immer aber hat es große Herzen und reine Wahrheitsfreunde gegeben, an deren Bild und Schaffen sich der Geist treuer Nachfolger aufrichten kann. Solche Treue hat Alwin Saenger bewährt, allen seinen Freunden und denen Vollmars zu Dank.

HILTGART VIELHABER · DIE JUNGKATHOLISCHE BEWEGUNG

GEMEINSAMKEIT im Grunderleben alles Daseins und Geschehens ist der Ausgangspunkt der jungkatholischen Bewegung in Frankreich. Und nun auch bei uns. Denn hier zieht das Nationale keine Grenzen. Das Religiöse, Übernationale eint. Seit 1917 der Papst, als höchster Repräsentant christlicher Gesinnung, den Frieden forderte, seit, nach Versailles, die katholische Jugend Deutschlands

zum freiwilligen Wiederaufbau der vom deutschen Heer im Krieg zerstörten Ortschaften Frankreichs aufrief, ist diese Mahnung zu Einkehr und Umkehr nicht mehr verstummt. Schwer war es zu glauben. Denn Jahre hindurch hatte man die Geister zu tief mit Haß und Feindseligkeit durchtränkt. Selbst deutsche Katholiken, deutsche Priester zweifelten zuerst und wagten nicht über die Mauern hinwegzublicken, die der Chauvinismus beider Lager in qualvollen Zeiten aufgetürmt hatte. Da trat jenes schönste Erbeil des französischen Volkes: der Mut zum Bekennen des als wahr Begriffenen, wieder hervor. Und da dem Katholiken stets das Wahre als Eigentümlichkeit und als Gebot des Göttlichen erscheint, so ergab sich die Verpflichtung für seine Durchsetzung zu kämpfen. Die Überlieferung von Pauli Bekehrung in Damaskus bleibt ein ewiges Symbol. Der einstige Verfolger und Feind einer Idee wird, einmal bekehrt, immer wieder ihr leidenschaftlicher Verfechter. Und gerade die Inbrunst zu sühnen leiht dem Aufschwung des Herzens die große, die schließlich überwältigende Kraft.

In Frankreich vereinigten sich katholische Lehrer zur Herausgabe christlicher Lesebücher. Man sprach darin vorerst überhaupt nicht vom Krieg. Als man für die höheren Stufen und die allmählich zu eigenem Denken erwachenden Schüler davon reden mußte, geschah es unter dem einen Gesichtspunkt: Der Krieg ist eine Schuld gewesen, eine große, gemeinsame Verschuldung aller beteiligten Völker. Sie zu sühnen müssen alle mit einander beitragen. Gott ist stets der gleiche, ob ihn Franzosen, Deutsche oder andere Nationen anrufen. Diesem Gott kann man nur in gemeinsamer Kindschaft dienen. Man kann ihn also nicht gegen einander ausspielen. (Daß dies im Krieg geschehen war, mußte die Besten gegen die Kirche erbittern.) Diese Bücher standen da. Wohl kannte man sie bei uns in den Kreisen, die aus ähnlichen Erwägungen heraus zum Verständnis für einander, zur Brücke zu einander strebten. Allein die heranwachsende Jugend, die so viel Neues zu erwägen, zu bewältigen hatte, hielt sich noch fern. Man diskutierte eher über die Erziehungsmethoden des Bolschewismus oder die pädagogischen Probleme in den Vereinigten Staaten von Amerika. Man sah zuerst nicht das Neuartige in der jungkatholischen Bewegung. Daß hier eine Umwälzung war, die den Menschen viel tiefer packte, weit Größeres von der Verantwortlichkeit des einzelnen verlangte und, auf der Vergangenheit fußend, doch Zukunft wollte, das mißkannte man zuerst und mißachtete es deshalb wohl. Allmählich aber gewannen die Stimmen von "jenseits des Rheins" dennoch Widerhall bei uns. Die ethische Verpflichtung der werdenden Generation gegenüber traf mit dem reinsten Entwicklungswillen unserer ernsthaften Jugend zusammen. Die Bereitschaft auch auf geistigem und seelischem Gebiet wiederaufzubauen, was die Eltern beider Lager zertrümmert hatten, führte einander näher.

In einer Reihe französischer Zeitschriften, in den wissenschaftlich vergleichenden Etudes, die wohl den Grund legten, dann in der von Marc Sangnier mit der ganzen Verve und Hingabe des Vorkämpfers redigierten Jeune République, in den materialreichen Heftchen des Bulletin Catholique International und manchen anderen noch, kommt diese Richtung mit ihrem Verständigungs- und Versöhnungswillen zu Wort. Nicht etwa in weichlichem Pazifismus, nicht blind dem Verschiedengearteten gegenüber sondern voll bewußt aller Schwierigkeiten auf beiden Seiten. Aber gerade, weil dies Unterfangen so Ungeheures überwinden muß, besitzt es den großen Reiz und gibt den Mitschaffenden das Gefühl ihrer Bedeutung für das Ganze. Ein Charakteristikum französi-

scher Schriftkunst: die Ironie, ist gänzlich ausgeschaltet. Mit bedingungsloser Ernsthaftigkeit wird geschaut, berichtet, bewertet. So der Besuch des angehenden französischen Priesters im Kloster von Fulda. Ein wenig Besorgnis hatte er zuvor gehabt. Allein sein Wunsch ein Jahr in deutschem Milieu zu leben und zu studieren war doch zu groß gewesen. So kam er durch die Hilfe des Jesuitenpaters aus dem besetzten Gebiet jenseits des Rheins in das Priesterseminar von Fulda. Die »petite ville coquette« hat es ihm angetan. Und dann im Seminar erfuhr er nicht eine einzige Kränkung. Wohl empfand er: Hier waren auch einzelne Nationalisten und Monarchisten. Aber sie verschlossen es in sich. Mit den Preußen wurde es ihm zuerst schwer. Trotzdem: Freundschaft entstand bald nach allen Seiten hin. Im Jahr nach seinem Fortgang kam ein Weihnachtsgruß aus Fulda, von jedem seiner dortigen Mitschüler unterschrieben. Die *Jeune République*, das *Bulletin* berichten den Fall als Symptom. Aber tiefer noch als durch solche Erzählungen sucht man durch Logik zu überzeugen und führt besonders gern Belege von deutsch-katholischer Seite an. Die Rede, die Pater Strathmann, der in Freiburg Professor der Moraltheologie ist, über den Nationalismus hielt, wurde in ihrem wesentlichen Teil in das *Bulletin* übernommen und so wiedergegeben: »Unter den geistigen Hindernissen, mit denen die Kirche heute zu kämpfen hat, steht der Nationalismus. Die ganze Welt leidet in unserer Zeit unter seiner Überhitzung und unter seinen Auswüchsen. Manch einer wird meinen, dieses Hindernis sei eher politisch als geistiger Art. Doch mich dünkt, daß der Nationalismus in seiner heutigen Gestalt wahrhaft als geistiges Phänomen zu bewerten ist; denn er nimmt häufig die Formen des Religiösen an. Der menschliche Geist kann neben einander aber nicht 2 Religionen in sich beherbergen. Und die Religion, das heißt die Erkenntnis der allerletzten Realität und die Anbetung dessen, dem alles geopfert werden soll, ist Liebe von einer Art und Wesenheit, die keine andere neben sich erträgt. Der Exzeß liegt eben darin, daß das Nationale zum Selbstzweck wird. Bei der Gesinnung, die unter dieser Form hervortritt, befindet man sich auch in der rein technischen Bedeutung des Wortes einfach im Angesicht einer Ketzerei. Und diese muß zur Irrlehre verführen. Das Nationale, als Selbstzweck gefaßt, ist ein Ketzertum, das unsere ganze europäische Kultur durchdrungen hat. Denn es beansprucht alles, was sonst dem Religiösen eigentümlich ist, und zwar einer begeisterten und flammenden Religiosität. Vor allem aber widerstreitet solch ein Nationalismus dem Allumspannenden der katholischen Lehre selbst. Denn die Moral und die den wahren Tatsachen entsprechende Geschichte, die einzig der Obhut der katholischen Lehre unterstehen, werden hier zum Werkzeug des Nationalismus verfälscht.« Gerade, daß solche Angriffe in den strengen Grenzen katholischer Lehrauffassung geführt werden, macht sie so wirkungsvoll und vielen überzeugend, die sonst gleichgültig blieben.

Aber noch andere Stimmen klingen im Chor der jungkatholischen Bewegung Frankreichs. Der Wille zur Gerechtigkeit mit seiner werbenden Moral dokumentiert sich bei den meisten Autoren der *Nouvelle Revue Française*. Ihr Verlag, die *Librairie Gallimard*, gibt immer neuen Autoren, auch den jüngsten, im Rahmen eigener Werke Raum diese tief sie durchflutende Wandlungskraft zu bekennen. Die große Welle religiösen Erlebens, der Zwang zur Güte oder zum Guten hat eine Reihe der bekanntesten Schriftsteller ergriffen und äußert sich in tausend unterschiedlichen Formen: im traditionsbeladenen Stil Paul Claudels, in der beseelten Darstellungsart Francis Miromandres

und in der triebüberwindenden Liebesinbrunst François Mauriacs. Es sind fast 20 Jahre vergangen, seit die französischen Modernisten den heißen Kampf um die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung geführt. Die Formulierung der Idee war symptomatisch für das Zeitalter des ausgehenden Rationalismus. Heute steht eine andere Aufgabe zur Diskussion: Das allgemeine Erleben des allgemeinen großen Leids hat die Meinung des einzelnen von sich hintangestellt. Wahrhaftigkeit gegen sich tut not. Doch die Losung heißt nicht mehr "Freiheit für sich!" sondern "Hilfe für alle!". Da setzt nun die Arbeit der katholischen Kirche ein. Denn das Bestimmen der Funktion des einzelnen im Gesamtgefüge der Menschheit, das war von jeher ihre Stärke. So schlägt auch heute für die Kirche wieder die Stunde mitzuwirken, vielleicht in weitgehenden Linien überhaupt die Richtung anzugeben.

Daß es keine Rückkehr in irgendeine Enge sondern ein neues Wurzeltreiben aus dem ewig alten Grund sein muß, wird von ihren Vertretern selbst am tiefsten erkannt. Heinrich Mertens, der in den Schildgenossen über die »Position der katholischen Sozialisten« berichtet, schreibt: »Immer wieder müssen wir uns verdeutlichen, daß Glaube, Hoffnung und Liebe keineswegs als nur statische (im Nein begründete) Vermögen aufgefaßt werden dürfen oder gar als bloße Verhaltensweisen an in sich ruhenden Objekten, sondern, daß sie auch gedacht und bezeugt werden müssen als dynamische, wirkende Kräfte, die das schöpferische Wesen des lebendigen Gottes ebenbildlich im Menschen realisieren. Das schließt aber ein, daß sie sich in Raum und Zeit, als ursprünglich *neugestaltend* erweisen, daß sie durch raumzeitliche Bewegung angerufen und mitbewegt werden; daß sie geschichtliche Kräfte sind, die geschichtsbewußt, im rechten Zeitmoment in der konkreten Situation sich neuschaffend einsetzen.«

Man sieht, wie stark die jungkatholische Bewegung von Frankreich zu uns herübergegriffen hat. Gleichviel, wie man zum Katholizismus als geistiger Macht steht: man wird nicht verkennen dürfen, daß in dieser Bewegung, aus welchen Antrieben immer, Arbeit für ein verantwortungsbewußtes Menschentum geleistet wird. Daher hat gerade der Sozialist Anlaß und Pflicht sie aufmerksam zu verfolgen.

AUGUST BRÜCHER · KIRCHENFIGUR

DIE Heilige liebt unser Schauen
 Und schenkt uns ihre Gedanken
 Aus Augen, die uns umranken
 Und uns einen Himmel erbauen.

Sie trägt in der Hand ihr Symbol,
 Wir sinken in ihren Schein.
 Leis haucht sie ihr Leben uns ein
 In Herzen versteinert und hohl.

Wir wissen nichts zu erwidern
 Und stehen beklommen und lauschen,
 Zerbrechen, knien und verrauschen
 Im Orgelspiel und in den Liedern.

RAPHAEL SELIGMANN · KRIEG UND FRIEDE



INTERNATIONALE Konflikte sollen gleich sonstigen Zwistigkeiten und Unstimmigkeiten innerhalb von Gemeinschaften und Völkern auf friedlichem Weg geschlichtet werden; wie Konflikte zwischen Mensch und Mensch oder zwischen Mensch und Gruppe innerhalb einer Gemeinschaft oder eines Volkes nicht durch Gewalt von Waffen, nicht etwa durch Messer, Revolver und Bombe, ausgefochten sondern durch friedlichen Schiedsspruch gelöst werden, so sollen auch dementsprechend künftighin internationale Streitigkeiten nicht durch Gewaltmittel der Waffen sondern durch friedliche Entscheidungen geregelt werden: So lautet ungefähr der Hauptsatz des Pazifismus. Die friedlich sich gestaltenden Verhältnisse innerhalb einer geschlossenen Gemeinschaft sollen dem pazifistischen Gedanken zufolge in der Zukunft als nachzuahmendes Muster für die Verhältnisse zwischen den Völkern und Gemeinschaften dienen. Daneben werden freilich auch Gründe sentimentaler, moralischer und praktisch-wirtschaftlicher Natur geltend gemacht: Kriege bringen notgedrungen unwiederbringliche Opfer an Menschenleben mit sich; sie erschüttern die Grundfesten menschlichen Zusammenlebens und heben den sozial-kulturellen Habitus der Gemeinschaften aus dem Gleise; sie wecken atavistische Instinkte, die längst erloschen sind, aus ihrem jahrhundertlangen Schlummer und tragen auf diese Weise zur Verrohung der Sitten bei; sie schlagen der Wirtschaft der kriegführenden Länder schwer zu heilende und langsam vernarbende Wunden usw. Alles Argumente von Gewicht. Nicht einmal der härtestgesottene Militarist fände den Mut in sich sie in Abrede zu stellen. Und doch liegt nicht in ihnen der Schwerpunkt des pazifistischen Gedankens. Was hätten Logik und Moral genützt, wenn Kriege sich schließlich nicht vermeiden ließen? Aber sie lassen sich eben vermeiden. Beweis: die friedlich sich entwickelnden intrasozialen Beziehungen, will sagen die Beziehungen innerhalb von Gemeinschaften und Völkern.

Aber gerade dieses Hauptargument des offiziellen Pazifismus ist sehr brüchig. Wie schlecht wäre es in der Tat mit der Sache des Friedens bestellt, wenn die internationalen Beziehungen sich vorwiegend nach den intrasozialen Beziehungen innerhalb der Völker, Gesellschaften und Gemeinschaften zu richten hätten! Welches sind denn die Konflikte, die innerhalb der Gesellschaft zu einem befriedigenden Ausgleich gelangen, wenn man von dem engen Bereich der Rechtspflege und Rechtsprechung absieht? Lassen wir es zunächst ganz auf sich beruhen, wie formalistisch und äußerlich die Rechtsprechung in der Regel gehandhabt wird, und wie verhältnismäßig selten sie den sachlichen Kern zu treffen pflegt; denn dieser Umstand scheint allmählich erfreulicherweise zum Bewußtsein der Öffentlichkeit zu gelangen, und es zeigen sich bereits Ansätze in der Richtung eines sachlichern, will sagen menschlichern und moralischern Verfahrens. Allein die Frage ist doch eben, ob die Rechtsprechung überhaupt fähig ist den Konfliktstoff innerhalb der Gesellschaft in seiner ganzen Fülle und Schärfe zu erfassen.

In diesem Artikel ist nicht der Ort ein Thema zu behandeln, über das Generationen von Rechtsgelehrten und Rechtsphilosophen sich vergeblich abgemüht haben: das Verhältnis zwischen Recht und Moral. Wo hört Moral auf, und wo beginnt Recht, oder wo hört Recht auf, und wo beginnt Moral? Eine definitive Abgrenzung zwischen diesen beiden Zonen menschlichen Ver-

haltens ist bis auf den letzten Augenblick noch nicht vollzogen worden. Glücklicherweise ist sie in diesem Zusammenhang nicht notwendig. Für unsere Zwecke genügt es vollständig bloß auf folgendes Hauptmoment hinzuweisen: Recht knüpft immer an einen gewissen vorgefundenen Bestand von Anschauungen an, die in gewissen gesellschaftlichen Normen des Verhaltens ihren Ausdruck finden, oder, kürzer, an einen bestimmten gesellschaftlichen Habitus, den es ohne weiteres hinnimmt und gelten läßt, wenn auch nicht in ganz uneingeschränkter Form. Die Leistung des Rechts besteht in Sichtung, Festlegung und Formulierung dieser selben Normen. Moral hingegen beruhigt sich nie bei einem jeweilig vorgefundenen Habitus, vielmehr ist für sie das jeweilig Vorgefundene Fragezeichen und Problem; denn sie kontrolliert gesellschaftliche Beziehungen und menschliche Dinge überhaupt von einer Instanz aus, die über die jeweilige geschichtliche Faktizität erhaben ist, einer Instanz, vor der sich vielmehr diese selbe Faktizität zu verantworten hat. Hier wie dort ist menschliches Zusammenleben unumgängliche Voraussetzung; ohne dieses weder Recht noch Moral. Aber während ein ganz bestimmter Modus dieses Zusammenlebens für das Recht entscheidende Geltung besitzt, ist dieser Modus für die Moral ganz und gar nicht maßgebend, er bildet im Gegenteil den Gegenstand einer unausgesetzten Prüfung. Wächst eine Gemeinschaft über ihren geschichtlichen Habitus hinaus, oder, mit anderen Worten, haben für diese Gemeinschaft die moralische Besinnung und die moralische Kontrolle begonnen, so bleibt das bestehende Recht rückständig und sieht sich oft gezwungen ihr mühselig nachzuhinken. Man könnte sagen, Moral sei die Entelechie einer Gemeinschaft, und Recht deren Materie (im Aristotelischen Sinn). Vielleicht würden wir aber die Sachlage treffender kennzeichnen, wenn wir sagten, daß Moral sich zu Recht verhalte ungefähr wie Mathematik zu Physik. Die Mathematik konstruiert ihre Gegenstände, ohne viel nach deren Sosein und Sein überhaupt zu fragen, es ist ihr gleichgültig, ob ihre Gegenstände auch in der Wirklichkeit so existieren, wie sie diese konstruierte, und ob sie überhaupt realiter existieren. Nicht sie ist es, die sich nach den Gegenständen zu richten hat, sondern die Gegenstände haben sich nach *ihr* zu richten. Entspricht ein realiter existierender Kreis den mathematischen Anforderungen nicht, so ist er eben kein Kreis. Für die Physik hingegen ist die reale Existenz ihrer Gegenstände maßgebend.

Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß im Verlauf der Zeit nach und nach auch Erwägungen rein moralischer Natur in die Zone des Rechts hineinbezogen werden können. Allein dazu ist Vorarbeit erforderlich, und ein klein wenig kann hier in diesem Zusammenhang vielleicht zu einer derartigen Vorarbeit beigetragen werden. Aus der Idealität der Moral in ihrem Gegensatz zur Faktizität des Rechts wird erst der bekannte Unterschied zwischen Handlung und Gesinnung recht begreiflich, der von manchen Rechtslehrern bezweifelt zu werden scheint, nach meinem Dafürhalten aber zu Recht besteht. Alle Jurisdiktion hat irgendwelche Handlung zur Voraussetzung und zum Gegenstand; falls auch Gesinnung in Frage kommt, so geschieht es nur dann, wenn sich diese in einem unabweisbaren Konnex mit einer bereits verübten Handlung befindet, oder, richtiger, wenn sie in einer bereits verübten Handlung mitgegeben ist (vorsätzlicher Mord oder Totschlag). Unterlassungssünden machen sich juridisch nur dann verantwortlich, wenn sie auf einen bereits vollzogenen Akt erfolgen (wenn einer eingegangenen Verpflichtung nicht nachgekommen wird). Aber Unterlassungssünden aus reiner Ge-

sinnung (wenn der Nächste aus egoistischer Rücksichtslosigkeit übergangen wird) sind juridisch einwandfrei. Allein gerade auf derartiges, auf Unterlassungssünden aus reiner Gesinnung, sieht es die Moral ab. So flüchtig und offenbar lückenhaft die obigen Ausführungen nun sind, so kann man sich doch auch aus ihnen eine Vorstellung davon verschaffen, wie wenig irgendein bestehendes Recht von Natur aus geeignet ist die Dynamik der sozialen Antagonismen in ihrer ganzen Fülle zu erfassen.

Da es sich in diesem Zusammenhang um ein akutes Problem von aktueller Bedeutung handelt, so wollen wir das Tüpfelchen auf das *i* setzen und von Dingen reden, die man als natürlichen Lauf der Welt lieber verschweigt. Wir fragen: Wo ist beispielsweise die Instanz, an die weibliche Personen appellieren könnten, die sich, weil unbemittelt und vielleicht nicht geschickt genug oder von zu wenig vorteilhaftem Äußern (nach männlichen Begriffen natürlich), zu einem einsamen Dasein verurteilt sehen? Eine seltsame Frage, das sei zugegeben. Aber man wird doch auch uns eventuell zugeben, daß eine Angelegenheit wie die genannte, die Wohl und Wehe zahlreicher Gruppen betrifft, auch die Gesellschaft als Ganzes ein wenig interessieren sollte, und schon ganz gewiß wird man uns zugeben, daß es einen Konfliktsstoff von unabsehbarer Tragweite bildet. Der ernste und nachdenkliche Pazifist wird uns möglicherweise erwidern: Die Frage von Ehe und Eros hängt mit ererbten und anerzogenen Denk- und Fühlweisen so eng zusammen, daß es einer gründlichen Umwälzung des gesellschaftlichen Habitus bedurft hätte, um irgendwelche vernünftige Regelung in diese so komplizierte Sache zu bringen; vielleicht ist es nicht angebracht, daß diese Frage der Willkür des Zufalls überlassen bleibt, vielleicht sollte die Gesellschaft als solche die Sorge darum in die Hand nehmen, vielleicht müßte man etwa zu den Anschauungen eines patriarchalischen Judentums zurückkehren, wo die Liebe in den Wagen eines beinahe religiösen Gebots gespannt wurde. Vielleicht. Aber da haben wir doch bereits einen Berg von Konflikten vor uns, die nicht einmal zur Formulierung, geschweige denn zu einer Lösung gelangen. Wir fragen weiter: Wo ist die Instanz, die vor ihren Richterstuhl Institutionen und Anstalten zöge, die dank ererbtem Einfluß oder erworbener Geltung (die notabene mit etwaigen Verdiensten moralisch-geistiger Natur nicht notwendig verbunden zu sein brauchen) sich im Besitz von gewissen gesellschaftlichen Machtmitteln erweisen und diese nach Willkür, nach Laune, nach Cliquenrücksichten, nach höchst eigenem, oft engstirnigem und irrigem Ermessen handhaben, sowohl zum Schaden des Ganzen als auch zum Schaden der wirklich Verdienstvollen? Zeigen Sie mir, Herr Pazifist, in der heutigen Gesellschaft eine Instanz, an die ein im Kampf ums tägliche Brot abgehetzter Mensch appellieren könnte, der seine egoistisch-persönlichen Interessen vernachlässigen mußte, weil ihn, sagen wir, die Sache der geistig-moralischen Kultur als einzig gesunde Basis für die menschliche Befriedung oder, wenn Sie wollen, die Sache der menschlichen Befriedung als einzig gesunde Basis für die geistig-moralische Kultur schon zu sehr in Anspruch nahm? Der Pazifist würde uns möglicherweise sagen: Sie reden von moralischen Gesellschaftsgrundlagen, die Angelegenheit ferner Zukunft sind. Allerdings reden wir davon, aber man bedenke, welche unausgeglichenen und ungelösten Konflikte sich einstweilen aus dem Fehlen solcher Grundlagen ergeben. Wir fahren in unseren Fragen fort: Wo ist in der heutigen Gesellschaft jene Instanz, die vor ihren unparteiischen und gestrengen Richterstuhl

jenen Apparat von Veröffentlichungsorganen zöge, der, ohne das Gefühl moralischer Verantwortung, einer jeweiligen gesellschaftlich-politischen Konjunktur wie jedem Schlagwort des Moments überhaupt sich liebedienerisch anschmiegend, alles für seine selbstsüchtigen Apparat Zwecke dienliche reklamehaft aufbauscht, alles ihm nicht in den Kram Passende unterdrückt und, die Ausdrucksmittel des gesellschaftlichen Denkens ganz in Pacht nehmend, sich cliquenhaft absperrt, den Außenstehenden nicht zu Wort kommen läßt, dem sachlich ernstesten Gedanken den Zutritt verrammelt und diesermassen Denk- und Redefreiheit einfach abwürgt, ohne Gewaltmittel, ohne behördliche Verbote, ohne Diktatur, vielmehr ganz und gar auf friedlichem Weg? Der ernste Pazifist würde auch hier möglicherweise antworten: Gewiß, es ist ein Übel. Aber dessen Beseitigung erfordert gleichfalls eine ganz gründliche Umstellung in den bisherigen Gepflogenheiten der zivilisierten Welt. Vielleicht ist es bereits im Ansatz durchaus verfehlt die Verwaltung geistiger Interessen innerhalb der Gesellschaft geschäftsmäßig arbeitenden Betrieben anzuvertrauen. Es müßte eben eine gründliche Umgestaltung der ganzen Handhabung auf diesem Gebiet vorgenommen werden. Das wollen auch wir meinen, aber man bedenke, was vorderhand hier auf dem Spiel steht, welche unheilvollen Konsequenzen sich aus dieser verwerflichen Beziehung zur Geistigkeit und zum geistigen Menschen ergeben, und welch gewaltiger Konfliktsstoff sich mittlerweile auf diese Weise ansammelt. War es doch dieser Apparat, der zum Weltkrieg ein gut Teil beitrug und ihn darauf stramm unterstützte. Und man bedenke, daß er seit Kriegsabschluß immer apparatmäßiger, immer cliquenmäßiger, immer unfreier und immer unverantwortlicher wird. Noch eine Frage: Wo ist die Instanz, die vor ihren Richterstuhl jene verantwortlich-unverantwortlichen Verwaltungen von gemeinnützigen Einrichtungen zöge, die, weit gefehlt das Vertrauen des Publikums in ihren Gerechtigkeitsinn zu rechtfertigen, wiederum nur nach Willkür und Cliquenrücksichten verfahren? Und schließlich: Wo ist die Instanz, an die der Unangepaßte überhaupt sich wenden könnte, und zwar sowohl der Unangepaßte, der unter dem gesellschaftlich anerkannten Niveau steht, wie der Unangepaßte, der über diesem Niveau steht?

Die Zahl der Fragen ließe sich vermehren, aber auch die wenigen aufgezählten sollten wohl genügen, um zu zeigen, wie verfrüht es ist von friedlich gelösten Konflikten innerhalb der heutigen Gesellschaft zu reden. Alle diese und ähnliche Konflikte werden innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht nur nicht ausgeglichen, sie gelangen nicht einmal in der Form einer klar formulierten öffentlichen Anklage zu einer wenigstens sprachlichen Kundgebung. Sie werden unterdrückt, heruntergeschluckt und ausgefressen und wühlen im Innern der Betroffenen um so tiefer, nachhaltiger und unerbittlicher, als im heutigen Rechtsstaat von einem sogenannten Faustrecht nicht die Rede sein kann, und so jede Möglichkeit einer elementaren Entladung genommen wird. Allein, so sehr genannten Konflikten die Wege zu einer friedlichen oder gewaltsamen Aussöhnung abgeschnitten werden, so finden sie doch, wie jede gewaltsam unterdrückte Leidenschaft, vielfache Mittel zur Realisierung in irgendwelcher Form, zu einer Realisierung, die an den Grundlagen der Gesellschaft zehrt, bis sie diese in einem dazu geeigneten Moment erschüttert. Was waren denn Blanquismus, Bolschewismus, und was ist denn der Anarchismus, wenn nicht gewisse quasigesellschaftliche Formen für einen gewaltsam unterdrückten Konfliktsstoff? Wie anders gestaltet sich die

Situation in manchen halbzivilisierten Gemeinschaften, wo das Greifen nach Dolch und Messer zu einer Art Gewohnheitsrecht gehört. Da Konfliktsfällen in derartigen Gemeinschaften die Möglichkeit geboten wird sich persönlich auszutoben, so besteht dort auch viel weniger Gefahr für innere Erschütterungen und für lange hartnäckige Kriege.

Die Ursachen von Kriegen liegen nicht nur da, wo sie unsere Staatsmänner und Politiker suchen. Jene Ursachen, die in großen gesellschaftlichen Zusammenhängen wie nationalen, rassemäßigen, staatlichen und wirtschaftlichen Antagonismen offen zutage treten, sind zwar augenfällig und nach außen hin aktiv. Aber daneben wirken, nicht minder gefährlich und vielleicht ausschlaggebend, jene sozusagen unterirdischen und scheinbar passiven Ursachen, die in dem oben genannten innern Konfliktsstoff enthalten sind. Es sind jene unzähligen abgedrängten Forderungen, die in unserer Gesellschaftsordnung weder zu ihrem Recht kommen noch sich gewaltsam Luft machen können. Die Kriege sind so unnatürlich verzerrte Formen von verdrängten Konfliktsstoffen, die im Rahmen des heutigen Rechtsstaats weder friedlich noch gewaltsam gelöst werden. Ohne diese verdrängten Konfliktsstoffe wäre den oben genannten Zusammenhängen die Spitze abgebrochen: Wirkliche und nicht quasifriedliche Gemeinschaften, also Gemeinschaften, die für Kampfstimnungen praktisch aggressiver Natur keinen Nährboden besitzen, würden sich mit Leichtigkeit zu einer gegenseitigen Verständigung in internationalen Streitfällen hergeben. Wenn aber internationale Verständigungen so schwer von statten gehen, wenn internationale Unstimmigkeiten sich zu Bergen häufen, wenn internationale Intrigenfäden unaufhörlich hin- und hergesponnen werden, und wenn der Ruf zu einem Waffenentscheid in den Völkern noch immer einen lebhaften Resonanzboden findet, so geschieht es vornehmlich dank den unzähligen unausgesöhnten Ungerechtigkeiten, die innerhalb der Gemeinschaft verübt werden, dank den unzähligen Verstimmungen, Verärgerungen und Verbitterungen, die innerhalb angeblich geordneter Rechtsstaaten sich weder elementar austoben noch friedlich gelöst werden können. Das lang und hoffnungslos Unterdrückte drängt nach Entladung, welcher auch immer. Hat man nicht gemerkt, welch freudige Erregung durch viele Gemüter zieht, sobald Krieg in Sicht ist? Hat man sich nicht über "Greuelthaten" gewundert, die von sonst harmlosen Elementen der Gesellschaft im Krieg verübt werden? Sollte es dem Völkerbund in der Tat einmal gelingen die internationalen Beziehungen in einer Weise zu regeln, daß sich alle auftauchenden Konflikte befriedigend ausgleichen, so erwüchse dem Pazifismus die Aufgabe: die intrasozialen Konflikte nach dem Muster der internationalen zu schlichten. Von den internationalen Beziehungen müßte man dann erst lernen, wie man die intrasozialen zu gestalten habe. Nun, dies wird schwerlich eintreffen: Der demokratische Rechtsstaat, der es unternommen hat und unternimmt elementare und naturgemäße Ausbrüche innerhalb von Gemeinschaften durch Normierungen auszuschalten, die den eigentlichen Kern der meisten und wesentlichsten Streitfälle gar nicht zu erfassen vermögen, ist ein Herd von unausgesöhnten und im geheimen glühenden Gegensätzlichkeiten, die eine permanente Kampfstimnung züchten, eine Kampfstimnung, die um so erbitterter nach irgendeinem äußern Ausweg, und sei es ein unsinniger, drängt, als es ihr versagt ist sich im Innern auszutoben.

Und nach dem Krieg steht es in dieser Hinsicht weit schlimmer als vor dem Krieg. Nach dem Krieg haben die Dinge eine Entwicklung genommen, die

Kampfstimmungen wie die genannten direkt herausfordert. Zugleich mit einem Gerede und Getue in Sachen des Friedens begann unmittelbar nach dem Ausgang des Krieges eine Welle von Aussperrungen sowohl internationaler wie intrasozialer Natur durch die Länder, Völker und Gemeinschaften zu ziehen: im Rahmen der internationalen Menschheit sperren sich gegenseitig ganze Kontinente, Länder und Völker ab, und manche darunter auf eine horrende, durchaus nicht zu rechtfertigende Weise (Amerika, Australien, Rußland). Im Rahmen einer jeden Einzelgemeinschaft im besondern sperren sich Gruppen, Körperschaften und Cliques gegenseitig und insbesondere gegen die Einzelperson ab. Ganze Scharen von Außenstehenden werden künstlich geschaffen. Mit einer vor dem Krieg undenkbar Unverfrorenheit begann auf allen Fronten die Ausschließung alles Persönlichen und Selbständigen durch Organisation von nach außen hermetisch abgeschlossenen Apparaten. Diesen Zustand nun will man durch einen "Frieden" sichern? Friede wird nicht eher kommen, als bis Recht Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit Recht wird.



ADOLF BEHNE · IN WELCHER EBENE IST KUNST POLITISCH?



AS wäre verständlicher als die Opposition aller politisch aktiven Naturen gegen die übliche Kunst- und Literaturgeschichte, die über eine formal ästhetische Betrachtung ihrer Objekte nicht hinauskommt? Wenn Upton Sinclair, in seiner Goldenen Kette, gegen sie Front macht, so hat er recht. Wenn er das Politische in alten Bildern und Gedichten aufdeckt, so hat er im Prinzip ebenfalls recht. Aber man kann nicht der Art seiner Untersuchung, seiner Methode recht geben.

Wie alle, die bisher um eine Soziologie der Kunst bemüht waren, geht Sinclair vom Inhalt eines Kunstwerks aus. Nun, es macht keine Schwierigkeit die Propaganda in einer Zeichnung George Grosz' zu erkennen. Aber was sagen wir mit der Feststellung der Propaganda aus? Etwas Politisches, nicht etwas Künstlerisches. Nun soll in keiner Weise behauptet werden, daß Politik unwichtig sei. Es soll nicht einmal dem widersprochen werden, der sie für viel wichtiger als die Kunst hält. Aber man muß feststellen, daß Kunst etwas anderes ist als Politik. Wenn man Kunst für unwichtig hält, braucht man sich nicht mit ihr zu beschäftigen, und die Mußbeschäftigung mit Kunst des "guten Tons" wegen ist abscheulich. Aber wer sich, revolutionär oder reaktionär, mit Kunst abgibt, muß doch wohl ihre elementare Gesetzlichkeit anerkennen. Niemand muß Schach spielen. Aber wer es tut, muß die Regeln respektieren.

Wird also die politische Leere der Kunst behauptet?

Absolut nicht. Aber das Politische ist nicht in dem privaten Gesinnungsbekenntnis des Inhalts zu suchen (merkwürdig, wie individualistisch Sinclair in der Durchforschung der Dichtergesinnungen ist) sondern in dem spezifischen Bereich der Kunst: in den Beziehungen zwischen Farben und Formen, um einmal das Bild als einfachstes Beispiel zu nehmen. Es ist ein Revolutionsbild denkbar (und faktisch fehlt es in Rußland nicht), das, auf seine Gestaltungsprinzipien, auf seine Kunst hin untersucht, absolut kleinbürgerlich ist. Als politisches Manifest rangiere man es unter die Linke, als Kunstwerk gehört es zu den Reaktionären. Und ebenso ist das Umgekehrte mög-

lich und nachweisbar. Schreiben wir eine Geschichte der Gesinnungen (und sie könnte ungewöhnlich interessant sein), so wird die Ordnung der Künstler anders sein als in einer Kunstgeschichte. Eine Vermenschung hat keinen Sinn. Für die Kunstgeschichte sind die sachlichen Qualitäten des Bildes entscheidend, also nicht was der Maler sagt, sondern was er als Maler macht; nicht wie er denkt, sondern wie er gestaltet; nicht welche Zeitung er liest, sondern wie er seine Materialien ordnet. Und eben weil er bei der Ordnung seiner Farben und Formen nicht an Politik denkt, enthüllt sich hier seine politische Stellung (nicht die parteipolitische sondern die menschheitspolitische, an die ja auch Sinclair nur denkt) viel exakter und prägnanter als im Inhalt und im Thema, das er für sein Werk gewählt hat.

Jedes Gestalten ist ein Ordnungsetzen, und jede Ordnung ist Politik. Sinclair will Raffael zum Künstler der »Müßiggängerklasse« machen, weil er zum Modell seiner Madonnen die Geliebte nahm. Aber das ist doch ganz nebensächlich. Analysieren wir Raffaels Ordnungen, so entdecken wir überhaupt erst den politischen Bazillus, erkennen wir Raffaels Wendung gegen "Heroismus", gegen Gewalt, entdecken wir den Beitrag, den er für die Freiheit der Menschen lieferte: nicht agierend, denn er war nicht Politiker sondern Maler. Freilich steht die Kunstgeschichte mit Untersuchungen solcher Art noch ganz am Anfang, und mein Versuch, das Büchlein Von Kunst zur Gestaltung, das der Verlag der Arbeiterjugend in Berlin vor einiger Zeit herausbrachte, ist gerade von "Marxisten" mißverstanden worden.

Es muß wohl nicht besonders betont werden, daß wir uns hier die Kritik, die Upton Sinclair von rechts her erfahren hat, nicht zu eigen machen. Wir vertreten nicht die "reine" Kunst für den Sonntagnachmittag. Auch wir sind der Meinung, daß jedes Kunstwerk Propaganda ist. Nur suchen wir seine Politik nicht im staatsbürgerlichen Glaubensbekenntnis, dessen legitimer Ausdruck der Stimmzettel ist, sondern in der spezifisch künstlerischen Arbeit. Man wird vielleicht einwenden, daß beides eins und das selbe sei, daß man es wohl theoretisch trennen könne, aber nicht faktisch. Aber das eben ist zu bestreiten. Der Idealfall ist gewiß die Einheit. Aber wer von den Wissenschaftern, den Künstlern ist sich heute der menschheitspolitischen Konsequenzen und Wirkungen seines Denkens, seines Gestaltens bewußt? Und es ist doch fast die Regel, daß sich der Wissenschaftler, der Künstler in der Tagespolitik glatt verläuft. Seine wahre Bedeutung, seinen überpersönlichen Platz im Ganzen aufzuweisen lehrt uns die sachlich konstruktive Analyse seiner Arbeit. Ist denn nicht Upton Sinclair selbst der beste Beweis für die Anfechtbarkeit seiner Theorie? Sein Erfolg ist tief und groß und wahrlich verdient. Ist er also der Propagandist der herrschenden Klasse seines Landes? Glücklicherweise nicht, obwohl er es nach seiner Theorie sein müßte.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Richmond Lennox

Amerika und Reparationsfrage
Reparationen und Rüstungsbeschränkung: das waren in diesem Winter die offiziellen beiden großen Themen der Welt-

politik. Die Weiterentwicklung beider Fragen hängt von einem an noch unbekanntem Faktor ab: dem Grad der außenpolitischen Regsamkeit, die die neue amerikanische Regierung entwickeln wird. In seiner Antrittsrede hat der neue Präsident Herbert Hoover die Außenpolitik,

die er zu führen gedenkt, in ihren Hauptlinien umrissen: Die Vereinigten Staaten bleiben weiter außerhalb des Völkerbunds, um bei Streitigkeiten anderer Länder nicht von vornherein in ihrem Handeln gebunden zu sein. Aber die Vereinigten Staaten wollen nicht nur selber in Frieden leben, sie wünschen vielmehr die Erhaltung des Friedens überhaupt und sind bereit »alle nützlichen internationalen Unternehmungen« zu unterstützen. Nachdem der Kelloggspakt nun angenommen sei, solle man nun auf dem Weg des Friedens weiterschreiten. Um den Frieden zu erhalten und zu fördern, gebe es 4 Mittel: 1. Respekt vor den Verteidigungsmitteln Amerikas, 2. eine größere Beschränkung der Rüstungen, wozu Amerika die Welt »aufrichtig auffordert«, 3. Maschinerie zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten (deshalb sei Amerika auch bereit sich dem Internationalen Gerichtshof anzuschließen, allerdings nicht ohne Vorbehalte), 4. eine unerläßliche Bedingung: Beherrschung des eigenen Selbst und aktives Streben Freundschaft und Hilfsbereitschaft zu beweisen. Übersetzt man sich dies Programm aus der weihvollen Abstraktheit einer Inauguralrede in die Sprache des Alltags, so heißt dies: Fortsetzung der Außenpolitik der Regierung Coolidge-Kellogg, möglicherweise mit einer Beschleunigung des Tempos der einzelnen Handlungen und mit größerer Neigung zu einem Entgegenkommen in Finanzfragen. Doch bleibt zu berücksichtigen, daß Andrew Mellon, in der Frage der europäischen Schulden der Vertreter eines starren Formalismus, sein Amt als Schatzsekretär behalten hat.

Kurz vor den Präsidentschaftswahlen des November empfahl Calvin Coolidge dem amerikanischen Volk seinen Parteigenossen Hoover als den verlässigen Erben seiner eigenen Politik. Nach dem überwältigenden republikanischen Wahlsieg ging Coolidge sogleich daran zu den schwebenden europäischen Fragen deutliche Stellung zu nehmen. Schwerlich ist es ganz ohne Fühlungnahme mit seinem Amtsnachfolger geschehen. Der grämliche, teilweise sogar scharfe Ton der Rede Coolidges am Waffenstillstandstag erklärt sich unschwer aus dem Umstand, daß es sich um eine Quittung für die englisch-französischen Flottenabmachungen des Sommers handelt. Der Präsident setzte aufs neue den amerikanischen Standpunkt in der Kreuzerfrage auseinander, rühmte den Kelloggspakt als »vollständigstes und wirksamstes Friedens-

instrument, das je erdacht wurde«, wies auf die Verschiedenheiten des amerikanischen und des europäischen politischen Denkens hin und bemerkte, daß Europa im ganzen genommen einen Zustand finanzieller Stabilität und Prosperität erreicht habe, so daß man nicht behaupten könne, Amerika müsse helfen und über die Linie »eines streng geschäftsmäßigen Handelns erheblich hinausgehen«. Dieser kalte Wasserstrahl ergoß sich in einem nicht unwichtigen Moment. In Europa waren eben die Reparationsverhandlungen in Fluß gekommen, auf die der Reparationsagent Parker Gilbert schon seit langem hingearbeitet hatte. Den Ausgangspunkt bildete Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans gemeinsame Genfer Erklärung vom September »über die Notwendigkeit das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzsachverständigen der 6 Regierungen einzusetzen«. Die Verhandlungen, die sich daraufhin anspannen, und deren Tempo durch die rege Vermittlertätigkeit des Reparationsagenten beschleunigt wurde, bewegten sich gleichzeitig auf 3 Ebenen. In der französischen, deutschen und englischen Tages- und Fachpresse häuften sich die Projekte, Polemiken und Ausgleichsvorschläge. Zugkraft und Gewicht der verschiedenen möglichen Argumente wurden dabei ausprobiert, ein Spiel, das sich noch jetzt fortsetzt. Zur selben Zeit nahmen die Regierungen zu 2 ganz verschiedenen Fragen Stellung: a) zu der Frage, welche Freiheiten und Rechte der geplante Sachverständigenausschuß genießen, und wie weit seine Beschlüsse für die Regierungen maßgebend sein sollten, b) zu der Frage einer endgültigen Lösung des Reparationsproblems selbst. Da der zweitgenannte der gefährlichere, zunächst aber weniger dringliche Punkt war, begnügten sich die beteiligten Regierungen einander von der Marschroute, die sie einzuhalten gedachten, in Kenntnis zu setzen und verzichteten bis auf weiteres darauf einander bekehren zu wollen.

Das Ministerium Poincaré stellte sich auf folgenden Standpunkt: Die deutschen Reparationszahlungen müssen so geregelt werden, daß Frankreich von Deutschland den Betrag erhält, den es selbst an seine Gläubiger Amerika und England zu bezahlen hat, und außerdem eine »indemnité nette« für die französischen Kriegsschäden. Der englische Schatzkanzler Churchill gab zu verstehen: Eng-

land müsse darauf dringen, daß bei einer endgültigen Reparationslösung das Prinzip der Balfournote erhalten bleibe, das heißt, der englische Anteil an den deutschen Reparationszahlungen und die von Englands europäischen Schuldnerstaaten eingehenden Beträge müßten zusammen die Beträge decken, die England seinerseits jährlich seinem Gläubiger Amerika zu entrichten habe. Die Reparationsregelung dürfe zu keiner zusätzlichen Belastung der englischen Staatskasse führen. Italien ließ sich folgendermaßen verlauten: Wir verlangen nur, was wir selber ausgeben müssen, um London und Washington zu bezahlen und wir werden das, was wir erlangen können, England und Amerika zuwenden. Das war eine italienische Variation des Grundgedankens der Balfournote. Von allen 3 genannten Regierungen wurde, wie man sieht, die Reparationsfrage mit derjenigen der interalliierten Schulden in engste Verbindung gebracht.

Dem bisherigen amerikanischen Standpunkt widersprach dies rundweg. 1925 hatte die amerikanische Schuldenkommission ausdrücklich erklärt, bei den Bestimmungen über die Regelung der französischen Kriegsschulden an Amerika dürfe keine unmittelbare Beziehung zwischen den deutschen Reparationszahlungen und den französischen Zahlungen an Amerika geschaffen werden, und im Mellon-Bérenger-Abkommen vom Jahr 1926 war dies dann auch absichtlich nicht geschehen. Die amerikanische Regierung hatte bisher grundsätzlich darauf gehalten die Frage der Kriegsschulden mit ihren einzelnen Schuldnern separat zu erledigen. Ihre Bedingungen hatte sie jeweils nach der Zahlungsfähigkeit des betreffenden Schuldners variiert. So kam es, daß England nur 18% Schulden nachlaß erhielt, Italien dagegen 74%. Stets hätte sich die amerikanische Regierung gestraubt sich in eine allgemeine Konferenz über die interalliierten Schulden hineinziehen und dort zu weitgehenden Streichungen ihrer Schuldforderungen nötigen zu lassen. Von einem Teil der öffentlichen Meinung Amerikas wurde diese Politik als kurzfristig betrachtet, aber die gesetzlich maßgebenden Instanzen billigten sie und hielten an ihr fest, wobei sie auf die Rechte der amerikanischen Steuerzahler und die "Heiligkeit der Kontrakte" hinwies. Es lag auf der Hand, daß eine amerikanische Regierung, die so dachte, einer Reparationskonferenz, die sich unversehens in eine solche über die interalliierten Schul-

den verwandeln konnte, mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen mußte. Sie hatte jedenfalls dafür zu sorgen, daß sie nicht selbst als eine Teilnehmerin oder wohlwollende Patin der Konferenz erschien und dann hinterdrein durch die Beschlüsse dieser Konferenz moralisch gebunden oder behindert war. Andererseits war nach Lage der Dinge eine Reparationskonferenz ohne amerikanische Teilnahme und ohne das Placet der amerikanischen Regierung von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Es bestand auch ein starkes positives Interesse Amerikas an dem Gelingen dieser Konferenz, da es die Pazifikation Europas fördern mußte. Ferner lag ein dringendes Geschäftsinteresse der amerikanischen Bankwelt vor die Möglichkeiten und Gewinnchancen der Investitionen und Kreditoperationen, die nach einer Regelung der Reparationsfrage vorzunehmen waren, vorher eingehend zu prüfen. Das Verhalten Coolidges entsprach diesen verschiedenen Erwägungen.

Reparations- Im Dezember 1928 einigten
konferenz sich die beteiligten europäischen Mächte über den Charakter und die Aufgaben der geplanten Sachverständigenkommission. Die Sachverständigen sollten nicht an Instruktionen ihrer Regierungen gebunden sein. Andererseits sollten auch die Regierungen durch die von ihnen gefaßten Beschlüsse nicht gebunden werden. Also ein System doppelter Freiheit. Der Auftrag der Sachverständigen ging dahin Vorschläge für eine »vollständige und endgültige« Regelung des Reparationsproblems auszuarbeiten. Man griff also nochmals auf die Genfer Formel zurück. Den Thesen Frankreichs, Englands und Italiens über die Grundbedingungen einer befriedigenden Reparationsregelung hatte die deutsche Regierung schon vorher die These entgegengestellt, die deutschen Zahlungsverpflichtungen sollten lediglich auf Grund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands errechnet werden und nicht mit Rücksicht auf den Problembereich der interalliierten Schulden. Schon im Winter vorher hatte der Reparationsagent die Auffassung vertreten, daß »weder das Reparationsproblem noch die davon abhängenden anderen Probleme endgültig gelöst werden können, ehe Deutschland eine definitive Aufgabe erhält, die es auf eigene Verantwortung hin zu erfüllen hat, ohne fremde Aufsicht und ohne Transferschutz«. Im Sinn dieses Gedankens arbeitete er nun wei-

ter. Nach dem Abschluß der Verhandlungen über die Sachverständigenkommission verlegte er den Schauplatz seiner Tätigkeit unverzüglich nach Amerika. Gleichzeitig ließ er den fälligen Halbjahrsbericht erscheinen, dessen Inhalt in jenem Augenblick wohl auch in erster Linie für amerikanische Leser bestimmt war. Die darin zutage tretende optimistische Auffassung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft führte in Deutschland jedoch sofort zu lauten Aufschreien berufener und unberufener Instanzen, zu Exklamationen und Widerlegungen, die so haufenweise kamen, so sehr auf einen Ton gestimmt waren und vor allen Dingen mit einer solchen Geschwindigkeit einsetzten, daß sie jenseits der Grenzen nur mit einem ziemlichen Mißtrauen aufgenommen wurden. Es dauerte eine ganze Weile, bis sich eine tiefer eindringende Kritik des Berichts vernehmen ließ, worauf das Zwischenspiel sein Ende fand. Nur Alfred Hugenberg trat noch mehrere Wochen später als eine Art Antigilbert auf, indem er erklärte, er wisse nicht, »mit welchem Wahne sich der Privatkapitalist des Auslands über die Sicherheit seines Kapitals in Deutschland beruhige«, worauf sich bei der dem deutschnationalen Führer sonst recht wohlgesinnten Deutschen Allgemeinen Zeitung eine erklärliche Unruhe einstellte; sie ließ darum einige Worte über die notwendigen Grenzen des Pessimismus fallen.

Unterdessen hatte in Washington der englische Botschafter im Auftrag der 6 beteiligten Mächte in einer vorher verabredeten Form bei dem Staatssekretär Kellogg angefragt, ob die amerikanische Regierung die Mitarbeit amerikanischer Sachverständiger in der geplanten Kommission billige. Die amerikanische Regierung antwortete bejahend, wollte aber mit der Ernennung der betreffenden Herren selbst nichts zu tun haben. Sie wurden also mit Parker Gilberts Hilfe von Europa ausgesucht und ernannt. Ein paar Wochen später gab die amerikanische Regierung ein weiteres Stückchen Weg frei. Sie ließ es geschehen, daß ein Amerikaner, Owen Young, zum Vorsitzenden der Kommission gewählt wurde. Doch vermied sie geflissentlich jede offizielle Fühlungnahme mit den amerikanischen Sachverständigen. Die inoffizielle war vor deren Abreise dafür um so enger. Durch den Eintritt John Pierpont Morgans in die Kommission wurde deren Charakter als internationale Bankenkommision noch einmal unterstrichen.

Am 11. Februar 1929 nahm der Ausschuß seine Tätigkeit auf. Ein Vortrag des deutschen Hauptvertreters Hjalmar Schacht, der wohl als Korreferat zum Bericht des Reparationsagenten gemeint war, gab den Beratungen die erste Grundlage. Um die Gefahr des Eintretens von Konflikten und Stockungen zu vermindern, wurden die weiteren Verhandlungen möglichst inoffiziell und in kleinen Gruppen geführt. Die Kommission machte sich zunächst an die Arbeit Vorschläge für eine Maschinerie zu entwickeln, die diejenige des Dawesplans ersetzen könnte. Nach dem, was bisher bekanntgegeben wurde, ist eine Einigung über folgende allgemeine Grundsätze erzielt: Das System der Sachlieferungen wird nicht abgeschafft. Für einen Teil der Zahlungen auf Reparationskonto bleibt der Transferschutz erhalten. Für einen andern Teil wird er beseitigt. Dieser Teil kann kommerzialisiert werden. Es sind ferner, besonders von amerikanischer Seite, Pläne für eine neue zentrale Verwaltungsstelle der Reparationszahlungen entwickelt worden. Eine internationale Reparationsbank soll sowohl die Sachlieferungen dirigieren wie die neue Transferordnung anwenden und die Mobilisierung des Teils der deutschen Reparationsverpflichtungen in die Hand nehmen, für den der Transferschutz wegfällt. Doch so wichtig diese Vorarbeit ist, spruchreif werden ihre Ergebnisse erst dann, wenn in die einzelnen vorgesehenen Rubriken konkrete Zahlen eingesetzt worden sind.

Amerikanische Flottenpolitik Unmittelbar nach der Rede Coolidges vom 11. November 1928 über Amerikas

Verhältnis zu Europa und den europäischen Problemen veröffentlichte das amerikanische Marineamt Richtlinien für die Flottenpolitik der Vereinigten Staaten. Es hieß darin, das Marineamt gehe darauf aus eine Flotte zu schaffen, die keiner fremden nachstehe, für Operationen in allen Teilen beider Ozeane vorbereitet und imstande sei ganze Ozeane unter ihrer Kontrolle zu halten. Das Marineamt sei auch bemüht an der Weiterentwicklung der Technik des Seekriegs führend mitzuarbeiten. Es komme vor allem darauf an eine Schlachtflotte zu schaffen. Was die Schiffszahlen angehe, werde sich das Marineamt an den Geist der Abmachungen der Konferenz von Washington halten, falls das Verhalten anderer Mächte nicht zum Einnehmen eines andern Standpunkts nötige.

Der amerikanische Senat sah sich in seiner Wintersession vor eine eigentümliche Doppelaufgabe gestellt. Vom Repräsentantenhaus war ihm eine Flottenvorlage übermittelt worden: Es sollten im Lauf der nächsten 3 Jahre 15 Kreuzer von 10 000 Tonnen erbaut werden, dazu ein weiteres Flugzeugmuttersschiff. Der Staatssekretär Kellogg präsentierte gleichzeitig den nach ihm benannten Pakt zur Ratifikation. Waren beide Maßnahmen mit einander vereinbar? War es dem Senat möglich unmittelbar nach der Bestätigung des Friedenspakts den Bau von 15 neuen Kampfkreuzern des größten überhaupt zulässigen Typus zu beschließen? Die radikaleren Pazifisten verneinten es, und auch die Vorkämpfer der Flottenpolitik dachten im stillen das gleiche und waren darum bestrebt im Senat die Dinge so zu arrangieren, daß zuerst über die Kreuzer Beschluß gefaßt wurde. Aber da stießen sie ihrerseits wieder auf die taktischen Widerstände der Gegner des Flottenprogramms. In seiner Kongreßbotschaft nahm der Präsident zu der Frage Stellung. Für ihn lautete sie nicht "Kelloggpaht oder Kreuzer?" sondern "Kelloggpaht + Kreuzer". Nur die Bestimmung, daß die 15 Schiffe im Lauf von 3 Jahren gebaut werden sollten, wünschte er gestrichen zu sehen, damit die amerikanische Regierung Freiheit behielt den Bau der bewilligten Schiffe gegebenenfalls aus außenpolitischen oder Budgeterwägungen zu verlangsamen. Es kam nun vor allen Dingen auf die Haltung des Senators Borah an. Als Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Politik bekleidet er der amerikanischen Regierung gegenüber die Stellung eines außenpolitischen Zensors respektive Gegenbuchführers. Da er außerdem seit dem Tod Lafollettes die stärkste politische Kraft des amerikanischen Nordwestens darstellt, sind seine Worte auch im übrigen für die amerikanische Politik von Gewicht. Borah war von Kellogg bei den Paktverhandlungen klüglich zu Rate gezogen worden und hatte, im Gegensatz zu seinen früheren radikaleren Ansichten, der Verwässerung des Paktentwurfs in seiner 2. Fassung zugestimmt. Er verteidigte den Pakt nun im Senat sowohl gegen die mißtrauischen Einwände der amerikanisch-autonomistisch gesinnten Gruppe um Reed, Johnson, Moses usw. wie auch gegen die obstruktivistischen Pläne der Flottenfreunde. Es glückte ihm sich mit diesen schließlich über die Geschäftsordnung zu einigen. Der Kelloggpaht erhielt das

Vorrecht. Borahs Einfluß und dem des Weißen Hauses gelang es ferner die von der autonomistischen Seite her beantragten Vorbehalte zum Pakt zunächst einmal viel farbloser zu gestalten und dann zu erreichen, daß das Plenum des Senats von ihnen offiziell nicht Notiz nahm. Am 15. Januar 1929 wurde mit 85 Stimmen gegen 1 Stimme beschlossen den Pakt zu ratifizieren. Dieses Stimmverhältnis war zum Teil die Folge des Umstands, daß nun auch die Flottenfreunde die rasche Erledigung des Pakts wünschten, damit genügend Zeit für die Durchsetzung der Kreuzerbill blieb; ging doch die Session ihrem Ende zu. Außerdem überschütteten die Vertreterinnen einer eben damals in Washington abgehaltenen großen pazifistischen Frauenkonferenz die Senatoren in den Stunden vor der entscheidenden Abstimmung mit Beweismaterial über die günstige Aufnahme des Pakts durch die Wählerschaft der Betroffenen. Nun kam die Kreuzervorlage an die Reihe, und Borah führte jetzt die Gruppe derjenigen Senatoren, die wollten, daß die Anzahl der bewilligten Kreuzer von 15 auf 10 vermindert, oder daß die Bestimmung über die Bauzeit der Schiffe beseitigt würde. Einige radikale Gegner der Flottenpläne dachten zunächst an Obstruktionsreden, erkannten jedoch dann, daß sie nicht stark genug waren die Phalanx der Flottenfreunde aufzuhalten. Die Autonomisten Reed und Hiram Johnson wetterten nun gegen die »hysterischen Internationalisten« und die »Verwalter des Weltgewissens« und forderten eine ausreichende Flotte. Die Gegenseite sprach von der »alten Schule des Kannibalismus« und der Steuerlast der Rüstungen. Ein Antrag Borahs gab den Anstoß zur Einfügung des folgenden Passus in die Vorlage: »Der Kongreß ist für Verträge mit allen bedeutenden Senationen zur Regelung des Verhaltens der Kriegführenden und Neutralen in Zeiten des Seekriegs, unter Einschluß des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums. Solche Verträge sollen, falls praktisch möglich, vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz im Jahr 1931 zustande kommen.« Im übrigen wurde die Vorlage in der ursprünglichen Form angenommen. Nur für den Fall eines neuen Abkommens über Rüstungsbeschränkung erhielt der Präsident das Recht den Bau der Schiffe zu suspendieren. Worauf Borah eigentlich hingearbeitet hatte, das war ein Bekenntnis des amerikanischen Kongresses zum Grundsatz

der Freiheit der Meere. Borah versteht darunter das Recht der Neutralen in Kriegszeiten unbehindert zur See zu fahren, ausgenommen, wenn sie eine wirkliche Blockade (keine Papierblockade) zu brechen versuchen oder Munition und Konterbande mit sich führen. Kommt zwischen England und Amerika keine Einigung über diese Frage zustande, dann bleibt nach Borah nur ein Mittel übrig: Wettrüsten, bis Amerika die stärkere Flotte besitzt. Man sieht, hier erheben sich von neuem die Geister der Jahre 1914 bis 1917. Zwischen England und Amerika wird allmählich eine sehr ernste und verwickelte Diskussion über das Gesamtproblem des Seekriegsrechts zur unabweisbaren Notwendigkeit. In beiden Ländern sind bereits inoffizielle Sachverständigenbesprechungen über die Flottenfrage angeregt worden, und über die Freiheit der Meere werden dort viele ernsthafte Artikel geschrieben. Doch die englische Regierung vermeidet es vorläufig, ganz sichtlich, auf die eigentlichen Grundprobleme einzugehen. Wenn Chamberlain bei festlichen Gelegenheiten die Unerschütterlichkeit der englisch-amerikanischen Freundschaft betont, so wird dadurch nichts an der Sachlage geändert. Das Foreign Office und die englische Admiralität werden sich allmählich dazu bequemen müssen mit den Amerikanern in praktische Verhandlungen über diese Fragen einzutreten. Denn bei einem englisch-amerikanischen Wettüsten wird, so kann man annehmen, Amerika den längern Atem haben.

Kelloggspakt und Osteuropa Der Kelloggspakt hat für sich allein genommen in seiner abstrakten Blässe wenig zu bedeuten. Beachtenswert sind dagegen die Versuche ihn mit Korollarien zu umgeben, um ihn zur Grundlage eines (unsichtbaren) größern Völkerbunds zu machen, oder um ihn zur Sicherung des Status quo in bestimmten Ländergebieten zu benutzen. Die Kreise der amerikanischen Völkerbundsfreunde, die das Zustandekommen des Kelloggspakts angeregt haben, scheinen nunmehr darauf auszugehen durch Weiterausgestaltung der Bestimmungen des Pakts den überlieferten Rechtsbegriff der Neutralität zu unterminieren und aus den "Neutralen" früherer Zeiten so etwas wie Friedenspolizisten und praktische Erzieher kriegsführender Länder zu machen. Der Antrag des amerikanischen Senators Capper, daß amerikanische Waffenlieferungen an Länder, die laut Proklamation

des amerikanischen Präsidenten den Kelloggspakt gebrochen haben, verboten sein sollen, und daß amerikanische Staatsangehörige, die diesen Ländern Hilfe leisten, dabei nicht auf den Schutz ihrer Regierung hoffen dürfen sollen, und der demonstrative Beifall, den diese Anregung in dem Kreis um Nicholas Murray Butler fand, bedeutet den ersten Schritt auf diesem Weg.

Für die Auswertung der Grundsätze des Kelloggspakts für bestimmte lokale Bedürfnisse ist das Litwinowprotokoll das erste Beispiel. Während in Amerika die Senatsverhandlungen über den Pakt noch schwebten, trat Litwinow an die polnische Regierung mit dem Vorschlag heran mit Hilfe eines Sondervertrags festzusetzen, daß die Bestimmungen des Kelloggspakts für die Beziehungen zwischen Rußland und Polen sogleich nach der Ratifikation des Pakts durch die russische und die polnische Regierung gelten sollten. Im Pakt selbst war bestimmt worden, daß er erst in Kraft treten sollte, wenn er von allen Staaten, die ihn im August 1928 unterschrieben haben, ratifiziert worden sei. Es waren also vorher mehr als ein Dutzend Ratifikationen nötig. Litwinow bezog sich in seinem Vorschlag vom 29. Dezember 1928 auf den Entwurf eines Nichtangriffspakts, den die russische Regierung 1926 in Warschau vorgelegt hatte, und sprach von der »erstklassigen Bedeutung der Sicherung des Friedens im Osten Europas«. Die polnische Regierung sah in diesem Versuch aus dem Kelloggspakt einen russisch-polnisch-litauischen Nichtangriffsvertrag zu machen (Litauen nämlich gab sogleich seine Bereitschaft kund sich anzuschließen) zunächst einfach ein russisches Manöver, um Polen von seinem Verbündeten Rumänien zu trennen. Außerdem blieb natürlich auch die Vermutung nicht aus, daß Litwinow für das amerikanische Parkett spielte. Doch sehr bald erhielt die Angelegenheit ein ernsthafteres Gesicht. Nun sah es so aus, als ob Rußland bereit war sich auf dem Umweg über Warschau in ein Gespräch über Besarabien einzulassen, mit dessen Verlust an Rumänien es sich bisher nicht abgefunden hatte. Das Interesse der Rumänen wuchs. Auf eine polnische Rückfrage in Moskau antwortete Litwinow umgehend, auch Rumänien könne das geplante Protokoll unterschreiben, wenn es, wie Rußland auch, zu den Kelloggspaktmächten gehöre. Darauf erklärte Polen seine Bereitschaft in nähere Ver-

handlungen über das Protokoll einzutreten, und nun ging die Initiative auf die polnische Seite über. Polen versuchte die baltischen Staaten Lettland, Estland und Finnland, die Rußland zunächst draußen zu halten wünschte, in die Angelegenheit hineinzuziehen und unter seiner Führung zu vereinen. Gerade dies aber wollte die russische Regierung verhindern, und so begann nun zwischen Rußland und Polen ein stiller Kampf um die bessere taktische Position. Rußland suchte die Zeremonie einer gleichzeitigen gemeinsamen Unterzeichnung des Protokolls durch alle osteuropäischen Staaten zu verhindern und war für eine Staffellung. Polen arbeitete im umgekehrten Sinn. Finnland fand es geraten, entsprechend seiner nach Skandinavien hin tendierenden Politik, sich an dieser ganzen spezifisch osteuropäischen Angelegenheit überhaupt nicht zu beteiligen. Rumänien suchte aus dem Litwinowprotokoll Rußlands Verzicht auf seine bisherigen beßarabischen Ansprüche herauszuinterpretieren. Noch am Tag der Unterzeichnung selbst betonte darum Litwinow in aller Form, daß die rumänisch-russischen Streitfragen als solche fortbeständen. In dem Prestigekampf zwischen der russischen und der polnischen Regierung blieb Polen Sieger. 5 Staaten unterzeichneten das Protokoll zu gleicher Zeit. Nur das kleine Litauen, das dem Gedanken zu allererst zugestimmt hatte, wählte sich nun einen eigenen spätern Termin für die Unterzeichnung, um seine Unabhängigkeit von polnischen Einflüssen darzutun, natürlich im Einverständnis mit Rußland. So wurde der Kelloggspakt hier in Osteuropa zu einem Mittel einigermaßen festzustellen, mit welchem Grad des Friedensbedürfnisses hier zu rechnen ist, und welches politische Gewicht Moskau und Warschau in diesem Länderkreis zurzeit besitzen.

Totenliste Am 6. November 1928 starb der ehemalige russische Großfürst *Nikolaj Nikolajewitsch*, im Alter von 72 Jahren, in seiner Villa in Antibes, wo er in der Verbannung lebte. Im Russisch-Türkischen Krieg 1877-1878 war er Generalstabsoffizier, im Weltkrieg 1914 Generalissimus der russischen Streitkräfte. Er veranlaßte die Offensive gegen Ostpreußen, die aber mißlang. Im September 1915 wurde er des Oberbefehls enthoben und an die Spitze der Kaukasusarmee gestellt. Der Märzrevolution von 1917 fügte er sich, indem er die Provi-

sorische Regierung anerkannte. Nachdem die Bolschewisten die Macht ergriffen hatten, verließ er Rußland. Er lebte fortan in Frankreich und wurde von einem Teil der monarchistischen russischen Emigranten als Thronprätendent angesehen; er selber hat sich jedoch niemals als solchen bezeichnet.

In der Nacht vom 25. zum 26. November starb der ehemalige Admiral *Reinhard Scheer*, 65 Jahre alt, plötzlich auf einer Reise von Dresden nach Mannheim. Er war der deutsche Führer in der Seeschlacht am Skagerrak. In dieser Schlacht siegte die deutsche Flotte zwar nicht, sie zeigte aber ihren Kampfwert und fügte der englischen größere Verluste zu als sie selbst erlitt. Scheers politische Einsicht war stärker als die der meisten deutschen Heerführer im Weltkrieg. In seinem Bericht über Skagerrak betonte er, es könne »kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen« werde. Den Novemberzusammenbruch hat er nicht, wie die anderen militärischen Größen, unzufällig versucht. Der hetzerischen Verleumdung, daß Erzberger an den Waffenstillstandsbedingungen schuld gewesen wäre, trat er in der Vossischen Zeitung mit den Worten entgegen: »Wo blieben die zur Führung der schwierigen Waffenstillstandsverhandlungen Sachkundigen und Besserbefähigten, als so unerwartet der militärische Zusammenbruch eingestanden wurde, und das Volk aus allen Himmeln stürzte?« Sein Gerechtigkeitsgefühl, das er auch sonst stets bewährte, verließ ihn nur in einem (allerdings besonders tragischen und entscheidenden) Fall: als er das Todesurteil gegen die Matrosen Köbis und Reichpietsch vollstrecken ließ.

Kurze Chronik In Washington tagte im Dezember 1928 eine Konferenz der amerikanischen Staaten zu dem Zweck einen *interamerikanischen Schiedsgerichtsvertrag* und einen Vertrag über Vermittlungskommissionen zu entwerfen. Dieser 2. Vertrag ist vom Senat der Vereinigten Staaten bereits ratifiziert worden. Man hofft dort, daß der Vertrag helfen wird das Mißtrauen der Lateinamerikaner gegen die Politik der Union zu vermindern. ◊ Am 25. Januar 1929 wurde in Moskau ein *deutsch-russisches Schlichtungsabkommen* unterzeichnet. Es bildet eine Ergänzung zum Berliner Vertrag vom 24. April 1926 und ist in diesem schon vorgesehen. Es wird

eine paritätisch zusammengesetzte, aus 4 Mitgliedern bestehende Schlichtungskommission geschaffen, die jedes Jahr einmal, im Notfall öfter, tagen soll. ◊ Am 28. Januar lief der im Jahr 1924 geschlossene Freundschaftsvertrag zwischen *Italien und Jugoslawien* ab. Er wurde nicht erneuert. Die jugoslawische Staatskrise, die im Juni 1928 begann und seit der Ausrufung der Diktatur im Januar 1929 in eine neue Phase trat; beobachtet die italienische Regierung in einer Haltung kühler Korrektheit, während in der fascistischen Presse gelegentlich Artikel über das "italienische" Land Dalmatien erscheinen. ◊ In Rom erfolgte am 11. Februar der politische Friedensschluß zwischen *Italien und der Kurie*. Das Abkommen ist für Italien vor allem innenpolitisch wichtig (siehe den Artikel Pahls Die Lösung der Römischen Frage und ihre Bedeutung, in diesem Band Seite 187 und folgende). Die Rückwirkungen auf die italienische Außenpolitik lassen sich vorläufig noch nicht übersehen. Im Journal des Débats führte Maurice Pernot aus: Was der Papst in dem Vertrag gegeben habe, habe das Haupt der allgemeinen Kirche gegeben. Was der Papst dafür empfangen habe, habe der Bischof von Rom und das Haupt der italienischen Kirche empfangen. Der Osservatore Romano ließ darauf einen Antwortartikel erscheinen, mit der Überschrift Impertinente Zweifel. ◊ In *Afghanistan* führte das überschnelle Tempo der Reformpolitik des Königs Aman Ullah zu einer Reaktion der konservativen Elemente. Aman Ullah mußte am 14. Januar abdanken. Sein Versuch den verlorenen Thron wiederzugewinnen ist vorläufig noch nicht geglückt. Afghanistan ist augenblicklich in mehrere Herrschaftsgebiete auseinandergefallen. Die englische Regierung hält sich Aman Ullah gegenüber sehr zurück. Die Bolschewisten bezeugen ihm ihre Sympathien. ◊ Der 87jährige französische Vorkämpfer für Menschenrechte *Ferdinand Buisson* hat den Friedensnobelpreis, den er im vorigen Jahr erhielt (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, 1928 I Seite 63) dem französischen Staat geschenkt. Die 300 000 Francs sollen zu einer Stiftung verwandt werden, die bestimmt ist die Kenntnis über die Tätigkeit des Völkerbunds in weite Kreise zu bringen, besonders unter die Lehrer, weil sie den Geist der kommenden Generation beeinflussen; diesen soll namentlich auch die Teilnahme an internationalen Kongressen ermöglicht werden.

Literatur

Eine der zur Beurteilung unserer Außenpolitik wichtigsten Neuerscheinungen sind die Memoiren des ehemaligen englischen Botschafters in Berlin *Viscount d'Abernon*, von denen der 1. Band, von Antonina Vallentin übersetzt (Leipzig, Paul List/), die Zeit von Spa bis Rapallo, also die Jahre 1920 bis 1922 umfaßt. Die entscheidende Rolle, die Lord d'Abernon in der deutschen Nachkriegspolitik gespielt hat, ist den meisten Deutschen unbekannt oder jedenfalls nicht ins Bewußtsein gekommen; in den Sozialistischen Monatsheften ist sie stets betont und an zahlreichen Einzelfällen demonstriert worden. Um so wertvoller sind nun die direkten Aufschlüsse, die d'Abernon selber in seinen Aufzeichnungen gibt; dies um so mehr, als der Verfasser mit einer (bei Engländern nicht seltenen, in Deutschland ungewohnten und daher meistens mißverständenen) ruhigen Offenheit über die Dinge spricht. Man wird dieses Memoirenwerk ausführlicher zu behandeln haben, sobald es vollständig vorliegt.

Wirtschaft / Gerhard Kreyszig

1928 Hält man am Ende eines Kalenderjahrs, wie üblich, Rückschau über die wirtschaftliche Gestaltung der vergangenen 12 Monate, so muß man sich dessen bewußt bleiben, daß die Wirtschaftsentwicklung sich nicht ohne weiteres in den Jahresrhythmus eingliedert, daß sie in größeren Perioden abläuft, die mit den Jahren der Zeitrechnung nichts zu tun haben. Der diesjährigen Rückschau kommt jedoch erhöhte Bedeutung zu, denn mit 1928 ist das 10. Jahr seit Friedensschluß, ist für Deutschland auch das 5. Aufbaujahr seit der Währungsstabilisierung verflossen; zudem hat mit 1928 das 1. Normaljahr der Reparationsleistungen begonnen, über deren Gestaltung gerade jetzt in Paris Verhandlungen stattfinden, deren Ergebnis die wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Kontinents für ein halbes Jahrhundert entscheidend beeinflussen wird. Es geht selten ein Jahr vorüber, für das nicht ein Schlagwort geprägt würde. Wir hatten ein Jahr der Stabilisierung, ein Jahr der Reinigungskrise, ein Jahr der Rationalisierung, schließlich das Jahr der Mengenkongunktur. Für 1928 war man einigermaßen in Verlegenheit, denn der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung war nicht einheitlich. Zwar stand fest, daß der Aufschwung von 1927 im

Frühjahr 1928 zum Stillstand gekommen war, aber von der prophezeiten Depression konnte keine Rede sein. Die Produktionszahlen zeigten am Jahresende eine erstaunliche Höhe; Stahl und Kohle hätten die Vorjahrszahlen erreicht, wenn nicht die Aussperrung einen Millionen-tonnenausfall gebracht hätte. Man räumte bei dieser Gelegenheit die Läger und füllte die Kassen; die Internationale Rohstahlgemeinschaft gibt auch noch etwas dazu. Hingegen betrug die Produktion an Rohstahl 14,5 (16,3), die für Roheisen 11,8 (13,1) Millionen Tonnen. Die relativ günstige Lage der sogenannten Schlüsselindustrien wird noch deutlicher, wenn man in Betracht zieht, daß die bedeutend erhöhte Braunkohlenproduktion den Rückgang der Steinkohlenförderung mehr als wettmacht. Die Reichsbahn berichtet von einer weitem Steigerung der Wagengestellung, die Warenhäuser als Zentren der Massenbedarfsdeckung verzeichnen ebenfalls Umsatzsteigerungen. Schließlich rückt auch noch ein Argument von außerordentlicher wirtschaftlicher Tragweite in den Vordergrund: Die Handelsbilanz, die die Tendenz zeigt infolge gesteigerter Fertigwarenausfuhr bei gleichzeitigem Rückgang der Lebensmitteleinfuhr sich mehr und mehr auszugleichen. Diese Ausfuhrsteigerung hat dazu geführt, daß am Jahresende der Einfuhrüberschuß auf 1,2 Milliarden gegenüber 2,8 Milliarden 1927 zurückgegangen ist. Gerade im 1. Normaljahr der Reparationsleistungen verdient die Entwicklung des deutschen Außenhandels besonderes Interesse, da von einer allmählichen Aktivierung der Handelsbilanz die Frage abhängt, ob man die Reparationsleistungen in absehbarer Zeit durch Exportüberschüsse finanzieren können wird. Die letzten Jahresergebnisse zeigen folgendes Bild:

Wert (in Milliarden Mark)	1925	1926	1927	1928
Einfuhr	11,74	9,70	13,80	13,64
Ausfuhr	9,45	10,56	10,95	12,44
Überschuß der Einfuhr (→) oder Ausfuhr (+)	-2,29	+0,86	-2,85	-1,20

Vergleicht man die Zahlenreihen, so fallen die großen Schwankungen der Einfuhr auf, während die Ausfuhr eine gleichmäßige Steigerung zeigt, die im letzten Jahr fast $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark betrug. Setzt sich diese Aufwärtsbewegung fort, so könnte das nächste Jahr eine ausgeglichene Handelsbilanz brin-

gen. Vergleicht man Ausfuhr und Einfuhr der beiden letzten Jahre, so zeigt sich weiter, daß die Einfuhr fast unverändert blieb, die Verringerung des Einfuhrüberschusses vielmehr ausschließlich auf gesteigerten Export zurückzuführen ist. Von der Zunahme der Ausfuhr entfallen fast 1 Milliarde auf gesteigerten Fertigwarenexport, davon wiederum der Hauptteil auf die Eisen- und Maschinenindustrie. Die gute Ernte, vor allem an Getreide, die um 12 Millionen Doppelzentner besser war als 1927, wirkte ebenfalls mit, um dem Wirtschaftsjahr 1928 eine ausgesprochen abstiegshemmende Stabilität zu geben. Man kann demnach von einer Stockung der Wirtschaftsentwicklung, nicht aber von einem krisenhaften Rückgang sprechen.

Konjunktur und Die Verteilung des Sozialkaufkraft

Das Sozialprodukt hat jedoch zur Folge gehabt, daß eine Reihe wichtiger Konsummittelindustrien mangels ausreichender Kaufkraft der Arbeitnehmerschichten stärker getroffen wurden, so daß insbesondere die Textil- und die Schuhindustrie zu Produktionseinschränkungen gezwungen waren. Es hat den Anschein, als ob der Zusammenhang von Konjunktur und Massenkaufkraft auch im Unternehmerlager langsam erkannt würde. Als man sich des fundamentalen Satzes erinnerte, daß eine blühende Ausfuhr auf die Dauer nur auf der Basis eines guten Inlandabsatzes aufgebaut werden kann, da wurden auch Stimmen laut, die das hohe Preisniveau als Grundübel erkannten. Die Zeitschrift Rhein und Ruhr, die das Organ bedeutender Handelskammern Rheinland-Westfalens ist, forderte zum Jahresende von den Wirtschaftsführern aktive Politik und stellte fest, daß nicht ein einziger Fall bekannt sei, wo Lohnforderungen der Gewerkschaften mit sofortiger Senkung der Preise beantwortet worden wären. Eisen- und Kohlepreis, Eisenbahn- und Wasserstraßenariferhöhungen waren statt dessen die Etappen, die schließlich zur "Warenkonjunktur" geführt haben, die als Schlagwort dieses Jahres aufgestellt wurde. Billige Rohstoffe, teure Fabrikate: diese Relation kennzeichnete nur zu oft die Marktlage 1928, und es gehört zu den verdienstlichsten Arbeiten des Instituts für Konjunkturforschung den Nachweis geführt zu haben, daß die großen Konzerne als Beherrscher der Syndikate sie herbeigeführt und damit die Konjunktorentwicklung gehemmt haben.

Man macht nun die Lohnhöhe, die doch nur ein einziger Faktor der Preisgestaltung ist, für das angebliche Fehlen der Rentabilität der Unternehmen verantwortlich, obwohl der Stand der Massenkaufrkraft, die etwa 15 % unter Vorkriegshöhe liegt, beweist, daß die Löhne für die Deckung eines annähernd vorkriegsmäßigen Verbrauchs nicht ausreichen.

Deutschland Der Kapitalbedarf Deutschlands ist auch 1928 noch immer bedeutend größer gewesen als die Kapitalbildung. Ausdruck dieser Diskrepanz ist die außerordentliche Höhe des Diskontsatzes der Reichsbank, der noch immer 2 bis 3 % höher liegt als das durchschnittliche Zinsniveau anderer kapitalistischer Staaten. Der Diskontsatz lag seit November 1927 unverändert auf 7 % und wurde erst am 12. Januar 1929 um $\frac{1}{2}$ auf $6\frac{1}{2}$ % gesenkt. Es handelt sich dabei um eine sehr vorsichtig bemessene konjunkturpolitische Maßnahme, bei der die Frage, ob sie rechtzeitig genug und in genügender Höhe erfolgte, um wirtschaftsbelebend zu wirken, durchaus offen ist. Die Kapitalbildung selbst ist außerordentlich schwer zu berechnen, wird aber übereinstimmend von den verschiedensten Seiten auf mindestens Vorjahreshöhe: 9 Milliarden, geschätzt. Auf den Zuwachs der Spareinlagen entfallen davon 2,2 Milliarden, auf Inlandsanleihen rund 1 Milliarde, auf Aktienemissionen 1,8 Milliarden und auf neu ausgegebene Pfandbriefe und Obligationen knapp 2 Milliarden. Hiervon müssen allerdings recht namhafte Summen abgesetzt werden, da das Ausland als Käufer insbesondere von Pfandbriefen stark vertreten war. Zu dieser sichtbaren kommt noch die unsichtbare Kapitalbildung, die Akkumulation in den Unternehmen. Darüber hinaus flossen der deutschen Wirtschaft außer den Anleihen noch kurzfristige Auslandskredite zu. Die Gesamtsumme des Auslandskapitals wird wiederum auf 4 Milliarden Mark, wie im Vorjahr, geschätzt

Der **Arbeitsmarkt**, der als einer der wichtigsten Konjunkturbarometer betrachtet wird, zeigt nach relativer Widerstandsfähigkeit zum Jahresende bedrohliche Zeichen der Verschlechterung. Nachdem die Gesamtzahl der Arbeitslosen zwischen Juli und Oktober mit kleinen Schwankungen rund 900 000 betragen hatte, stieg sie im November auf 1,2 Millionen, im Dezember auf 1,7 Millionen und schnellte im Januar 1929 auf

über 2 Millionen hinauf. Da die konstante industrielle Reservearmee auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Millionen geschätzt werden kann, und von der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit erfahrungsgemäß rund 1 Million Menschen betroffen werden, der Höhepunkt der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit aber im Februar liegt, zeigt die augenblickliche Lage des Arbeitsmarkts deutliche Krisenzeichen. Allerdings wurden die Saisoneinflüsse durch die Frostperiode verstärkt. Das Bild ist derartig verschleiert, daß nicht gesagt werden kann, inwieweit die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage auf ein wirkliches Nachlassen der Konjunktur zurückgeführt werden kann.

Die Situation der **Landwirtschaft** wird schließlich rein äußerlich durch die Tatsache gekennzeichnet, daß dem Reichstag im verflossenen Jahr nicht weniger als 152 Anträge vorlagen, die der Notlage steuern sollten. Die Verschuldung der Landwirtschaft wird auf $11\frac{1}{2}$ Milliarden mit einer jährlichen Zinsenlast von rund 1 Milliarde angegeben. Eine Überschuldung liegt vor allem in bestimmten Länderteilen des Ostens vor. (Den Schlüssen, die hieraus namentlich für die Beurteilung der Großbetriebe gezogen wurden, trat der frühere Ernährungsminister Gerhard Graf von Kanitz in einem beachtenswerten Artikel des Berliner Tageblatts vom 3. März 1929 entgegen.) So erwünscht die ausgesprochen gute Ernte 1928 für die Gesamtwirtschaftslage war, die die Kaufkraft hätte heben, die Konjunktur beleben und bei richtiger Preispolitik für industrielle Fertigwaren dem Landwirt selbst wieder hätte zugute kommen können, so gründlich versagte der Preisbildungsmechanismus des kapitalistischen Systems. Am Jahresende steht der Landwirt wieder einmal vor der Erkenntnis, daß eine schlechte Ernte mit hohen Preisen einträglicher ist als eine gute Ernte mit niedrigen Preisen, von denen auch der Verbraucher keinen Nutzen hat, weil kapitalistischer Zwischenhandel sich am Agrarprodukt bereichert. Stabilisierung der Getreide- und Kartoffelpreise und Schaffung gemeinschaftlicher Absatzorganisationen sind die großen Aufgaben, die ihrer Lösung noch harren.

Totenliste Am 23. Mai 1928 starb an den Folgen eines Sturzes, im Alter von erst 51 Jahren, auf seinem Landsitz bei Brecon **James Lord Buckland**, der sogenannte Kohlenkönig, der aber auch stark an Zeitungen,

Eisen- und Stahlunternehmungen beteiligt war. Sein Bruder ist der Magnat des Zeitungswesens. Buckland gelangte erst während des Weltkriegs zu industrieller Bedeutung, als Lord Rhondda, von Lloyd George zum Ernährungsminister ernannt, seinen mächtigen Kohlenkonzern unter die Direktive Bucklands stellte, dessen Fähigkeiten er erkannt hatte. Buckland schloß nun die Südwäler Kohlengruben zu einer Verkaufsvereinigung zusammen; als später durch den großen Kohlenstreik die alten Absatzgebiete für die englische Kohle zum großen Teil verloren gingen, schuf er durch seine Aktivität neue. Später war er der Vertreter des Konzentrationsgedankens in der englischen Kohlenindustrie.

Am 9. September starb, 73 Jahre alt, Kurt Sorge, einer der bekanntesten Industrieführer alten Schlages. Er wurde in Zwickau geboren und trat als gelernter Eisenhütteningenieur mit 38 Jahren in den Kruppkonzern ein, dessen Grusonwerk in Magdeburg er seit 1899 leitete. In der Öffentlichkeit wurde Sorge bekannt als Vorsitzender des 1919 gegründeten Reichsverbands der Deutschen Industrie und gleichzeitig 2. Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der sozialpolitischen Spitzenorganisation der Unternehmer. Als Mitglied der Deutschen Volkspartei war Sorge von 1920 bis 1924 Reichstagsabgeordneter.

In New York starb am 16. Oktober Benjamin Strong, der Gouverneur der Federal Reserve Bank, in seinem 56. Lebensjahr. Strong hat als Haupt der größten Reservebank Amerikas eine hervorragende Rolle im Wirtschaftsleben gespielt. Seine Bedeutung für Europa beruhte vor allem darauf, daß er ein Vorkämpfer der Kooperation der Notenbanken war. Seine Maßnahmen begegneten in Amerika einer mit den Jahren stets wachsenden Opposition, und es ist nicht unmöglich, daß sich jetzt eine neue Politik innerhalb des Federal-Reserve-Systems durchsetzen wird.

Kurze Chronik Der Reichsetat für 1929-1930 schließt mit 9,2 Milliarden Mark ab; die Ausgabenseite erhöht sich gegenüber der laufenden Haushaltsperiode um 528 Millionen. Nach Abzug verschiedener geringfügiger Einsparungen bleibt ein Defizit von 358 Millionen, von denen 120 Millionen durch Kürzungen der Länderüberweisungen, 36,5 Millionen durch schärfere Heranziehung der Reichspost

und 90 Millionen durch höhere Einnahmen aus dem Spiritusmonopol gedeckt werden sollen. Rund 300 Millionen sind durch weitere neue Steuern aufzubringen, und zwar soll die Erhöhung der Biersteuer 165 Millionen, die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf das Gattenerbe 20 Millionen und die Erhöhung der Vermögenssteuer 104 Millionen erbringen. Da der außerordentliche Etat seit 1926 schon mit einem ungedeckten Defizit von 650 Millionen belastet ist, stehen für den neuen Etat keinerlei Reserven zur Verfügung. Auch einmalige Einnahmen wie Münzgewinne entfallen völlig. \diamond Bei der Neuordnung des Zuckerzolls wurden durch dessen Verbindung mit einem Zuckermaximalpreis mit den Interessen der Produzenten zugleich die der Konsumenten wahrgenommen. Der frühere Zoll von 15 Mark pro Doppelzentner wurde vom 18. Dezember 1928 ab auf 25 Mark erhöht, mit der Maßgabe, daß er wieder auf 15 Mark gesenkt werden kann, sobald die Preisnotierung in Magdeburg höher als 21 Mark liegt. \diamond Die Aktien der Grammophonwerke Lindström erreichten als erstes Papier an der Berliner Börse nach der Stabilisierung wieder den Kurs von 1000 %. \diamond London hat im Kampf um die beherrschende Stellung auf dem internationalen Geldmarkt gegenüber New York eine Schlappe erlitten: Es mußte den Diskontsatz am 7. Februar 1929 von $4\frac{1}{2}$ auf $5\frac{1}{2}$ % erhöhen, während New Yorks Diskontsatz unverändert 5 % blieb. \diamond Die Schweiz plant mit dem Übergang zur reinen Goldwährung zugleich eine Reform des Zahlungsmittelumschs. \diamond Unter französischer Leitung hat Rumänien eine Stabilisierungsanleihe auf den internationalen Markt gebracht. Nach Vollzug eines Staatsvertrags, durch den der deutsch-rumänische Finanzausgleich geregelt worden ist, wurde auch in Deutschland dessen Anleiherate (Zins 7 %, Preis 88 %, rückzahlbar 1959) zur Zeichnung aufgelegt.

Literatur

Von dem großangelegten Werk 12 Jahre Ruhrbergbau / Berlin, Reimar Hobbing/ erschien der 2. Band, der den Zeitabschnitt vom Lüttwitzputsch bis zur Ruhrbesetzung behandelt. Wie beim 1. Band liegt auch hier der Hauptwert des Buchs in der Wiedergabe zahlreicher Dokumente. Das Werk hätte wesentlich gewonnen, wenn der Bearbeiter Hans Spethmann diese Dokumente für sich hätte sprechen lassen, ohne ihre Quint-

essenz am Schluß jedes Abschnitts hervorzuheben. Dadurch wird die Skepsis an der Auswahl der Dokumente nicht ohne Berechtigung gestärkt. ◊ Die wirtschaftsgeschichtliche Literatur hat einen überaus wertvollen Zuwachs durch 2 umfangreiche Bände bekommen, die Egon Caesar Conte Corti über die Bankierfamilien *Rothschild* geschrieben hat /Leipzig, Inselverlag/. Im 1. Band wird der Aufstieg des Hauses Rothschild, 1770 bis 1830, geschildert. Der 2. Band behandelt das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte, 1830 bis 1871. Da die Rothschilds ihre Archive nicht öffnen, wurden auf Grund umfangreicher Quellenstudien, vor allem in den politischen Staatsarchiven der Länder, deren Anleihen das Haus Rothschild finanzierte, in fesselnder Darstellung die Etappen aufgezeigt, die in engster Verbindung mit den politischen Geschehnissen zu der Bildung des gewaltigen Finanzkapitals führten, das die Rothschilds in die Lage setzte mehr als einmal bestimmend in die große Politik einzugreifen und den Namen Rothschild zum internationalen Symbol machte. Die Schaffung internationaler Beziehungen (London, Paris, Wien, Neapel) wird als wichtigste Voraussetzung für die Finanzmacht der Rothschilds erkennbar. Wir finden in der Entwicklungsgeschichte dieser Privatbankiers weiter alle Erscheinungen, die heute noch für die international verflochtenen Riesengesellschaften des Bank- und Industriekapitals typisch sind. Die 5 Brüder Rothschild sind in ihrer oft geradezu genialen Erfassung der Geschäftsmöglichkeiten, aber auch in ihrem Raffinement und ihrer Bedenkenlosigkeit große Lehrmeister der frühkapitalistischen Epoche für die heutigen Geschäftsmethoden des Hochkapitalismus. Auch für den an Geschichte und Staatenbildung Interessierten werden die beiden Bände Fundgruben von unschätzbarem Wert sein. Es ist eine spannende Lektüre, die durch die (beim Inselverlag gewohnte) Ausstattung auch zum ästhetischen Genuß wird. ◊ Wirtschaftsgeschichte, und zwar aktuelle, ist *Louis Fischers* Buch *Ölimperialismus* /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Dokumentarisch zeigt ein Sachkenner, daß bei der weltumspannenden Jagd nach dem Rohstoff Petroleum kein Mittel unerlaubt ist. Zu dem seit Jahren gehenden Kampf zwischen der Standard Oil Company und dem Royal-Dutch-Shell-Konzern um Baku und Mossul liefert Fischer delikate und aufschlußreiche Einzelheiten.

Kommunalsozialismus / Hanns Müller

Lindemann Wenn diese Rundschau, 28 Jahre hindurch von Hugo Lindemann bearbeitet, nun in andere Hände übergeht, so kann das nicht stillschweigend geschehen. Zu dem Versuch die Tätigkeit Lindemanns kurz zu würdigen verpflichtet den Nachfolger nicht nur die Anerkennung seiner Arbeit; auf diese Arbeit hinzuweisen ist auch deshalb Bedürfnis, weil immer neu die Aufgabe besteht den Blick für das zu schärfen, was wirklich wesentlich und zukunfts-gestaltend an sozialistischer Arbeit war und ist. Gerade dazu bietet aber eine Betrachtung des Wirkens Hugo Lindemanns gute Gelegenheit. Die sozialistische Arbeiterbewegung kennt in ihrer Geschichte einen merkwürdigen Widerspruch, der schon, will man nicht weiter zurückgehen, im Erfurter Programm zum Ausdruck kommt. Sie war einerseits von der Hoffnung auf die zerstörende, aber, für das Proletariat, endgültig befreiende Wirkung der Krisen beherrscht. Die Überzeugung von der objektiven Gewalt solcher Entwicklung gab der Bewegung die Grundlage tiefen Selbstvertrauens mit dem Glauben an eine Berufung, die sich bei Schürung aller äußeren sichtbaren Gegensätze erfüllt. Niemand kann ernsthaft den erheblichen Teil Fatalismus in der sozialistischen Bewegung leugnen; er ist auch heute noch vielfach die psychische Wurzel für das Verhalten "radikaler" Sozialisten. Ein Doppelgesicht hatte aber besonders der Vorkriegssozialismus, da er andererseits doch gezwungen war fortschreitend allen bestehenden Institutionen positives Interesse entgegenzubringen und an ihrer Formung zu arbeiten. Er tat dies nicht aus erkennender Einsicht, vielmehr aus unausweichlicher Verantwortung vor den lebenden Menschen. Die praktische Einzelarbeit galt aber als Sündenfall und mußte, wo sie geschah, immer wieder entschuldigt und gerechtfertigt werden. Die Kraft der Rede und Schrift diente dazu das gefühlhaft verwurzelte negierende Gegensatzbewußtsein zu beruhigen. Wie weit solche Inkonsequenz historisch zwingende Voraussetzung der Vorkriegsaufgabe der Sozialdemokratie war, ist hier nicht zu beurteilen. Auch nicht, welche Schuld die Form der deutschen Staatsherrschaft und der politische Ungeist des deutschen Bürgertums an der Kampfform der Arbeiterpartei hatte. Jedenfalls tat es der Bewegung dringend not zu erkennen, daß Revolutionieren

für die Arbeiterklasse Gestalten heißt, und zwar Gestalten in mühsamem Einzelkampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vornehmlich dem des Rechts, der Wirtschaft und der die Gesamtheit umschließenden öffentlichen Verbände. Was als Not gegolten hatte, mußte als Tugend begriffen werden. Gerade dann war die Gefahr geringer, daß umgestaltende Mitarbeit zum Verlust der Sicherheit und des sozialistischen Selbstbewußtseins führten. Alle die Menschen, die eindeutig auf den billigen Beifall verzichteten, der bei jedem konkreten Problem durch den Hinweis zu haben war, daß alles erst dann entscheidend anders werden könne, wenn der Kapitalismus aufgehoben sei (eine Tautologie, die nicht alt werden will), haben eine historische Mission dadurch erfüllt, daß sie der Sozialdemokratie den Weg offengehalten haben, den sie einmal, früher oder später, und je nachdem mit mehr oder weniger Resignation, gehen mußte. Hugo Lindemann ist einer der ersten und wichtigsten Vertreter dieser Art schaffenden Sozialismus.

Einem Gebiet hatte sich außerhalb der Gewerkschaftsarbeit die Arbeiterbewegung mit relativ hoher Bewußtheit zugewandt: der Kommunalpolitik, und sie hat es nach dem Krieg mit erfreulicher Frische bearbeitet. Dafür gibt es objektive Gründe. Die Maßnahmen in den Rathäusern sind in ihrer Wirkung unmittelbarer, die Gegenwartsverantwortung ist hier stärker, und der Weg von der Not zur Tugend ist hier rascher zurückgelegt. Die starke aufbauende Hinwendung zur Arbeit in den Gemeinden war aber auch durch stete Beleuchtung der Aufgaben und durch die Darstellung ihrer sachlichen Anforderungen in hohem Maß vorbereitet worden. Hugo Lindemann hat sich ein nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst dadurch erworben, daß er, neben anderen Leistungen, ganz früh die Kommunalpolitik als Arbeitsziel der Sozialdemokratie erkannte und ihr die sachlichen Erfordernisse hierzu vermittelte. Er hat das in seinen, für die deutsche Kommunalpolitik grundlegenden Werken Städteverwaltung und Munizipalsozialismus in England /1897/ und Die deutsche Städteverwaltung /1901/, in zahlreichen anderen Schriften und Aufsätzen und eben in dieser Rundschau getan. Anerkanntes Wissen aus eigener Erfahrung und wissenschaftlicher Forschung standen ihm zur Verfügung, um so die Kräfte der Arbeiterbewegung auf die unmittelbare

Gegenwart zu lenken. Daß er dies bereits in einer Zeit tat, da in den eigenen Reihen das Verständnis für solche Arbeit weitgehend fehlte, und da rechtliche und allgemein gesellschaftliche Schranken die unmittelbare Wirkungskraft solcher Arbeit erheblich einengten, ist die entscheidende Tat.

Das 1. Viertel dieses Jahrhunderts und noch 3 Jahre des 2. Viertels hat Hugo Lindemann dieser Rundschau der Sozialistischen Monatshefte durch seine Bearbeitung hohe Bedeutung verliehen, die zu erhalten eine schwere und ernste Aufgabe des Nachfolgers sein muß.

Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet Die außerordentlich komplizierte Neuordnung kommunaler Verwaltungsgebiete im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet ist nun doch mit beachtenswerter Energie vorangebracht worden. Der preußische Innenminister hatte die beteiligten Verwaltungen bis zum 1. Dezember 1928 zur Stellungnahme gegenüber dem Entwurf des Ministeriums aufgefordert; die Stellung des Ministeriums hat sich danach noch in wesentlichen Punkten geändert. In einer Denkschrift wurden die Vorschläge des Innenministeriums neu formuliert und so vom Ministerium genehmigt; sie werden bald Gegenstand der Landtagsberatungen sein. Die eminente Schwierigkeit kommunaler Durchbildung des Industriegebiets hat zweifellos ihre Hauptursache in dessen eigentümlicher sozialer Struktur. Kann man das Ganze vielleicht mehr als andere Teile Deutschlands mit dem sonst recht unklaren Begriff Wirtschaftsgebiet erfassen, so reicht dieser für die Unterteilung keinesfalls aus. Weitere Schwierigkeit der Neuordnung ist das zähe Streben nach Selbstbehauptung jeder nun einmal geschaffenen Organisation. Vom verwaltungsorganisatorischen Zustand des Gebiets, das im ganzen 12 % der gesamtdeutschen Bevölkerung und 15 von 45 deutschen Großstädten einschließt, vermitteln folgende Tatsachen einen äußern Eindruck: In das Gebiet teilen sich 2 Provinzen mit den Zentralen in Koblenz und Münster, 3 Regierungsbezirke mit der Leitung in Düsseldorf, Arnsberg und Münster; im Regierungsbezirk Düsseldorf bestehen allein 15 Stadtkreise und 15 Landkreise. Das Bedürfnis der Reform darf hier aber nicht allein aus dem Wunsch rationeller Erfüllung der Verwaltungsfunktionen erwachsen. Der eigentümliche Charakter des Gebiets verlangt mehr als andere

Landesteile eine sinnvollere Gestaltung nach produktionswirtschaftlichen und menschenökonomischen Gesichtspunkten, und hierzu ist die Schaffung umfassender Verwaltungsgebiete mit freier Raumverfügung, die Erziehung zur Zusammenarbeit Kernpunkt der Reform. Endgültig kann solche Reform freilich erst dann werden, wenn Produktionswirtschaft und öffentliche Wirtschaft zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden werden. Dann wäre es vor allem leichter möglich mehr die Entwicklung zu gestalten als von ihr abhängig zu sein.

Der grundsätzliche Teil der Regierungsdenschrift betont, daß wir die Aufgabe haben Abgrenzungen auf weite Sicht zu finden. Die Auseinandersetzung zwischen Städten und Landkreisen müsse das Gebiet der Städte auf längere Zeit erweitern und den Landkreisen den ihnen verbleibenden Teil als sichern Besitzstand belassen. Es fragt sich aber sehr, ob die praktisch vorgeschlagenen Regelungen eine dieser Aufgabe entsprechende großzügige Lösung darstellen. Gewiß ist es schwierig die "richtigen" Grenzen für die neuen Verwaltungseinheiten zu finden. Es ist aber nicht zu billigen, wenn zur Lösung solcher vor allem praktischen Fragen Allgemeinvorstellungen mit gewissermaßen absolutem Gefühlswert benutzt werden. Als solche fungieren vielfach die "Wirtschaftsprovinzen"; um generelle Grundlagen der Gebietsabgrenzungen zu finden, wendet auch die Denschrift solche Vorstellungen an, wenn sie behauptet, daß die natürlichen Grenzen dort liegen, wo die kommunale Vereinigung nur einen Verwaltungsbezirk, aber keine auf der örtlichen Gemeinschaft aufgebaute Selbstverwaltungskörperschaft herstellen würde. Da als "örtliche Gemeinschaft" in der Regel das empfunden wird (oder besser; als empfunden behauptet wird), was bisher war, liegt in solcher Formulierung eine psychische Stärkung der Konservierungstendenzen. Wendungen dieser Art können gefährlich sein; dienen sie das erstmal zur geistvollen Begründung einer Reform, so werden sie später zu ihrer Hemmung.

Die Neuordnung des Entwurfs umfaßt ein Gebiet von 850 Quadratkilometer mit rund 6,3 Millionen Menschen. Die Anzahl der im Gebiet vorhandenen 23 Landkreise soll um 11, die der Stadtkreise um 6, die der kreisangehörigen Städte um 12, die der Ämter um 26, die der Landgemeinden um 49 vermindert werden. Auf der linken Rheinseite ist

der Zusammenschluß von München-Gladbach und Rheydt und der von Krefeld und Uerdingen vorgesehen. Der letzte ist besonders interessant: Beide Städte sollen für längere Zeit die Rechtspersönlichkeit behalten; die Personalangelegenheiten der allgemeinen Verwaltung, die technischen Betriebe und die Hafenverwaltung sollen gemeinsam geführt werden, die übrigen Verwaltungsgebiete bleiben getrennt. Rechtsrheinisch erfolgt der Zusammenschluß von Duisburg und Hamborn, ferner der von Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld (Gutehoffnungstadt), der Städte Wald, Hohscheid, Gräfrath und Solingen sowie der von Barmen und Elberfeld. Daneben bedeutet die Aufhebung vieler Landkreise wesentliche Veränderung. Künftig soll nun die Ausscheidung einer Stadt aus dem Kreisverband nicht mehr dadurch erzielt werden, daß sie eine bestimmte Einwohnerzahl erreicht, sondern sie soll nur aus Gründen öffentlichen Wohls durch Gesetz möglich sein. Den Landkreisen wird das Recht gegeben die Durchführung überörtlicher Aufgaben in die ausschließliche Zuständigkeit des Landkreises hineinzunehmen. Das Bedenkliche solcher Regelung ist in dieser Rundschau (1928 II Seite 887) schon gezeigt worden. Die kommunale Zusammenarbeit mußte, vornehmlich, nachdem man in der Schaffung neuer Großgebiete vorsichtig war, besondere Bedeutung in den Vorschlägen erlangen. Um ihr eine geeignete Grundlage zu geben, ist eine Anzahl Städte zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen worden. Diese sind nicht Zweckverbände im engeren Sinn, sie sollen wohl den direkten Zusammenschluß der Gebiete ersetzen. Ob sie ihn nur vorbereiten, wie zu vermuten ist, wird die Zukunft zeigen. Die organisatorische Begründung umfassender Arbeitsgemeinschaften ist jedenfalls ein beachtlicher Schritt; man wird besonders versuchen müssen die einfache Selbstbehauptung, die, wie von jeder andern Organisation, auch von jedem kommunalen Verband ausgeht (und auch hier vorwiegend als Bedürfnis ihrer Führung) etwas zurückzudrängen und durch Einordnung in Gesamtlösungen zu verfeinern.

Gutsbezirke Es kennzeichnet das außerordentliche Selbstgefühl der dadurch betroffenen Kreise, wenn die Kreuzzeitung die endlich vorgenommene Auflösung der preußischen Gutsbezirke mit der Behauptung bekämpft, daß sie das »Recht der Selbst-

verwaltung« verletze. Ein Recht der Selbstverwaltung, das nur Gutsherren als Träger solcher "Selbstverwaltung" anerkennt, wäre wohl eine ganz brauchbare zeitgemäße Bezeichnung für einen recht alten Zustand. Tatsächlich bringt die Auflösung der Gutsbezirke ab 1. Januar 1929 1,4 Millionen Gliedern des deutschen Volks die formale Grundlage für die Einordnung in eine kommunale Lebensform, deren Nichtbesitz diese Volksgenossen erheblich von der Gesamtheit des Volks und seiner sozialen Entwicklung losgelöst hat. Die verhängnisvoll tiefe Trennung von städtischer und ländlicher Kultur, besonders in Preußen, die weit über das allgemein sozial bedingte Maß hinausging, wurde wesentlich durch die mit verbissener Energie an sachlich längst veralteten Zuständen festhaltenden Gutsherrschaften bestimmt. 11 894 Gutsbezirke mit 1,4 Millionen Menschen und einer Bodenfläche von 84 708 Quadratkilometer (das ist mehr als Bayern einschließlich der Pfalz) gab es vor einem Jahr noch in Preußen. Östlich der Elbe machten sie 40 % der Bodenfläche aus, in Pommern sogar 55,4 %; in dieser Provinz umfaßten sie 19,7 % der Bevölkerung. Es zeigt sich, daß keineswegs nur die Beamten und unmittelbaren Arbeiter so ohne eigene kommunale Organisation in den Herrschaftsbereich der Güter eingegliedert waren, da nur $\frac{1}{4}$ unter 50, weiter $\frac{1}{4}$ zwischen 50 und 100, 5344 Bezirke aber mehr als 100, und 32 gar über 1000 Einwohner zählten. Es ist im einzelnen nicht zu ermessen, inwieweit das Vorherrschen politischer Herrschaftsformen, deren Rest nun in Deutschland verschwindet, den politischen Geist des deutschen Volkes geformt oder, besser gesagt, ungeformt gelassen hat. Sie sind zu einem starken Hemmnis weit über die Zeit ihres formalen Bestehens hinaus geworden. Politische Bildung und Vorbereitung politischer Formung wird dadurch bei uns in höchstem Maß zur Überwindung der geistig-politischen Struktur aller Schichten. Aber auch im engeren Sinn ist die Aufhebung der Gutsbezirke erst ein Anfang des Weges zu dem Ziel: die Vormacht der Gutsherren zu beseitigen und so das kommunale Leben von ihnen unabhängig zu machen.

Straßburg Ein anschauliches Bild erfolgreicher Gemeindearbeit, das allgemeines Interesse beanspruchen kann, geben die Berichte, die der Maire Jacques Peirotes in der

Budgetdebatte des Gemeinderats der Stadt Straßburg über die Tätigkeit der Verwaltung seit 1925 unter der Leitung der Sozialdemokraten geben konnte. Uns wohl bekannte Schwierigkeiten ergaben sich in der Arbeitsperiode aus der fortschreitenden Entwertung des Geldes. Gesamtsummen besagen deshalb wenig. Der Bericht hebt mit Nachdruck hervor, daß es möglich sei die Zuschlagssteuer (centimes additionnels) von 190 % für 1929 auf 170 % zu senken, ohne Vernachlässigung der Verwaltungsarbeit und bei vollster Vorsorge für notwendige Ausgabenvermehrung der künftigen Finanzperiode. Die gleiche Sorgfalt gilt der Behandlung des Extraordinariums. Unter seinen Posten befinden sich neben Aufwendungen für Wohnungsfürsorge (2½ Millionen Francs), Grunderwerb (3,6 Millionen) die Bereitstellung von 1 Million Francs zum Erwerb von Aktien des Unternehmens Energie Electrique du Rhin und die Beteiligung der Stadt an der Errichtung eines elektrischen Schiffszugs auf dem Rhein-Rhône-Kanal von 1 Million Francs. 2 Millionen wurden bereitgestellt, um die Ausstellungen auf dem Wackengelände zu fördern. Ein Vergleich der Etatsgesamtsomme (dem ohne Einzeluntersuchung allerdings größte Vorsicht zuzuwenden ist) ergibt folgenden interessanten Bestand: 1914: 23 603 608 Mark = 29 504 600 Francs; 1929: 113 652 835 Francs. Die Etatssumme ist um gut das 3½fache gestiegen, der Franc aber auf ungefähr $\frac{1}{6}$ des Vorkriegswerts stabilisiert. Soweit ein Vergleich möglich ist, weist er auf eine Senkung der Ausgaben hin. Der Schuldenstand im Jahr 1925 von 171 122 213 Francs wurde bis Ende 1928 auf 146 829 590 Francs vermindert; außer für Schuldentilgung und werbende Anlagen (darunter sind 14 099 000 Francs für Erwerb von neuen Aktien des Elektrizitätswerks und der Straßenbahngesellschaft) sind Anleihemittel nicht verwendet worden. Schuldentilgung und Steuerentlastung, betont der Bericht, seien notwendigerweise das kommunalpolitische Hauptziel der Periode gewesen, und die noch bestehende fiskalische Überlastung der Bevölkerung sei hauptsächlich auf die Lastenverteilung zwischen Staat, Departements und Gemeinden und auf die Natur des lokalen Steuersystems zurückzuführen. Vor allem drücken die Schulden, die aus Errichtung militärischer Anlagen und der Hafenanlagen entstanden sind, und deren Übernahme durch den Staat, wenigstens

teilweise, gefordert wird. Die Lokalbesteuerung zwingt vornehmlich zur Reform, weil sich die Veranlagungsgrundsätze für Lohn- und Besoldungseinkommen mit der Inflation nicht geändert haben, und dadurch die niedrigen Realinkommen heute sehr belastet sind. Die Lohn- und Besoldungssteuer war 1914 mit 15,25 %, 1928 mit 36,41 % am Steuergesamtaufkommen beteiligt. Die Beseitigung der Steuerfreiheit der Militärpersonen, einer Einrichtung aus deutscher Zeit, wird dringend gefordert. Als ein weiterer Teil der Steuerreform wird die Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer gefordert. Der Voranschlag für 1929 wurde einstimmig angenommen. Sehr erfrischend ist der sachliche Wille, der aus dem Bericht der von unserm Genossen geleiteten Stadt spricht.

England: Finanzreform

Finanzausgleichsreform als ausgesprochene Maßnahme der Wirtschaftspolitik bedeutet die Neuordnung der Finanzen der englischen Kommunen (Städte und Grafschaften), die bereits im Frühjahr 1928 durch Churchill angekündigt wurde, und deren Durchführung im Gang ist. Bedürfnis der Gesamtwirtschaft wurde diese Reform durch die anhaltende Arbeitslosigkeit, die die einzelnen Berufszweige und Landesteile mit sehr verschiedener Wirkung trifft. Die lokale Differenzierung der Notlage und damit wiederum der Druck zur Standortsänderung wird durch das System der lokalen Besteuerung erheblich verstärkt. Auch bisher wurde nur ein Teil des kommunalen Zuschußbedarfs durch Gemeindesteuern gedeckt; vom Zuschußbedarf des Jahres 1926-1927 von rund 280 Millionen Pfund Sterling wurden etwa 180 Millionen durch Kommunalsteuern, 100 Millionen durch die Staatskasse aufgebracht. In Zukunft soll hier noch eine wesentliche Veränderung eintreten. Der Hauptteil der eigenen Steuereinnahmen fließt aus den rates, den früheren Armensteuern. Sie sind Steuern auf den Grundbesitz, deren Höhe nach dem normalen (tatsächlichen oder geschätzten) Ertrag bemessen wird. Durchschnittlich betrug 1927-1928 die Steuer 60 % des festgestellten Ertrags; in industriellen Gebieten freilich bedeutend mehr. Die Einschränkung der rohen Wirkung dieser Steuer ist der Hauptteil der schwebenden Rating Reform. Bisher war bereits die Landwirtschaft teilweise von ihr befreit, seit 1923 mit 75 %; der Ausfall wurde durch die Staatskasse ersetzt. Die Reform bringt nun eine Ent-

lastung für die "produktiven" Gewerbe und die Transportanstalten. Die Landwirtschaft wird, außer für die Wohnhäuser, ganz von den rates befreit. Industrie, Bergbau und Transportunternehmungen werden nur noch 25 % der Steuer tragen. Für die Bahnen ist die Befreiung bereits seit dem 11. Dezember 1928 vollzogen. Sie sind freilich nicht die Nutznießer der Entlastung sondern verpflichtet dafür die Frachten für Grubenhölzer, Kohlen, Eisenerz und Kalkstein zu senken. Voll belastet bleiben Wohnungen, Handelsgeschäfte, Banken, Versicherungsunternehmungen, Hotels, Gaststätten, Theater, Kinos usw. Den auf 27 Millionen geschätzten Steuerausfall will der Staat den Kommunen aus dem Ertrag einer neuen Benzinabgabe ersetzen. Der Staatsanteil am kommunalen Gesamtsteuerbedarf wird sich auf etwa 45 % erhöhen. Diese bedachtsam nach Wirtschaftsgruppen gegliederte Ersetzung kommunaler Aufbringung durch staatliche soll neben einer Stützung der Wirtschaftszweige einen Lastenausgleich herbeiführen. Lastenausgleich erstrebt auch der andere Hauptteil der Reform. Die Zuschüsse des Staats, die bisher für einzelne Zwecke geleistet wurden, sollen künftig, mit Ausnahme der Zuschüsse für den Unterricht und die Polizei, in festen Summen, und zwar auf jeweils 5 Jahre, gewährt werden. Die Zuteilung wird nach einer fiktiven Bevölkerungszahl erfolgen, in der sich die Anzahl der Arbeitslosen, die Anzahl der Kinder unter 5 Jahren, geringer Grundstücksertrag und die Wohndichte der Grafschaft erhöhend auswirken. Ein weiterer Teil der Reform liegt darin, daß die bisher noch bestehenden Sonderbehörden der Armenpflege verschwinden sollen. Der geringe Umfang der Armenverbände verhinderte einen Lasten- und Leistungsausgleich; nunmehr werden die Großstädte und Grafschaften die Aufgaben übernehmen.

Das ganze Reformwerk bedeutet einen sehr wichtigen Schritt sowohl der allgemeinen Wirtschaftspolitik wie der Gestaltung der Kommunalverwaltung Englands. Wirtschaftspolitisch kann man recht gut in der Sonderbehandlung der Wirtschaftszweige einen Ersatz für Schutzzoll sehen. Jedenfalls bedeutet sie ein neues Zeichen starker Wirtschaftsbeeinflussung, das im Land der traditionellen Wirtschaftsfreiheit besonders zu beachten ist. Kommunalpolitisch bedeutet sie die Auflösung eines an primitive Formen gebundenen Steuerwesens.

Kurze Chronik Aus der kommunalen Kreditbeschaffung des Jahres 1928 seien kurz folgende summarischen Angaben mitgeteilt. Der Gesamtbetrag der Auslandsanleihen betrug 237,4 Millionen Mark (darunter 2 Millionen Schuldverschreibungen, der Stadt Karlsruhe und 3 Millionen der Stadt Köln, unter Umgehung der Beratungsstelle); ihr Emissionswert betrug 226,6 Millionen Mark, was einen durchschnittlichen Emissionskurs von 95,4 ergibt. Die Nominalverzinsung betrug durchschnittlich 6,12 %. Der effektive Erlös nach Abzug der Unkosten wurde auf rund 210 Millionen Mark berechnet. Im Inland sind 1928 26 Einzelanleihen deutscher Städte mit insgesamt 213,75 Millionen Mark zur Zeichnung aufgelegt worden (darunter Berlin 25, Breslau 21, Frankfurt 20, München 16, Dresden 15, Leipzig und Nürnberg je 10 Millionen). Der Emissionswert betrug hier 204,12 Millionen Mark, der Durchschnittskurs 95,5 und die Nominalverzinsung 6,64. \diamond Weitere Fortschritte in der kommunalen Gruppengasversorgung Süddeutschlands liegen im Beitritt der Städte Ludwigs-hafen, Pforzheim und nunmehr auch Karlsruhe zur Südwestdeutschen Gasaktiengesellschaft. Der Beitritt Heidelbergs steht ebenfalls bevor. \diamond Eine erfreuliche Tatsache ist es, daß der sozialdemokratische Landesparteitag Sachsens, der am 12. und 13. Januar abgehalten wurde, sich eingehend mit der Arbeit in den Gemeinden beschäftigt und in Kommunalpolitischen Richtlinien den Gemeindevertretern ein weit ins einzelne gehendes Programm in die Hand gegeben hat. Man merkt durchaus den Einfluß derjenigen, die in den Gemeinden praktisch wirken müssen. \diamond Der Prospekt über 25 Millionen 5prozentiger Schatzanweisungen der Stadt Berlin von 1928, rückzahlbar ab 1. April 1933 zu 10 %, gibt den Schuldenstand Ende 1928 mit 837,1 Millionen Mark an, gegen 479,8 Millionen Anfang 1927. Die Gesamtvermögenssumme (nach dem Stand vom 1. Januar 1928) beträgt 1983,2 Millionen. Eine Erhöhung von rund 416 Millionen gegenüber dem Vorjahr wird mit höherer Bewertung der Grundstücke (183 Millionen) und Zugängen (253 Millionen) erklärt. Die Zugänge sind wesentlich Grundstückserwerb und Neuinvestitionen der kommunalen Werke und Verwaltungen. Unter den Schulden sind 137,4 Millionen Aufwertungsverpflichtungen, 86,3 inländische und 300,5 ausländische Anleihen; 52,0 Millionen Schuldscheindar-

lehen, 48,3 Millionen Hypotheken und 20,8 Millionen (gegen 37 Millionen Anfang 1927) kurzfristige Schulden. In diesen Summen sind die Beträge für die Hochbahn- und Omnibusgesellschaft noch nicht enthalten. \diamond Einen Sturm lauf versuchte das Frankfurter Handwerk gegen die Pläne ein städtisches Hoch- und Tiefbaugeschäft zu errichten in einer Versammlung am 11. November 1928, die vom Bürgerausschuß, vom Handwerker rat und von Bezirksvereinen Groß Frankfurts einberufen worden war.

Literatur Als amtliche Veröffentlichung des Deutschen Städtetags erschien der 23.

Jahrgang des bisher allein vom Verband der Deutschen Städtestatistiker herausgegebenen *Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte* /Leipzig, Friedrich Brandstätter/. Die amtliche Unterstützung durch den Deutschen Städtetag muß als Ausdruck der Bedeutung gelten, die man dem Jahrbuch zuspricht. Der Band enthält Zahlenübersichten aller wichtigen Kommunalgebiete der Städte über 50 000 Einwohner. \diamond In der Reihe Meyers Wörterbücher /Halberstadt, H. Meyer/ hat der ehemalige Oberbürgermeister Konrad Maß den 6. Band, Kommunalpolitik, bearbeitet. Das Bändchen, das in sauberer Aufmachung erschien, mag besonders den kommunalpolitisch interessierten Laien behilflich sein. \diamond Die Schrift Gerhard Mackenroths Die Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises unter der Verwaltung der Stadt Halle 1914 bis 1928 /Halberstadt, H. Meyer/ zeigt, in welcher Weise ein wichtiges Aufgabengebiet in der Hand der Gemeinde gestaltet wurde. \diamond Führer durch das Kommunalwahlrecht in Preußen /Berlin, Internationaler Arbeiterverlag/ nennt sich eine Schrift Otto Gäbels, die sich im Vorwort die Aufgabe stellt »zu zeigen, daß die Sozialdemokraten nicht willens sind für proletarische Forderungen einzutreten«, und dann betont: »Stellungnehmen heißt alle Fragen wirklich beleuchten, heißt klare sachlich durchschlagende Formulierungen . . . finden«. Sollte beides nicht schwer mit einander zu vereinen sein? Die Schrift gibt sonst eine Übersicht über die einschlägigen Gesetze. \diamond Ein guter Überblick über die soziale Fürsorge der Stadt Wien wird in dem Jahrbuch Das Wiener Jugendhilfswerk /Wien, Verlag des Jugendamts der Stadt Wien/ gegeben. Die Ausführungen werden durch mannigfache Photographieen eindrucksvoll lebendig.

Nationale Bewegung / Günter Keiser

Oberschlesien Oberschlesien ist seit jeher der Seismograph und das Bewegungszentrum des europäischen Minderheitenproblems. Hier kommen Krisen, Spannungen und Gefahren der Minderheitensituation wie auch alle Lösungs- und Entspannungsansätze zuerst und am deutlichsten zur Ausbildung; hier ist die Minderheitenfrage am engsten mit dem Bewegungsspiel der europäischen Politik verwachsen. Das wird besonders deutlich durch die Tatsache belegt, daß als Folge des erbitterten Kampfs um die oberschlesische Minderheitenlösung der Völkerbund in seiner Märztagung sich veranlaßt sah klarzulegen, wie er sich eine wirksame Garantie des Minderheitenschutzes denkt. Es wird darum gut sein den augenblicklichen Stand der oberschlesischen Minderheitenfrage kurz zu skizzieren. Es ist vielleicht das Tragischste an der Minderheitenfrage, daß fast überall die Staatsvölker tief davon überzeugt sind, daß gerade sie den Minderheiten in ihrem Staatsraum die denkbar größten Freiheiten gewähren, während die eigenen Volkssplitter im Ausland aufs schwerste mißhandelt würden. Dies ist auch der Grundton, in dem die Oberschlesienfrage rechts und links der Grenze fast ausschließlich behandelt wird, und in der Tat ist es darum ohne eine genaue Untersuchung an Ort und Stelle sicher nicht möglich Recht und Unrecht billig abzuwägen. Doch seien hier jedenfalls die wesentlichsten Tatsachen registriert. Im Oktober 1928 erfolgte in Polen endgültig die Verurteilung einiger Führer des Deutschen Volksbunds zu schweren Freiheitsstrafen, wobei in einem Fall ein offensichtlich gefälschtes Schriftstück das Beweismaterial lieferte, in den anderen Fällen allgemein übliche personale Auskünfte als Wirtschaftsspionage ausgedeutet wurden. In sämtlichen Ratstagungen des letzten Jahres führte der Deutsche Volksbund Beschwerde wegen unberechtigter Schließung von Minderheitenschulen, Entlassung von Lehrern, Schikanen bei der Anmeldung von Schülern, Verweigerung von Konzessionen für Stifte, Krankenhäuser usw. Im November wurde durch eine direkte Abrede zwischen Volksbund und Regierung eine Reihe der Schulschließungen im Kompromiß rückgängig gemacht. Diese erste Annäherung unterbrach im Dezember jäh die Rede Zaleski in Lugano, in der er vor dem Forum der Welt dem Volksbund Hochverrat und Umsturtreiben vorwarf und

ihn als eine europäische Friedensgefahr hinstellte. Der Volksbund entgegnete darauf mit einem Offenen Brief. Die Antwort der Regierung war, abgesehen von neuerlichen Amtsentsetzungen deutscher Minderheitslehrer und dergleichen, die Verhaftung des Volksbundführers und Abgeordneten Ulitz, nachdem der schlesische Sejm kurzerhand aufgelöst worden war, weil er die Auslieferung Ulitz' verweigert, die Subventionierung der polnischnationalen Organisationen eingeschränkt hatte und den Wojwoden Gaszynskischwer zu kompromittieren drohte. Ulitz werden gefälschte Schriftstücke untergeschoben. Und wieder mußte der Volksbund in Genf Klage führen. Man hat dem Deutschen Volksbund Querulantentum vorgeworfen. Doch bleibt die Tatsache zu vermerken, daß der Polenbund in Deutsch Oberschlesien in den letzten Jahren in keiner einzigen ersten Beschwerde Calonder, geschweige denn den Völkerbund zur Entscheidung anrufen mußte; offensichtlich deswegen, weil die deutsche Verwaltung gemäß den Direktiven der preußischen Regierung auf alle Beschwerden mit grundsätzlicher Loyalität reagierte. Kein polnischer Führer hat unter Anklage gestanden, wohl aber sind die Radauhelden, die polnische Versammlungen störten, recht hart bestraft worden. Dutzende von Minderheitsschulen bestehen noch heute in Deutsch Oberschlesien, obwohl die vorgeschriebene Schülerzahl seit langem nicht mehr erreicht ist. Vor allem aber hat die preußische Regierung sich im November durch die Verordnung zur Regelung des polnischen Minderheitenwesens autonom, unabhängig von den Bestimmungen der nur für Oberschlesien geltenden Verträge, bereit erklärt alle polnischen Privatschulen mit 40 Kindern zunächst durch Zahlung von 60 % der Lehrergehälter zu unterstützen und bei 3jähriger Bewährung ganz zu übernehmen. Sie hat an den subventionierten Privatschulen sogar den Unterricht nationalpolnischer Lehrer ohne deutsche Lehrberechtigung freigegeben und ein für allemal feierlich erklärt, daß für die Einschulung eines Kindes bei der Minderheitenschule nichts anderes maßgebend sei als die freiwillige und nicht nachzuprüfende Entscheidung der Erziehungsberechtigten. Für den ehrlichen Willen dieser Verordnung bürgt die Tatsache, daß an Inhalt und Form die Führer der deutschen Minderheiten im Ausland entscheidend mitgewirkt haben. Aber weite Kreise Polens sehen in all diesen Maßnahmen, die auf

eine grundsätzliche und europäisch orientierte Rechtsfundierung der Minderheiten abzielen, nichts als eine Komödie und einen Versuch "internationaler Stimmungsmache", gerade als ob sie eine unterdrückte und darum vielleicht nationalrevolutionäre polnische Minderheit in Deutschland lieber sähen als eine nationalkulturell gesättigte und darum vermutlich loyale Minderheit.

Südslawien Die nationale Krise des südslawischen Staatswesens hat sich im verflossenen Halbjahr unaufhörlich verschärft. Bis Ende Dezember 1928 brach die Kette der Morde, Attentate, Demonstrationen nicht ab. Beide Parteien rüsteten. Belgrad oktroyierte Agram einen militärischen Generalgouverneur auf, es bereitete ein diktatorisches Staatsschutzgesetz vor und mühte sich nach außen den Kampf als ein bloßes Mißverständnis oder als eine Intrige streitsüchtiger und eitler Politiker hinzustellen. Agram dagegen formulierte mit zunehmender Klarheit sein Programm: Wiederherstellung der "historisch-politischen" Ländereinheiten, die in Verwaltung und Gesetzgebung volle Autonomie erhalten sollen; die gemeinsame Staatsgrenze, garantiert durch den König und eine föderativ paritätisch besetzte Zentralregierung, ausschließlich für die durch außenpolitische Rücksichten bestimmten Angelegenheiten zuständig. Bei dieser Sachlage gab es in der Tat nur eine Macht, die aus der Sackgasse führen konnte; den König. Kaum einer hatte aber wohl erwartet, daß die Antwort des Königs auf die Vorträge, die ihm alle Parteiführer Anfang Januar 1929 erstatteten, der Staatsstreich sein würde. Und doch gab es für den König bei der Verfahrenheit des südslawischen Parteietriebes, dem völligen Versagen der zentralen demokratischen Organe in der Tat nur die beiden Wege: entweder Auflockerung des Staats in sich selbst verwaltende Teiglieder im Sinn der kroatischen Forderungen oder Erzwingung der staatlichen Einheit mit Gewalt. Alexander wählte den zweitgenannten, echt königlichen und echt balkanischen Weg. Das Parlament verschwand über Nacht, ein halb-militärisches Ministerium trat an, die föderative Bewegung wurde durch Auflöschung der "Stammesparteien" und Ersticken der Zeitungen mundtot gemacht, die Staatskrise wurde durch Verordnung für nicht vorhanden erklärt. Noch sieht man nicht ganz klar, wohin die neuen Machthaber nun positiv zie-

len. Aber viele Zeichen deuten auf einen straff serbisch-nationalen Kurs. Jedenfalls ist der Weg zu einer organisch-föderativen Staatsgestaltung bis auf weiteres verbaut. Der Plan der Regierung: durch ein Zusammenlegen der heutigen kleinen administrativen Einheiten größere Verwaltungseinheiten, aber nicht sich selbst verwaltende Länder, zu schaffen, ist zentralistisch gedacht und kann in Agram nur schärfsten Widerspruch auslösen.

Indien Anfang Oktober 1928 traf die Simonkommission, die den Auftrag hat der englischen Regierung und Wählerschaft einen Bericht über die Bewährung und die Möglichkeiten einer Weiterbildung der derzeitigen indischen Verfassung zu liefern, wieder in Indien ein, nachdem es endlich gelungen war fast alle Provinzen zur Mitarbeit zu bewegen und ein, wenn auch vom Vizekönig ernanntes, und nicht, wie von Simon vorgesehen, von der Gesetzgebenden Versammlung gewähltes indisches Parallelkomitee zustande zu bringen. Freilich, der Empfang in Indien war düster: Geschlossene Läden, schwarze Fahnen, Proteststreiks, Demonstrationen und blutige Zusammenstöße mit der Polizei empfingen und begleiteten die Kommission überall; bei einem dieser Zusammenstöße fand, wie in dieser Rundschau (1928 II Seite 1109) berichtet, der betagte Führer Lala Lajpat Rai den Tod. Politisch wichtiger ist indessen die positive Antwort, die das im Mai 1928 von allen Hinduparteien und dem nationalen Flügel der Mohammedanischen Liga ernannte Parteikomitee in Gestalt des Nehrubereichs der Öffentlichkeit vorlegte, ehe überhaupt die Simonkommission gesprochen hatte. Dieses, wie man wohl sagen kann, erste positive Programm des indischen Nationalismus enthält den durchdachten Entwurf einer indischen Verfassung, wie man sie als äußerste Konzession England glaubt zugestehen zu können. Freilich wird als Voraussetzung der »Übergang der politischen Macht und Verantwortlichkeit vom englischen auf das indische Volk« gefordert, aber im übrigen erfolgt eine enge Anlehnung an den Dominialstatus: Ein vom englischen König ernannter Generalgouverneur, der gleichzeitig Oberbefehlshaber ist, regiert mit einem parlamentarisch verantwortlichen Ministerium. Ein Senat aus Ländervertretern betont den föderativen Charakter der Staatsordnung, der vor allem die Möglichkeit zum Anschluß der Maharadschastaten geben soll. Daneben

enthält der Entwurf mutige sozialpolitische und weniger prägnante kulturpolitische Postulate. Leider gelang es nicht das ganze indische Volk sofort hinter dies ungemein kluge und geschickte Minimalprogramm zu bringen. Die Mohammedaner, seit jeher als bevorzugte und privilegierte Schicht im Untergrund proenglisch, sahen in dem Programm keine hinreichende Sicherung der mohammedanischen Interessen; die Fürstenkammer ging noch einen Schritt weiter und forderte geradezu die Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu England als Voraussetzung jeder Neuordnung. Der Allindische Nationalkongreß wiederum, der Anfang des Jahres zusammentrat, wollte das Nehruprogramm als zu lau ablehnen, als Gandhi, plötzlich auftauchend, die Annahme erreichte: durch den ultimativen Anhang, daß der Dominialstatus noch in diesem Jahr gewährt werden müsse, andernfalls das Programm der völligen Loslösung, der non-cooperation und des Boykotts wieder aufleben solle.

Dieses Schicksal des Nehruprogramms zeigt deutlich, wie sehr in Indien das Kräftespiel der nationalen Bewegung von den Kräften des politischen, sozialen und religiösen Strukturwandels durchsetzt ist, so daß jede klare stoßkräftige Entwicklung unmöglich wird. Noch krasser, eindeutiger wurde diese tragische Situation durch die blutigen Zwischenfälle in Bombay Ende Februar 1929 beleuchtet: Der englisch-jungindische Kapitalismus Bombays leidet ständig unter Streiks. Er holte sich daher aus dem Norden vom Bergvolk der Panthans "tüchtige" Leute als Streikbrecher und Aufseher. Die Panthans sind Mohammedaner. Auf das bloße Gerücht hin, die Panthans hätten Hindukinder zu Ritualmorden entführt, entlädt sich die soziale und religiöse Spannung in fürchterlichen gegenseitigen Metzereien. Und England hat wieder einen Rechtsanspruch mehr in Indien "Ordnung" zu schaffen und zu wahren.

China Die Politik der Nankingregierung, insbesondere die Außenpolitik C. Wangs, ist von einer schlechthin bewunderungswürdigen Klarlingigkeit und Geschlossenheit. Wang will die Wiedereingliederung Chinas als gleichberechtigten Partners in das internationale Mächtekoncert in 3 Etappen erreichen. Die 1. ist die Anerkennung der Nankingregierung als Repräsentation Chinas, die 2. die Gewinnung der Zollautonomie als wesentlichste Voraussetzung für die Gesundung der Staatsfinanzen,

die 3. schließlich die Beseitigung der Exterritorialität. Die 1. Etappe kann als erreicht gelten, die 2., dadurch erleichtert, daß als neuer, autonomer Zolltarif der von der Washingtoner Konferenz 1925 ausgearbeitete, aber von den "Mächten" später nicht anerkannte, sehr maßvolle Tarif gewählt wurde, wurde machtvoll eingeleitet durch das Sung-MacMurray-Abkommen vom Juni 1928, dem bald der Vertrag mit Deutschland, dann Abkommen mit Frankreich, Italien und einem halben Dutzend kleiner Länder folgten, und vorläufig durch den Vertrag mit England vom Dezember 1928 abgeschlossen. Die 3. Etappe, der Kampf um die Beseitigung der Exterritorialität, wurde vorstastend in den Verträgen mit Belgien, Italien, Dänemark und Portugal beschritten, die, freilich unter verschiedenen Klauseln, bereit sind auf die Exterritorialität ihrer Bürger von 1930 ab zu verzichten und dafür als Gegengabe das Recht erhalten auch außerhalb der Konzessionen Grundbesitz zu erwerben.

Mit diesem Vertragswerk endet ein wesentliches Kapitel der chinesischen Geschichte: Die Front der anderen Mächte China gegenüber ist zerbrochen, der Übergang Chinas aus einer Halbkolonie zur freien Nation ist unwiderruflich anerkannt. Alles, was jetzt folgen wird, ist nur noch eine endgültige Bereinigung. Gegen Rußland geht man rücksichtslos vor. Man hatte ihm bereits vor einiger Zeit die Amurflotte genommen, im Januar nahm man ihm die Telephonzentrale in Charbin, die den ganzen Fernen Osten zusammenhält. Rußland tat nichts, und es wird nichts tun können, wenn man ihm eines Tages die ganze Nordmandschurische Bahn nimmt. Auch Japan ist nicht mehr eingeschritten, als in der ganzen Mandschurei Anfang Januar 1929 die Nankingfahne gehißt wurde. Gleichwohl denkt es nicht daran auf seine mandschurische Vormachtstellung zu verzichten; und letztens geht es um nichts anderes als eben die japanischen Lebensinteressen in der Mandschurei, wenn es trotz monatelangem Verhandeln zu keinem chinesisch-japanischem Vertrag, zu keiner gültigen Anerkennung der Nankingregierung durch Japan, zu keiner Billigung des neuen Zolltarifs, keiner Beilegung des Tscheifuzwischenfalls kommt, wenn Japan immer neue Vorwände findet seine Truppen in Schantung zu belassen. Aber Japan muß sich vorwerfen lassen, daß das halbbesetzte Schantung zum Zentrum aller gegenrevolutionären Kräfte wird, und in Japan selbst wer-

den, angesichts der in China immer neu aufflackernden Boykottbewegung, die Wirtschaftsführer langsam nervös, so daß Japan wohl nachgeben wird, wenn die Nankingregierung die Macht im Innern zu wahren versteht.

Die Politik von Nanking hat im letzten Halbjahr in einem solchen Ausmaß unter dem Primat der Außenpolitik gestanden, daß sogar die innenpolitischen Maßnahmen ihre Orientierung überwiegend nach den außenpolitischen Notwendigkeiten erfahren. Die Nankinger Machthaber glauben, daß China nur zur Macht und Freiheit gelangen könne, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau gelingt. Das aber erfordert nach ihrer Meinung internationale Kredite, Kapitalzuström aus dem Ausland, aus den Schlupfwinkeln der Fluchtkapitalien, aus den Zentren der chinesischen Emigration. Also erhält alles Regieren einen ganz und gar kapitalfreundlichen Anstrich. Streiks werden verboten, die Klassenkampftheorie wird offiziell verbannt, die neue Staatsbank der Kontrolle eines Rats aus "angesehenen" Bank- und Handelsherren unterstellt, Henry Ford zum Berater ernannt und so fort. Daß die inneren Spannungen in den Parteien wie im Land dadurch sich verschärfen, ist klar. Bisher hat man alle Unruhen überwunden, aber neue sind kaum zu vermeiden. Auch dem andern Unruheherd; den Generalen und ihrer Soldateska, ist man auf der innerchinesischen Abrüstungskonferenz im Januar ernstlich zu Leibe gerückt. Praktisch ist freilich bis jetzt mit alledem noch wenig geschehen.

China hat sein Spiel immer durch Geduld gewonnen. Es dürfte sich mit dieser Waffe auch diesmal durch die Gefahren einer allerdings durchaus kritischen Situation hindurchfinden.

Totenliste

In der 1. Hälfte des Januar starb in Hamburg, nach seiner Rückkehr aus Argentinien, der Auslandsdeutsche *Bernardo Breuler*, in seinem 60. Lebensjahr. Breuler war in Duisburg am Rhein geboren, hatte ein abenteuerliches Leben in aller Herren Länder geführt und sich schließlich in Buenos Aires niedergelassen, wo er eine angesehene Firma gründete und eine bedeutende Rolle spielte. Sein Argentinienbuch *Im Lande des Silberstroms* verdient besondere Beachtung; es ist als ein Führer für Ausländer gedacht und schildert ohne Schönfärberei die Verhältnisse des Landes und die dort vorhandenen Siedlungsmöglichkeiten.

Kurze Chronik Die belgische Kammer hat das Gesetz über die Amnestie der *aktivistischen*

Flamentführer angenommen. Zugleich wurde August Borms noch aus dem Gefängnis heraus in Antwerpen mit knapper Mehrheit zum Abgeordneten gewählt. ◊ Das *südslawische Volksschulgesetz*, das den Minderheiten, die den Ausländern und "anationalen Elementen" gleichgesetzt wurden, die Möglichkeiten zu einer Erziehung des Nachwuchses in der angestammten Sprache und Kultur nehmen wollte, ist auf den energischen Einspruch des Führers der slowenischen Minderheit in Italien zurückgestellt worden und soll entsprechend den Anträgen der deutschen Minderheit umgearbeitet werden: ein wertvolles Symptom der wachsenden Solidarität der europäischen Minderheiten. ◊ Das *Irakkabinett* ist wieder einmal zurückgetreten, weil es keine Möglichkeit sah die Zustimmung der nationalen Gruppen zu seinem Vertragswerk mit England zu erhalten. Es handelt sich diesmal um 2 Zusatzabkommen zu dem (übrigens vom Parlament auch noch nicht genehmigten) Staatsvertrag, durch die die Wehrfrage (England fordert Bezahlung seiner Militärausgaben und Kontrolle der Kommandostellen der Irakarmee) und die Übertragung der von England erbauten Eisenbahnen und Hafenanlagen an den Irak geregelt werden sollen. ◊ Die *William-Harmon-Preise*, die für hervorragende Leistungen von *Negern* auf geistigem Gebiet ausgesetzt sind, wurden für das Jahr 1929 in New York wie folgt verteilt: Claude McGay, der Autor des erfolgreichen Romans *Home to Harlem*, der sich zurzeit studienhalber in Marokko aufhält, erhielt den 1., Nella Larsen-Imes für das Werk *Quicksands* den 2. Preis für Literatur. Der 1. Preis für religiöse Verdienste wurde dem Sekretär des Verbands Christlicher Junger Männer Tobias verliehen. Der von ungenannter Seite für das beste von einem Neger ausgeführte Bild gestiftete jährliche Preis von 250 Dollars wurde Gray Johnson zugesprochen.

Literatur

Die armenischen Flüchtlinge in Europa fordern seit langem vom Völkerbund Hilfe für ihre Ansiedlung in der Restrepublik Armenien. Der Völkerbund sandte ein Komitee unter seinem Oberkommissar *Fridtjof Nansen* zur Untersuchung und Ausarbeitung von Plänen dorthin. Diese Reise vor allem, die ihn zugleich durch Georgien führte, schil-

dert Nansen in tagebuchartiger Breite und Unmittelbarkeit in seinem Buch *Betrogenes Volk* /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Eindringlich arbeitet er dabei Natur, Klima, Wirtschaftsbedingungen und Wirtschaftsleben dieser eigenartigen Länder heraus, schildert auch Volkstum, Sitten und Kultur und zeigt die Entwicklungsmöglichkeiten auf. Die mutigen Ansätze zu wirtschaftlich-kulturellem Auf- und Neubau, zur Selbstmachung der 400 000 Flüchtlinge in dem Einmillionenvolk, wie sie die armenische Regierung versucht, die großzügige Arbeit des Near East Relief für 11 000 armenische Waisenkinder werden geschildert und gewürdigt und dann der Plan vermittelt einer Anleihe von 20 Millionen Mark durch Be- und Entwässerungsanlagen auch für die europäischen Flüchtlinge Raum zu schaffen in seinem Werden vorgetragen. Den Beschluß des Buchs bildet ein Abriss der armenischen Geschichte, jener grausam grausigen Tragik eines immer wieder betroffenen Volks, die auch ohne die von leidenschaftlichem Schmerz bewegte Sprache Nansens eine einzige böse Anklage gegen die europäischen Völker und Staatsmänner ist.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Juda Leman

Mikroprozesse Über den Versuch Erwin Schrödingers, Werner Heisenbergs und anderer die Quantenschwierigkeiten durch Aufstellung einer Wellen- respektive Quantenmechanik zu beseitigen ist in dieser Rundschau (1927 I Seite 59, 306 und folgende) schon berichtet worden. Ferner sind in dieser Rundschau (1928 II Seite 706 und folgende) die grundlegenden Versuche C. J. Davissons und L. H. Germers kurz besprochen worden, die für die Realität der Schrödingerschen Wellenpakete Zeugnis ablegen. Seit dem Erscheinen der Arbeiten Heisenbergs und Schrödingers konzentriert sich begreiflicher Weise das Interesse der Physiker auf die Frage, ob es sich bei diesen Arbeiten, die den Ablauf der Mikroprozesse auf eine so elegante und genaue Weise beschreiben, nur um einen sehr glücklich gefundenen Formalismus handelt, oder ob diese Theorien uns ganz neue, tiefere Erkenntnisse über das Wesen der physikalischen Prozesse aufdecken. Es wurde hier schon hervorgehoben, daß von vornherein etwas sehr Merkwürdiges auffallen mußte: daß nämlich die Theorien

Heisenbergs sowohl wie Schrödingers zu den selben Resultaten führten, obwohl sie scheinbar doch von prinzipiell grundverschiedenen Voraussetzungen ausgingen; konnte man doch die Heisenbergsche Arbeit als eine reine Diskontinuumstheorie auffassen, während die Schrödingersche undulatorische Mechanik das physikalische Geschehen als kontinuierliches zu beschreiben schien. Es war Schrödinger selbst, der zu zeigen vermochte, daß eine rein formale Identität zwischen den beiden Theorien besteht, und der Kampf der Schulen ging nunmehr um die Interpretation. Durch neue Arbeiten Schrödingers, Heisenbergs, Borns, Jordans und anderer ist jetzt eine bestimmte Klarheit geschaffen worden. Es zeigt sich deutlicher, daß es unmöglich ist eine Theorie aufzustellen, die die physikalischen Abläufe, wie wir sie besonders bei den Mikroprozessen, bei Wechselwirkung zwischen Strahlung und Materie wahrnehmen, entweder kontinuierlich oder diskontinuierlich deutet, sondern daß es nur eine Theorie geben kann, die je nach der Fragestellung eine richtige Antwort zu liefern vermag, und diese Theorie muß eben je nach der Fragestellung von den entgegengesetzten Voraussetzungen ausgehen. Eine solche Theorie muß allerdings auf eins der wichtigsten Prinzipien der klassischen Forschung verzichten: auf den Determinismus.

Das Dilemma heißt doch: Korpuskeln oder Wellen? Und diese Frage drängte sich seit den grundlegenden Arbeiten Albert Einsteins über die photochemischen Prozesse immer unangenehmer auf. Doch zeigten die neuen Experimente, besonders die Davissons und Germers, daß auch für die Materienteilchen diese Frage besteht, denn sie konnten auch bei den Elektronen Interferenz- und Beugungerscheinungen nachweisen. Man fand also, daß verschiedene Experimente widersprechende Ergebnisse zeitigen, denn die allgemein bekannten Versuche, die sowohl bei den Elektronen wie bei den Lichtquanten eindeutig auf ihre korpuskulare Natur hinweisen, bestehen doch nach wie vor. Der einzige rettende Gedanke schien noch der der Wellenpakete, die auf kleinsten Räumen zusammengeballt sind und sich wie Korpuskeln verhalten. Aber auch dieser Gedanke mußte aufgegeben werden, da man experimentell zeigen konnte, daß ein solches Wellenpaket nicht eine längere Zeit zusammenhalten kann sondern auseinandergehen muß. Der Widerspruch scheint unlösbar. Weder ist es möglich sich für

eine Vorstellung zu entscheiden, noch können beide Vorstellungen in unserer Anschauung neben einander bestehen. Die Frage wäre nun: Ist es möglich eine logisch einwandfreie Theorie zu schaffen, die den Tatsachen gerecht wird? Diese müßte dann natürlicherweise auf das Anschauliche verzichten. Eine solche Theorie scheint nun in der Tat von den genannten Forschern aufgestellt zu sein. In dieser Rundschau (1927 I Seite 60) wurde berichtet, daß an der Spitze der Schrödingerschen Theorie eine partielle Differentialgleichung einer Funktion ψ steht, und daß man an diese Funktion nur die Forderung zu stellen braucht, daß sie im ganzen Konfigurationsraum eindeutig, endlich und stetig sein soll, daß dann die Eigenwerte dieser Differentialgleichung die Quantenvorschriften ergeben. Die radikale undulatorische Mechanik nahm nun an, daß ein aus der ψ -Amplitude gebildetes Wellenpaket eben ein elektrisches Korpuskel darstellt. Wie hervorgehoben, mußte aber diese Deutung aufgegeben werden. Die Wellenpakete können schon deshalb nicht sich wie Korpuskeln bemerkbar machen, weil sie mit der Zeit auseinandergehen müssen. In diesem Sinn muß man die Schrödingersche Funktion ψ rein statistisch deuten, die Wellenpakete als "Wahrscheinlichkeitspakete" verstehen. Das heißt folgendes: Man kann experimentell nach dem Ort eines Elektrons fragen, die Funktion ψ , die eine Funktion der Koordinaten x, y, z ist, sagt aus, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, daß das Elektron sich an der Stelle x, y, z befindet. Das Wahrscheinlichkeitspaket, das eben einen sehr kleinen Raum einnimmt, besagt nun, daß man bei 2 aufeinanderfolgenden Versuchen das Elektron aufzufinden dieses an 2 Stellen finden wird, deren Entfernung nicht größer ist als die Größe des Wahrscheinlichkeitspakets. Fragt man aber genau nach dem Ort eines Elektrons, so muß man ein Stück des Wellenpakets ausschneiden. Dadurch wird aber der rein periodische Vorgang zerstört, und man kann nicht mehr nach der bekannten $h\nu$ -Relation die Energie des Teilchens, die sich sonst eben durch die Schwingungszahl bestimmt, feststellen.

Allgemein: Man kann entweder nach der Energie des Teilchens fragen, dann muß man auf seine Ortsbestimmung verzichten und die Antwort darauf beschränken, daß das Teilchen sich im Bereich einer solchen Wahrscheinlichkeitswelle befindet. Oder aber, man will die ge-

naue Ortsbestimmung haben, dann kann man eben die Schwingungszahl und damit die Energie des Vorgangs nicht bestimmen. Die rein kausale Verknüpfung wäre aber nur durchführbar, wenn uns alle Größen, sowohl die Energie wie der Ort des Teilchens, bekannt wären. Das ist aber prinzipiell nicht möglich, und so müssen wir auf den Determinismus verzichten. So zeigt die neue Theorie zwar die Möglichkeit einer Überbrückung des Dualismus zwischen Korpuskular- und Wellenvorstellung, aber nur unter Verzicht auf eins der wichtigsten Prinzipien der klassischen Forschung, den Determinismus, wobei man, die Gedanken weiter verfolgend, sogar zeigen kann, daß entweder die Quantenmechanik falsch, oder eine kausale Verknüpfung prinzipiell unmöglich, nicht nur undurchführbar ist.

Höhenstrahlung Eine sehr elegante Methode, wie man die Richtung von γ -Strahlen bestimmen könnte, hat **Werner Kolhörster** gezeigt. Es ist zu hoffen, daß die Methode bei der Anwendung auf Höhenstrahlung, die bekanntlich nichts anderes als eine sehr harte γ -Strahlung ist (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 782), die theoretisch sehr wichtige Frage nach der Richtung dieser Strahlen beantworten wird. Kolhörster geht von folgender Beobachtung aus: Wenn man in einem γ -Strahlen-Feld 2 Geigersche Elektronenzähler hinter einander aufstellt, so zeigen sie neben den zeitlich verschiedenen Stromstößen auch solche, die gleichzeitig in beiden Zählern auftreten. Die Koinzidenzen sind am einfachsten so zu deuten, daß ein und das selbe Sekundärelektron beide Zähler durchsetzt. Die Richtung der Achse des Zählerpaars bestimmt also die Richtung des Elektrons. Kennt man aber die Richtung des Sekundärelektrons, so kennt man bei der Höhenstrahlung auch die Richtung des primären Strahls, da bei dieser harten Strahlung beide Richtungen fast zusammenfallen.

Kurze Chronik Mehr und mehr nimmt man an, daß die Farben vieler Mineralien, besonders mancher Halbedelsteine, auf der Einwirkung der *Ausstrahlungen radioaktiver Stoffe* beruhen. Karl Przibram gelang es schon vor 2 Jahren pulverisiertes und dann wieder unter hohem Druck komprimiertes Steinsalz durch Bestrahlung mit Radium violett zu färben. Jetzt ist das gleiche Verfahren der Pulverisation und Kompression unter hohen Drucken mit dem

gleichen Erfolg bei Flußspat angewandt worden. Hier trat die Umfärbung ohne Bestrahlung von außen ein, da dieses Mineral selbst kleinste Mengen radioaktiver Stoffe enthält. \diamond Einen neuen kleinen Planeten mit auffällig exzentrischer Bahn entdeckte am 26. August 1928 K. Nakamura in Kioto /Japan/. Die Gesamtzahl der bisher nummerierten kleinen Planeten betrug Ende des Jahres 1928 1083. \diamond Am 19. November wurde auf der Sternwarte in Kodaikanal eine *Eruption auf der Sonne* von bisher noch nie gesehener Größe und Dauer photographisch entdeckt und fortlaufend beobachtet. \diamond Als Nachfolger Otto Knopfs wurde *Heinrich Vogt* aus Heidelberg Professor der Astronomie an der Universität Jena. \diamond An der Universität Berlin *habilitierten* sich für Physik Ludwig Ebert, dessen Arbeiten die Molekülsymmetrien behandeln, und Ferdinand Trendelenburg, der sich bis jetzt besonders dem Gebiet der Akustik gewidmet hat; ferner Ernst Bergmann für Chemie und Kurt Wohl für Physikalische Chemie. \diamond Der 50. Geburtstag *Albert Einsteins* am 14. März 1929 wurde überall in der Welt gefeiert: ein Zeichen, daß die universelle Bedeutung dieses Wissenschaftlers ein Bestandteil des öffentlichen Bewußtseins geworden ist. Die Vertretungen der Wissenschaft aller Länder ehrten ihn in besonderen Kundgebungen; die Universität Paris verlieh ihm die Würde eines Ehrendoktors.

Literatur

Die 2. Hälfte des 5. Bandes des *Müller-Pouillet*, des altbekannten Lehrbuchs der Physik, das jetzt in 11. Auflage erschien /Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/, behandelt die Physik des Kosmos einschließlich der Relativitätstheorie. Der Band, der als ganz vorzügliches Lehrbuch der Astronomie und Astrophysik gelten darf, ist von August Kopff herausgegeben worden. Er enthält die folgenden Arbeiten: P. ten Bruggencate und Hans Kienle Astronomische und physikalische Begriffe, Josef Hopmann Die astronomischen Instrumente und Beobachtungsmethoden, Bruggencate und Kienle Der Stern als strahlender Gasball, Robert Emden Die Sonne, Kasimir Graff Die Weltkörper des Sonnensystems, Carl Wilhelm Wirtz Der einzelne Stern, Johann Hellerich Doppelsterne und veränderliche, E. von der Pahlen Sternhaufen und Nebel, August Kopff Das Sternsystem, Hans Kienle Probleme der Kosmogonie, schließlich August Kopff Relativitätstheorie.

Psychologie / Rudolf Arnheim

Tierpsychologie Wer die Praxis der psychologischen Forschungsarbeit nicht kennt, kann sich nur selten ein Bild von den Arbeitsmethoden dort machen, sich schwer vorstellen, wie es möglich ist einem so wenig faßbaren Phänomen wie der Seele meßbare und experimentell erfassbare Äußerungen abzugewinnen. Daher soll an Einzelbeispielen die Praxis der experimentellen Psychologie beleuchtet werden. In einer Arbeit über den Farbensinn der Tagfalter, die im 8. Band der Zeitschrift für Vergleichende Physiologie erschien, stellt sich *Dora Ilse* die Aufgabe ein Teilproblem der Tierpsychologie, nämlich die Frage nach den Sinnesempfindungen der Insekten, zu behandeln. Schon die sehr spezielle Fassung des Themas zeigt, wie sehr sich die Psychologie heute der Arbeitsweise der übrigen Naturwissenschaften angepaßt hat. Den Ausgangspunkt bildet eine zufällige Beobachtung in der Natur, wo eine größere Anzahl von Tagschmetterlingen einer bestimmten Sorte über einer blütenbedeckten Wiese spielte und sich dabei deutlich auf den Besuch von Blüten mit bestimmter Färbung beschränkte; die Tiere besuchten blaue, violette, purpurne Blumen verschiedenster Art, die weißen und gelben Blüten dagegen, die wieder von anderen Faltern bevorzugt wurden, blieben von dieser einen Sorte ganz unbeachtet. Es wurde nun an Ort und Stelle ein vorläufiges Experiment gemacht: Papierblüten verschiedenster Färbung wurden auf der Wiese ausgelegt, die fragliche Falterart flog auch diese Blüten an, und zwar blieben weiße und graue Papierblüten ganz unbeachtet, bevorzugt wurden orangene und violette Töne. Mit diesem Experiment ist nun schon mehreres bewiesen. Zunächst, daß die Schmetterlinge sicher nicht allein auf den Anreiz eines spezifischen Blütenduftes die Blüten anfliegen, denn bei den papierernen fehlte dieser Duft, ferner, daß auch hier gewisse Farben gemieden, gewisse bevorzugt wurden, weiter, daß die farbige Papierblüte genügte, um eine "Nahrungsreaktion" (Betasten der Blüte mit entrolltem Rüssel) auszulösen. Um nun die experimentellen Bedingungen besser in die Hand zu bekommen, um die identischen Schmetterlingsexemplare in mehreren Versuchen und von der Puppe an beobachten zu können, wurde das Versuchsfeld ins Laboratorium verlegt, wo Falter verschiedener Sorte vom Auschlüpfen bis zum Tod, also einige Wo-

chen hindurch, geprüft wurden. Papierblüten oder quadratisch geschnittene Papierblättchen verschiedener Färbung gaben die Prüfobjekte ab. Sie wurden auf einer quadratischen Platte exponiert, die, um etwaige Geruchseinwirkungen der Papiere zu prüfen, in Kontrollversuchen mit einer Glasplatte bedeckt wurde. Methodisch unterschieden wurde zwischen Spontanversuchen, in denen die Tiere ohne jede "Vorbildung" geprüft, und Dressurversuchen, bei denen sie durch Nahrungsflüssigkeit auf eine bestimmte Farbe dressiert wurden. Was die spontane, undressierte Farbreaktion angeht, so konnte diese, ein erstes Ergebnis, nicht bei allen untersuchten Falterarten festgestellt werden. Bei den übrigen wurde zunächst nachgewiesen, ob bestimmte Farben gegenüber Grau bevorzugt wurden: zwischen 18 grauen Blüten wurden 2 farbige, zum Beispiel blaue, dargeboten, und es wurde nun gezählt, wieviel Besuche auf die 2 blauen, wieviel auf die 18 grauen kamen. Es ergab sich, daß zumeist die bunte Farbe stark bevorzugt wurde, mit Ausnahme der Töne um Grün herum. Zwischen 70 und 100% aller Besuche galten durchschnittlich den bunten Blüten, obwohl sie zahlenmäßig nur so viel seltener vorhanden waren als die grauen. Nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung hätte etwa $\frac{1}{10}$ der Besuche auf die bunten Blüten fallen müssen; daß dieser Satz aber so weit überschritten wurde, beweist, daß eine bestimmte Reaktion auf die bunte Farbe vorlag. Der nächste Schritt der Versuchsreihe bestand nun darin die Reaktionen auf verschiedene Farben bei gleichzeitiger Exposition zu vergleichen. Es wurden also zwischen den Graublüten nicht mehr nur Blüten einer einzigen Farbe sondern ganz verschiedene dargeboten. Es ergaben sich so für jede Falterart bestimmte "Bevorzugungskurven", in denen zum Ausdruck kommt, welche Farben besonders bevorzugt werden, welche weniger, und es zeigte sich, daß diese für die identische Faltersorte ziemlich konstant bleiben, ganz gleich, ob man die untersuchten Tiere aus verschiedenen Gegenden bezog, oder ob sie aus verschiedenen Jahreszeiten stammten. Die Faltersorten unter einander jedoch zeigten deutliche Abweichungen: Während die eine Hauptgruppe eine Bevorzugung von Gelb und Blau zeigte, ergab sich bei der andern eine Vorliebe für Purpurrot. Die alte Streitfrage, ob bei den blütenbesuchenden Insekten Vorliebe für bestimmte Farben besteht, ist damit für bestimmte Tagfalter in positivem Sinn entschieden. Und

zwar werden die Lieblingsfarben der betreffenden Art auch schon von den frisch ausgeschlüpften Tieren spontan gewählt, wie an selbstgezüchteten Exemplaren gezeigt werden konnte. Gemeinsam den verschiedenen Falterarten war die Anästhesie gegenüber grünen Tönen. Diese Erscheinung erklärt sich zwanglos daraus, daß in der Natur die grüne Farbe die der Umgebung zu sein pflegt und für die Nahrungssuche der Falter sozusagen "nicht rechnet".

Dressurversuche wurden in der Form ausgeführt, daß die Papierblüten mit Glasröhrchen versehen wurden, die mit Nahrungsflüssigkeit gefüllt werden konnten. Es wurden nun bei gleichzeitiger Exposition verschieden gefärbter Blüten die Röhrchen einer bestimmt gefärbten Blütensorte gefüllt, die Schmetterlinge also auf diese Farbe dressiert. Nach längerer Dressur wurden dann wieder Blüten ohne Nahrung dargeboten, und so konnte die Wirkung der Dressur geprüft werden. Nur bei einer bestimmten Faltergruppe, den Fuchsarten, gelang solche Dressur. Aber auch nicht bis zu dem Grad, daß eine Farbe, die von Natur sehr bevorzugt wurde, nun zugunsten einer andern ganz unterdrückt werden konnte. Die so gebildeten Dressurassoziationen hielten bis zu 24 Stunden vor.

Experimentelle Psychopathologie Bezog sich bei den eben geschilderten Versuchen mit Insekten die Forschung auf

relativ primitive psychische Prozesse, nämlich auf die einfachen Sinneswahrnehmungen, so soll nun an einem Beispiel gezeigt werden, daß auch ein so kompliziertes Phänomen wie eine Geisteskrankheit experimenteller Erforschung nicht unzugänglich ist. Möglich wird die Untersuchung dadurch, daß, wie sich herausstellt, die Geisteskrankheit, die ja in die höchsten psychischen Schichten hineinreicht, auch schon die einfachsten Äußerungen der Sinnesfunktionen charakteristisch beeinflußt. Es sei hier eine Arbeit von *L. van der Helst* herausgegriffen, Experimentellpsychologische Untersuchungen zu Kretschmers Körperbau und Charakter betitelt; sie erschien im 93. Band der Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie.

Bekanntlich hat der Marburger Forscher Ernst Kretschmer Korrelationen zwischen bestimmten Geisteskrankheiten und bestimmten Körperbautypen konstatiert. Van der Helst prüfte diese Ergebnisse zunächst an seinen holländischen Patienten nach. Es ergibt sich, daß von 147 Patienten sich 117 unter die beiden wich-

tigsten Körperbautypen Kretschmers: den leptosomen und den pyknischen, einreihen lassen; die Körperbauformen der übrigen 30 ist unausgeprägt. Von 54 leptosomen Patienten gehören, ihrer Geisteskrankheit nach, 45 zur Dementia praecox, 9 zur manisch-depressiven Psychose; während umgekehrt von den 63 Pyknikern 61 manisch-depressiv und nur 2 schizophran sind: eine Bestätigung der Kretschmerschen Korrelationsregel.

Was die psychologischen Experimente anlangt, so versuchte van der Helst zum Beispiel das "psychische Tempo" der zirkulären und der schizophranen Kranken mit einander zu vergleichen, ausgehend von der Erfahrungstatsache, daß die zirkulären Melancholiker langsam in ihrem Tun und Lassen, träge in Bewegungen und im Denken sind, und daß ihr Schwellenwert für Eindrücke von außenher unnormal hoch ist. Die Versuchspersonen wurden aufgefordert mit dem Zeigefinger auf ein Kupferblättchen zu klopfen, das an einen Registrierapparat angeschlossen war. Die Ergebnisse für die zirkulären Kranken und ebenso die für die Dementia-praecox-Kranken stimmten gut unter einander überein: die einen klopften durchschnittlich 9 mal in 10 Sekunden, die anderen 17 mal. Das trägere Tempo der Zirkulären ließ sich also schon bei einer so primitiven motorischen Prüfung exakt erweisen. Van der Helst prüfte dies Ergebnis an gesunden Männern nach und fand, daß bei gesunden Leptosomen das Durchschnittstempo 27 betrug, bei Pyknikern 12. Also auch hier zeigten die Pykniker, zu denen ja die zirkulär Geisteskranken nach Kretschmer gehören, das trägere Tempo.

Weiter wurden die Reaktionszeiten geprüft, das heißt die Schnelligkeit, mit der der Mensch auf einen bestimmten Reiz reagiert. Die Versuchsperson hatte durch einen Druck auf einen elektrischen Taster auf das Aufflammen einer Glühbirne zu reagieren. Eingeschaltet wurden Versuche "mit Ablenkung", wobei noch andere Lampen gleichzeitig aufflamnten, die die Reaktion komplizierten. Es ergab sich nun, daß sowohl die kranken Zirkulären wie auch die ihnen entsprechenden gesunden Pykniker bei den "einfachen" Versuchen schneller reagierten als die Schizophrenen respektive die gesunden Astheniker, während sie bei den Versuchen "mit Ablenkung" langsamer waren. Van der Helst erklärt das so, daß der Schizophrene sich gegenüber einer solchen Aufgabe etwas möglichst schnell auszuführen seiner ganzen Charakterart nach »sperre« (und auch beim

gesunden Leptosomen sei eine solche Widerspenstigkeit des Charakters typisch), während der Zirkuläre, und allgemein der Pykniker, eher eine »Hemmung« habe, die in seiner motorischen Trägheit liege. Und während sich die Hemmung des Pyknikers natürlicherweise vermehre, je schwerer die Aufgabe werde, sei die Sperrung des Leptosomen eine relativ konstante Größe, die bei Erschwerung der Aufgabe nicht entsprechend zunehme. Man sieht also, wie van der Helst an einer so primitiven Versuchsanordnung schon sehr charakteristische Erscheinungen für die Mechanismen der beiden Krankheits-respektive Charaktertypen aufweisen kann.

Noch ein paar schlagende Experimente seien aus der umfangreichen Arbeit herausgegriffen. Der Melancholiker hält, seinem trägern Temperament nach, Vorstellungen zäher fest, kann besonders schwer vergessen; eine auffallende Parallele dazu fand van der Helst darin, daß bei diesen Kranken und bei Gesunden von entsprechendem Körperbau ein Lichtblitz im dunkeln Zimmer sehr viel länger nachwirkt als normal ist. Und wenn auf einer rotierenden Scheibe Sektoren verschiedener Färbung durch schnelle Drehung zur Mischung gebracht wurden, so war bei den Zirkulären die Mischung schon bei einer sehr viel geringern Umdrehungszahl erreicht als bei den Dementia - praecox - Kranken; das heißt, die Trägheit der optischen Empfindung, die ja die Ursache dafür ist, daß schnell hinter einander auftretende optische Reize zu einer einheitlichen Mischung zusammenfließen, war bei den Zirkulären größer als bei den Schizophrenen.

Es ist sehr bemerkenswert, daß die psychischen Unterschiede, die der Psychiater in den höheren psychischen Schichten konstatiert, sich durch das Experiment auch schon bei den primitivsten, dem Bewußtsein noch gar nicht unterworfenen sensuellen und motorischen Funktionen exakt nachweisen lassen: ein eindrucksvoller Beweis für die einheitliche Struktur der menschlichen Seele und für den qualitativen Zusammenhang der höchsten und der niedrigsten psychischen Funktionen.

Sexualnot Ein Gebiet, das dem Forscher gleicherweise wie dem Sozialpolitiker am Herzen liegen muß, ist die Sexualnot der Gefangenen. Der abnorme Abschluß vom Verkehr mit Menschen führt zu einer psychischen Marter, die einerseits auf den Mangel an einer rein physischen ge-

schlechtlichen Befriedigung zurückzuführen ist, andererseits durch Unterbindung der Geselligkeit zu schweren psychogenen Störungen führen muß. Material zu diesem Thema gab es bisher nur wenig: Wer diese Scheußlichkeiten durchlebt hat, wagt kaum je darüber zu sprechen, und gar öffentlich. Diese Lücke kann nun ein Buch füllen, das jetzt im Moperverlag in Berlin erscheint. Der Führer der bekannten "Plättnerbande", Karl Plättner, der wegen politischer Vergehen jahrelang im Zuchthaus gesessen hat, berichtet darin über sein und seiner Kameraden Erleben mit rücksichtsloser Offenheit. In der Einleitung weist er darauf hin, daß eine Geschlechtsnot der Gefangenen mehrfach offiziell abgestritten worden ist, so etwa von dem frühern sächsischen Ministerialdirektor Wulffen. Es wurde behauptet, wesentliche körperliche oder seelische Schädigungen durch die Haft ließen sich nicht nachweisen, oder etwa, zur Selbstbefriedigung greife nur, wer sie schon vor der Haft betrieben habe. Demgegenüber schildert nun Plättner an der Hand von wörtlichen Berichten, wie selbst Menschen, die vor ihrer Haftzeit geschlechtlich wenig erregbar gewesen waren, in Drangzustände gerieten, die zu völliger Arbeitsunfähigkeit, Überreizung und Verzweiflung und mit Notwendigkeit zur Selbstbefriedigung führten. Plättner beweist am eigenen Beispiel, wie sehr die Geschlechtssituation vom Zustand der gesamten Persönlichkeit abhängt. Während einer 15monatigen Haft, die er voller Optimismus, voller geistiger und körperlicher Spannkraft angetreten habe, sei ihm die geschlechtliche Abstinenz nicht schwer gefallen. Die Sexualnot steht in enger Beziehung zu der Verrottung der ganzen Persönlichkeit, zu der die Haft Menschen von nicht übernormaler Standhaftigkeit leicht führt. Die Art der Ernährung, die Möglichkeiten zu ablenkender Arbeit oder zu Studien kommen als wichtige Faktoren hinzu. Die sich aufstauende Spannung findet oft einen Ausgleich in der Produktion erotischer Gedichte, von denen Plättner charakteristische Proben gibt. Ähnlich wirkte der Briefwechsel mit der Ehefrau, der aber bei ihm sehr bald die charakteristischen Reaktionen auf Gemeinschaftsstörung zeigte, in Gestalt von Ungehörigkeiten, Ungerechtigkeiten, Schrof-, Grob- und Schiefheiten gegenüber der Frau; ein Zustand, in dem sich der Schreiber als eine »fürchterliche Karikatur« seiner selbst fühlte. Plättners erschütternden Schilderungen gegenüber wirkt es wie Hohn, wenn er zwischendurch aus Büchern

wie dem von Maag über Geschlechtsleben und seelische Störungen zitiert; in diesem Buch wird etwa gesagt, die Stauung des Geschlechtstriebes könne an sich während der Haft leicht ausgeglichen werden: durch vermehrtes Arbeitsinteresse, durch andere Haftaffekte wie die Sorge um die abwesenden Lieben usw., die Versuchung liege vielmehr in der Möglichkeit den verstärkten Trieb »auf verbotene Art zu befriedigen«. Die ungenügende körperliche und seelische Ausarbeitung den Tag über führt zur Schlaflosigkeit, und diese wieder bringt leicht eine übernormale Konzentrierung auf das Sexuelle mit sich. Die sexuelle Entspannung wird hier geradezu als Schlafmittel benutzt. Dabei ersetzt die Selbstbefriedigung, nach Plättners Beobachtungen, keineswegs die normale Geschlechtsfunktion; es kommt dabei vielmehr zu einem Verbrauch an Nervenkraft, der den Allgemeinzustand des Menschen sehr schädigt. (Wobei immer berücksichtigt werden muß, daß es sich hier eben um Gefangene handelt.) Die Kompensierung des Geschlechtstriebes durch entsprechende Diät, durch reichliche körperliche Bewegung usw. schlägt Plättner gering an, teils weil es sich um unwirksame Mittel handelt, teils weil der Gefängnisbetrieb ihre Anwendung verbietet. In Zuständen der Verzweiflung kommt es oft dazu, daß Gefangene versuchen sich durch sexuelle Überbeanspruchung aller Kräfte zu berauben, in der Meinung, sie könnten so ihren Tod herbeiführen. »Das Überwuchern des ganzen Denkens mit sexuellen Vorstellungen zieht jeden in den Bann.« Plättner beschreibt die mannigfachen Äußerungsformen dieser Spannungszustände: die Hypertrophie sexueller Motive in bildlichen Darstellungen, Zeichnungen und Tätowierungen, die Vorliebe für obszöne Ausdrucksweise selbst bei Menschen, denen dies in ihrem Vorleben fremd war. Außerordentlich stark ist das Bestreben der Gefangenen sich den Anblick von Frauen zu verschaffen. Viele simulieren Krankheiten oder verwunden sich selbst, um in Krankenhäuser überführt zu werden, wo sie Frauen zu sehen bekommen. Auch Bureauarbeit und ähnliches ist aus diesem Grund sehr beliebt. Soweit es möglich ist durch die Fenster Frauen zu beobachten, wird dies ausgenutzt. Was erotische Literatur und erotische Bild Darstellungen angeht, so ist Plättner der Meinung, daß diese nicht etwa wegen ihrer aufreizenden Wirkung den Gefangenen vorenthalten werden sollten, sondern daß sich damit Entlastungen der Phantasie erzielen ließen.

Es ist hier nicht möglich über Plättners Buch in seiner Gesamtheit zu referieren. Es gibt schonungslosen Einblick in eine Hölle, klipp und klar Material gegen Wissenschaftler, die das geschlechtliche Elend der Gefangenen im Interesse des heute herrschenden Strafvollzugs wegzudisputieren suchen. Darüber hinaus bietet es eine unschätzbare Quelle für den Sexualpsychologen, der hier in stärkster Ausprägung findet, was sich normalerweise in viel schwächeren, der wissenschaftlichen Erforschung weniger direkt zugänglichen Formen bietet.

Wertheimer Zu Beginn des nächsten Semesters tritt Max Wertheimer, der bisher außerordentlicher Professor in Berlin war, eine ordentliche Professur für Psychologie in Frankfurt an. Er ist ein Schüler Christian von Ehrenfels', der die Diskussion über das sogenannte Gestaltproblem eröffnet hat. Daraus entstand dann die Gestalttheorie, als deren Hauptvertreter neben Wertheimer der Berliner Ordinarius Wolfgang Köhler bekannt ist. Schon in seiner ersten größeren Arbeit über das Sehen von Bewegung, mit der er sich in Frankfurt habilitierte, untersuchte Wertheimer eine gestalttheoretische Fragestellung, und zwar auf sinnespsychologischem Gebiet: Bietet man in einem dunklen Zimmer kurz hinter einander 2 Lichtreize an verschiedenen Raumstellen, so ergibt sich unter bestimmten Bedingungen nicht eine Zweiheit von Reizen sondern eine einheitliche Bewegung von links nach rechts, eine Ganzheit, die von den stückhaften physikalischen Reizen qualitativ verschieden ist. Wertheimer hat nur eine kleine Anzahl kurzer Arbeiten publiziert, die jedoch von grundlegender Bedeutung sind; so die Arbeit über die Zahlenbegriffe der Naturvölker, in der dargetan wird, daß die Primitiven nicht mit summativen Zahlenbegriffen sondern mit Ganzheiten operieren, und die Arbeit über Schlußprozesse im produktiven Denken, die zeigt, daß das produktive Denken nicht mit der von der traditionellen Logik hypostasierten Merkmalsaddition und -subtraktion sondern bei der Begriffsbildung und beim Schließen mit Ganzheiten arbeitet. Wertheimer hat für die einfache gestalttheoretische Grundthese: daß das Ganze mehr sei als die Summe seiner Teile, auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft, nicht nur der Psychologie, die überraschendsten und methodisch elegantesten Belege geliefert. Ein impulsives, dem Systematischen und Formalen abholdes

Temperament läßt ihn sein Bestes in der freien Rede des Kollegs bieten, während er zu einer umfassenden schriftlichen Niederlegung seiner theoretischen Vorstellungen noch nicht die Muße finden konnte. Die Berliner Universität verliert und die Frankfurter gewinnt einen ungewöhnlich lebendigen, anregenden Dozenten, der es versteht den Studenten in persönlicher Anteilnahme zu fördern.

Totenliste Am 12. Februar erlag in München der Parapsychologe *Albert von Schrenck-*

Notzing in seinem 66. Lebensjahr einem Herzschlag. Der Kampf um den Okkultismus ist mit seinem Namen verknüpft. In systematischen Untersuchungen versuchte er die Existenz von Geistern zu demonstrieren, Versuche, die nicht ohne Angriffe geblieben sind. In der Tat fanden sie zumeist unter Bedingungen statt, die keine im wissenschaftlichen Sinn exakte Konstatierung der Phänomene ermöglichten; dunkle Räume, starke Ermüdung der Teilnehmer durch Warten und lärmende Musik wirkten als störende Bedingungen. Durch diese Experimente, die mit den berühmtesten Medien unserer Zeit angestellt wurden, ist die Existenz von "Geistern" weder bewiesen noch widerlegt. Es ist das unbestreitbare Verdienst Schrenck-Notzings das Interesse für die parapsychologische Forschung mächtig angeregt, den Stein ins Rollen gebracht zu haben.

Mitte Februar starb in Genua der Psychiater *Enrico Morselli*, 76 Jahre alt. Er hat psychoanalytische Forschungen getrieben, daneben sich auch mit dem Spiritismus beschäftigt und aufsehenerregende Versuche mit einem berühmten Medium angestellt. Auf dem Gebiet der Irrenpflege führte er in Turin verdienstvolle Neuerungen durch.

Kurze Chronik Die Gesellschaft für Evangelische Pädagogik veranstaltete gemeinsam mit anderen evangelischen Verbänden im Dezember 1928 im Berliner Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht einen 2tägigen Lehrgang über *Sexualpädagogik*. Die einzelnen Fragen wurden vorwiegend im Sinn der evangelischen Ethik beleuchtet. ◊ In Frankfurt fand Anfang Januar 1929 eine 3tägige Aussprache jüdischer Frauen über *Erziehungsfragen* statt. Besondern Raum nahmen dabei Erörterungen über den Unterschied zwischen Familien- und Anstalterziehung ein. ◊ Das unvollendet hinterlassene Werk *Franz Brentanos*, seine Psychologie vom empi-

rischen Standpunkt, wird jetzt von seinem Schüler Oskar Kraus in Prag herausgegeben und soll bei Felix Meiner in Leipzig erscheinen. ◊ In Frankfurt wurde ein *Psychoanalytisches Institut* errichtet und in feierlicher Form am 16. Februar eröffnet. Es wird von Karl Landauer und Heinrich Meng geleitet. Auch auswärtige, namentlich Berliner Psychoanalytiker werden dort Vorträge halten. ◊ Der außerordentliche Professor der Psychologie an der Universität Köln *Johannes Lindworsky* wurde Ordinarius an der Universität Prag. ◊ Zum außerordentlichen Professor für Pädagogik an der Universität Greifswald wurde der Privatdozent *Hans Schmidkunz* ernannt. Er ist seit Jahren Redakteur der von ihm begründeten Zeitschrift für Hochschulpädagogik /Leipzig, K. F. Koehler/.

Literatur

Unter dem Titel *Die Aufklärung* gibt Magnus Hirschfeld zusammen mit Maria Krusche eine Zeitschrift heraus /Berlin, Verlag Die Aufklärung/, die die Ergebnisse der Sexualforschung der Allgemeinheit übermitteln will. Aus dem 1. Heft sind eine Arbeit des Herausgebers über die Ursachen der Prostitution, der Aufsatz Johannes Werthauers über das Eheproblem sowie ein Bericht über die Eheberatungsstellen hervorzuheben. ◊ In der Reihe der Imagobücher des Internationalen Psychoanalytischen Verlags in Wien veröffentlichte *Erwin Kohn* eine Studie Lassalle als Führer. Die psychologische Struktur des Führertums bei Lassalle, sein Liebesschicksal usw. werden in größeren Kapiteln behandelt. ◊ Im selben Verlag erschien eine Arbeit *Hermann Rorschachs* über 2 schweizerische Sektenstifter. Es handelt sich um Johannes Binggeli aus Schwarzenburg, der in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts geboren wurde, und Anton Unternährer, der 10 Jahre vor Binggelis Geburt starb. Auch diese Arbeit bedient sich der psychoanalytischen Arbeitsmethoden. ◊ Eine Monographie über den Entwicklungsgang der zeichnerischen und bildnerischen Entwicklung des Kindes gibt *Oskar Wulff* in seinem Buch *Die Kunst des Kindes* /Stuttgart, Ferdinand Enke/. ◊ Geschlechtlichkeit und Liebe behandelt *Wolfgang Schumann* im 50. Band der *Kunstwartbücherei* /München, Georg D. W. Callwey/. ◊ Eine Parodie auf die Vollkommene Ehe des Ehereformers Theodor Hendrik van de Velde schrieb *Hans Reimann* unter dem Titel *Die voll und ganz vollkommene Ehe* /Berlin, Paul Steegemann/.

Geschichte / Stegmann Neumana

Historische Belletristik

Die Hochflut historischer Belletristik, die den letzten Weihnachtsmarkt überschwemmte, aber bereits die ganze Nachkriegszeit anhielt, macht es notwendig einmal ganz allgemein zu dieser Erscheinung Stellung zu nehmen. Es ist ein großes Verdienst der Redaktion der *Historischen Zeitschrift*, daß sie durch Sammlung von Kritiken, die größtenteils in diesem maßgebenden Organ der deutschen Geschichtswissenschaft erschienen, einen »kritischen Literaturbericht« gab (Historische Belletristik /München, R. Oldenbourg/) und damit gewissermaßen die Auffassung der offiziellen Wissenschaft in breitere Öffentlichkeit gelangen ließ. Neben der aufschlußreichen sachlichen Kritik führender Fachwissenschaftler an den einzelnen Büchern bekanntester Autoren (Emil Ludwigs Napoléon, Bismarck und Wilhelm II /Berlin, Ernst Rowohlt/, Werner Hegemanns Fridericus und Napoléon /Dresden, Jakob Hegner/, Paul Wieglers Wilhelm I /Dresden, Avalunverlag/ und Herbert Eulenbergs Hohenzollernbuch /Berlin, Bruno Cassirer/) ist von besonderem Interesse die prinzipielle Stellungnahme, wie sie in der Einleitung Wilhelm Schüblers zum Ausdruck kommt. Ausgehend von dem riesenhaften Anwachsen der politisch-historischen Literatur infolge der »aufrüttelnden Erlebnisse des Weltkriegs und der Weltrevolution« sieht Schübler hierin eigentlich nur ein Negativum. Sein erster Vorwurf gilt der »Traditionslosigkeit« dieser neuen Literatur. Sofern er damit ihre Unfähigkeit angreift »Zustände und Persönlichkeiten wirklich historisch, das heißt aus den Bedürfnissen und Notwendigkeiten ihrer Zeit selber heraus zu begreifen«, wird man ihm ohne weiteres zustimmen und überhaupt für die meisten dieser Literaten ein aufklärerisch-unhistorisches Denken konstatieren müssen, das mit einem aus ihrer gegenwärtigen Stellungnahme entnommenen "allgemeingültigen" Maßstab die Vergangenheit mißt. Andererseits verkennt Schübler, daß diese Erschütterung der alten Tradition auch für die Geschichtswissenschaft etwas eminent Positives bedeuten kann, daß mit dem Novemberumsturz eine tatsächliche Umwandlung des Bismarckschen Reichs, damit aber auch notwendig eine neue Phase in der Betrachtung Bismarcks und seines Werks eingetreten ist. Daß man eine erschütterte Tradition er-

neut überprüft und rücksichtslos zur Diskussion stellt, was sie uns heute noch zu bedeuten hat, ist als drängende Aufgabe von der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft auch allgemein erkannt worden. Es ist die eigentümliche, reizvolle, aber auch schwierige Lage zumal des politischen Historikers notwendig innerlich an der Welt des politischen Handelns und ihren Wandlungen teilzunehmen und dennoch nicht die wissenschaftliche Strenge zu vernachlässigen, in der es oft gilt sein Sein auszulöschen. Wie nun gerade die an den Wendepunkten der Geschichte neu hervordringende historische Literatur oft zum "Tendenzroman" herabzusinken droht, so läuft andererseits eine in festgefügtter Universitätstradition gepflegte Geschichtswissenschaft leicht Gefahr sich dem Leben zu entfremden und Sache der Fachwissenschaftler allein zu werden. Diese Abkapselung hat aber nicht nur eine dann von der Wissenschaft oft bedauerte Wirkungslosigkeit zur Folge sondern ist für den innern Aufbau der Disziplin selbst nicht weniger gefährlich. Das Abgeschnittensein von den lebendigen Quellen des pulsierenden Volkslebens macht die Historie zur bloßen akademischen Angelegenheit. Es ist hier nicht zu erörtern, wie sehr diesen Gefahren gerade die deutsche historische Wissenschaft ausgesetzt gewesen ist. Nicht zum geringsten ist dies durch die Tatsache mitbedingt, daß in der halkyonischen Ruhe des Restaurationszeitalters ihre erste große Entfaltung in der Schule Rankes stattfand. Dies gilt um so mehr, als sie von ihr die (bis in unsere Tage fortwirkende) entscheidende Formung erhielt, wenn auch mit der veränderten politischen Situation im Zeitalter der Reichsgründung die sogenannten politischen Historiker von Dahlmann bis Treitschke Rankes sich selbst auslöschende Objektivität für physisch unmöglich und sittlich verwerflich hielten, seine quietistische Haltung scharf angriffen und selbst im Bewußtsein der Verantwortung zu politischer Aktivität drängten, die sie nicht zuletzt durch ihre historische Forschung glaubten vertiefen zu können. Die heutige Geschichtswissenschaft ist nach dem Zusammenbruch des alten Reichs in noch erheblicherem Maß zur Verantwortung berufen. Diese Aufgabe wird stärker fast als von der Wissenschaft selbst von der breiten Leserschaft empfunden, die sich erwartungsvoll an die Historie wendet. Der unverhältnismäßig hohe Absatz der kürzlich wieder-

aufgelegten 5bändigen Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert von Heinrich von Treitschke /Leipzig, S. Hirzel/ ist hierfür symptomatisch, weil in diesem Werk eine aktiv politische Grundstimmung zu finden ist, die, selbst wenn sie Treitschke oft zu einseitigen Urteilen verleitete und zu Entscheidungen, die mancher seiner begeisterten Leser persönlich ablehnte, im Gegensatz zu früherer und folgender Geschichtschreibung von lebendiger Entscheidung erfüllt war: eine Stärke (von "objektiver" Wissenschaftlichkeit her gesehen allerdings auch eine große Gefahr), die ebenso die meisten französischen Historiker des 19. Jahrhunderts besaßen. Was diese nun fernerhin oft vor der deutschen Wissenschaft auszeichnete, war ihre künstlerische Gestaltungskraft, eine weitere und fast noch wichtigere Voraussetzung der Wirkung auf die Allgemeinheit. Hier beginnt das für den Universitätsgelehrten allgemeine Problem, die nur selten befriedigend erfüllte Forderung Forscher und Mittler der Wissenschaft zugleich zu sein. Dieses Problem wird für die Geschichtschreibung durch das ihr eigentümliche Gespanntsein zwischen Wissenschaft und Kunst, das an den produktiven Historiker doppelt große Anforderungen stellt, besonders verschärft. Nur in selten glücklichen Fällen vermag sie ein und der selbe Forscher ganz zu erfüllen, fast immer können sie nur in arbeitsteiliger Weise durchgeführt werden. So konnte es geschehen, daß die deutsche Geschichtswissenschaft zwar, und gerade durch weitgehende Beschränkung auf die Wissenschaft im engeren Sinn, große fachliche Fortschritte erzielt, ihre künstlerische und volksbildnerische Aufgabe aber oft vernachlässigt hat. Dieser Mangel mußte besonders in der politisch bewegten Nachkriegszeit fühlbar werden, die nach historischer Literatur verlangte. Von hier ist der an sich mit Recht von Schübler beklagte »Einbruch der Dilettanten« in die Geschichtswissenschaft zu beurteilen. Sie sprangen in eine leere Stelle hinein, die von den zünftigen Historikern nicht ausgefüllt worden war, und erfüllten damit eine Aufgabe, die einem allgemeinen Bedürfnis in Deutschland entsprang. Daß dieses vom wissenschaftlichen Standpunkt aus in unzulänglicher und oft verhängnisvoll schiefer Weise geschah (man denke etwa an Emil Ludwigs Wilhelm II, ein Buch, das mit seiner Riesenaufgabe vielleicht auf lange Zeit die Vorstellungen vom wil-

helminischen Deutschland in den breiten Massen entscheidend bestimmt hat), ist darum nicht zum geringsten auch Schuld der deutschen Universitätshistoriker. Man muß das Positive dieser Überschwemmung des Büchermarkts verstehen und auch zugeben, daß diesem erfreulichen Bedürfnis Schriftsteller wie Emil Ludwig trotz mancher Maniertheit des Stils und antithetischen Wortspielereien eine Virtuosität der Sprache, die Kunst dramatisch bewegt und plastisch darzustellen und die Gabe der Einfühlung entgegenbringen, Fähigkeiten, die viel zu wenig von Fachhistorikern gepflegt werden. Allerdings wird man dann doppelt bedauern, wie falsch der Drang zur Historie durch solche Schriftsteller oft geleitet wird. Ein Problem, das über alles Persönliche hinaus in den Ernst unserer geistigen Situation führt, trifft Wilhelm Mommsen, wenn er in seiner Kritik über Ludwigs Bismarckbuch dessen große Wirkung darin zu erkennen glaubt, daß Ludwigs Art zu schreiben ihn zum Exponenten einer Zeit macht, der die innere Sammlung fehlt, in der bei ihrem »kinomäßigen Sehen mehr der Glanz der einzelnen Bilder als die Einheitlichkeit der Auffassung« für die Wirkung entscheidend ist, in der auch der bildungshungrige Laie Erholung nur in Büchern sucht, die nicht anstrengen. Verhängnisvoll ist nun, daß auch bei den Schriftstellern selbst Mangel an wissenschaftlicher Verantwortlichkeit zu spüren ist, was sich in ihrer absoluten Kritiklosigkeit den Quellen gegenüber und in unzähligen historischen Unrichtigkeiten zeigt, und dies, obwohl sie den Anspruch erheben als Wissenschaftler angesehen zu werden; so sieht Hegemann in Ludwig den »führenden Historiker der Deutschen«, er stellt ihn hoch über die »beamteten preußischen Historiker« und die »widerliche Treitschkeschule«.

Noch auf ein Grundübel fast der gesamten modernen historischen Belletristik gilt es hinzuweisen: auf das völlige Außerachtlassen des allgemeinpolitischen Hintergrunds, auf die vorherrschend individuell psychologische Auffassung, die oft nur deshalb so weitgehendes Interesse findet, weil sie die Weltgeschichte in persönlichen Klatsch auflöst und ihre "volkstümliche" Gesinnung nicht selten nur dadurch beweist, daß sie, angeblich hinter die Kulissen des Welttheaters leuchtend, die Helden der Geschichte in ihrer vermeintlichen Kleinheit glaubt entlarven zu können,

in Wahrheit freilich damit nicht nur das Unverständnis wirklicher Größe bekundet sondern auch gerade dadurch dem Dingen gegenüber versagt, die sich in jenen Persönlichkeiten manifestieren. Das charakteristischste Beispiel solcher Geschichtsverkennung ist Werner Hegemanns Napoléonbuch. Eine solche Darstellung ist in ihrem Unvermögen die Gesamtzusammenhänge und damit die Bedeutung schöpferischer Menschen für die Entwicklung zu erfassen gerade auch vom Standpunkt der ökonomischen Geschichtsauffassung aus abzulehnen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß Notwendigkeit und Bedürfnis für die Entfaltung einer historischen Belletristik allgemein empfunden wird, daß aber nur die wenigsten der Bücher den an sie zu stellenden Anforderungen genügen, vielmehr große Gefahren für die historisch-politische Bildung des deutschen Volkes bringen. So ist es dringende Aufgabe gerade der verantwortungsbewußten Fachwissenschaft darum besorgt zu sein hier Wandlung zu schaffen, die Volksgesamtheit damit an ihren Bemühungen und den allgemein interessierenden Fragen historisch-politischer Wirklichkeit, wenn auch nur oberflächlich, teilnehmen zu lassen. Sie selbst erhielt dadurch lebendigste Antriebe für ihre Arbeit.

Zur Einzelkritik sei auf frühere Besprechungen in dieser Rundschau (1927 I Seite 317 und folgende, 1928 I Seite 260 und 541) verwiesen. Hier sei nur noch vor einem zumal in der deutschen Leserschaft verbreiteten verhängnisvollen Irrtum gewarnt, vor dem Glauben, daß jede Biographie eines Politikers eine politische Biographie seiner Zeit sei und als solche vom Verfasser selbst angesehen werden will. Gerade die schönste und erfolgreichste Neuerscheinung, die Disraelibiographie *André Maurois'* (Berlin, S. Fischer) will etwas ganz anderes sein. Wer ihr vorwirft, daß aus ihr der Leser, der über Disraelis objektive Leistung (die Umwandlung der konservativen Feudalgruppe zur Volkspartei, der die Tories allein ihre gegenwärtige Existenz verdanken, wie vor allem die Gründung des Imperiums, also des Fundaments des modernen Englands) unterrichtet werden will, gar nicht erfährt, was er wissen will, verkennt völlig die Absicht des geistvollen Autors. Maurois wollte nur ein äußeres Spiegelbild des Menschen geben, wie es die anderen Menschen der Zeit sehen mußten. Das Eigentliche des Lebenswerks wollte er nicht nach außen kehren, er hat es viel.

mehr in feiner Zurückhaltung unterlassen den Leser zu belehren, indem er es ihm überließ nun selber ahnend darauf zu kommen, was dieses Leben objektiv bedeutete. Solche Art psychologischer Darstellung konnte nur auf dem Boden jahrzehntealter Kultur französischer biographischer Kunst entstehen, deren Glanz in der deutschen Übertragung bei aller Sorgfalt teilweise verloren gehen mußte. Daher wird man feststellen müssen, daß eine wirklich politische Biographie Disraelis noch geschrieben werden muß; und sie hätte uns viel zu sagen, gewiß mehr als selbst eine so feine psychologische Studie.

Italien Wie Geschichtschreibung aussehen muß, die allgemeinverständlich und dennoch nicht oberflächlich ist, zeigt *Benedetto Croce*s Geschichte Italiens 1871 bis 1915, deren Übersetzung unter Hinweis auf die kürzlich veröffentlichte 4. italienische Ausgabe bereits in dieser Rundschau (1928 II Seite 1010) erhofft wurde. Sie liegt nunmehr in wohlfeiler Ausstattung vor /Berlin, Lambert Schneider/; die sorgfältige Übertragung ist durch Ernst Wilmersdoerffer besorgt, der selbst neuere italienische Wirtschaftsgeschichte in einer Arbeit über Notenbanken und Papiergeld im Königreich Italien behandelt hat.

Gerade der in den Sozialistischen Monatsheften mit besonderem Interesse verfolgte italienische Fascismus macht eine intensivere Beschäftigung mit seiner Vorgeschichte erforderlich, dem Nährboden, auf dem er erst entstehen konnte. Wenn zwar dieses Werk Croce mit dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg abschließt, weil »der dann beginnende Zeitabschnitt noch nicht abgeschlossen ist, demnach nicht in den Bereich des Historikers sondern des Politikers gehört«, so gibt trotzdem dieser repräsentative Denker des gegenwärtigen Italiens, der als solcher, obwohl er Antifascist ist, auch vom Fascismus allgemein anerkannt wird, nicht nur eine politische Geschichte Italiens seit der Vollendung der staatlichen Einheit sondern zugleich und vor allem einen umfassenden Überblick über die Entwicklung des philosophischen, moralischen und politischen Denkens. Entsprechend seiner Auffassung der Geschichte, wie er sie in seiner Theorie und Geschichte der Historiographie /Tübingen, J. C. B. Mohr/ vertritt (über seine Entwicklung und seine gesamtphilosophischen Anschau-

ungen orientiert kurz und anschaulich sein Beitrag zur Kritik meiner selbst in der Serie Die Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen /Leipzig, Felix Meiner/), betont Croce als zentral das geistige Werden in der italienischen Geschichte, die er in die gesamteuropäische geistige Einheit einbaut. So gewinnt man von der innern Geschichte Italiens aus eine Zusammenschau der allgemeinen europäischen Bewegungen. Der Positivismus als große kontinentale Welle wird ebenso in allen seinen Auswirkungen aufgezeigt wie sein großer Gegenschlag, der als Antwort der neuen Generation um 1900 fast gleichzeitig in den verschiedenen Ländern erfolgte, in Bergsons Lebensphilosophie, in James' Pragmatismus wie in Nietzsches Lehren seine hervorragenden Repräsentanten hat und in Italien begeisterte Aufnahme fand. Diese internationale Wehr gegen die naturwissenschaftliche Methode und ihren starren Gesetzesbegriff, dieser neue Irrationalismus hat gerade für die Geschichte Italiens größte Bedeutung, da in ihm die geistigen Wurzeln des spätern Fascismus zu suchen sind, dessen Stärke nicht zuletzt darin besteht, daß seine politische Haltung diesen zeitgemäßen Strömungen entsprach, und der deshalb auch heute von den Angriffen eines, im Grunde noch im Positivismus steckenden Liberalismus (und eines diesem leider geistig folgenden Sozialismus) gar nicht getroffen werden kann. Croce zeigt, wie bereits um die Wende des Jahrhunderts die für den Fascismus entscheidenden geistigen Elemente in Italien festen Fuß zu fassen begannen: der Nationalismus eines Barrès und Maurras und der Action Française, aber auch der revolutionäre Syndikalismus, die Lehre eines Georges Sorel, der bereits 1905 geschrieben hatte, Italien sei das Land, das sich am ehesten für eine syndikalistische Revolution eigne. Es ist bekannt, daß Benito Mussolini vor dem Krieg Führer dieses sorelistischen Flügels im Sozialismus war gegenüber einer Mehrheit, die in der praktischpolitischen Stellungnahme sich oft den liberalen Parteien stark annäherte. Allerdings muß man Croce's Behandlung des italienischen Sozialismus nur mit Vorsicht und Kritik aufnehmen, da selbst diesen von engen Parteigesichtspunkten freien Denker seine Grundgesinnung doch zu manchmal anfechtbaren Urteilen drängt. Croce's sehr vorsichtig angedeutete Gegerschaft zum Fascismus, die sich aber klar in seiner Beurteilung des großen

antipositivistischen Gegenschlags zeigt, tritt besonders kraß in seiner scharfen Kritik an seinem einstigen Freund und Mitarbeiter Gentile hervor, dem frühern fascistischen Unterrichtsminister und jetzigen Leiter des Istituto Nazionale Fascista di Cultura. Gerade diese einzelnen einseitigen Urteile mag man aber in Croces Werk nicht missen. Sie zeigen die politische Entschiedenheit, den verehrungswürdigen Kampfesmut und, trotz einzelnen Ungerechtigkeiten, oft die Tiefe Croces. Von solchen Einzelheiten abgesehen, zeichnen Croces Geschichte Unvoreingenommenheit, Weite des Blicks und ein erstaunlicher Reichtum realen Wissens aus. So vernachlässigt er auch bei aller Betonung der geistigen Kräfte keineswegs die ökonomisch-materiellen Momente, von deren Bedeutung für die Gesamtentfaltung Italiens er ein genaues Bild zu geben vermag. Ebenso skizziert er in oft interessanter Beleuchtung die außenpolitischen Vorgänge und ihre Zusammenhänge mit der innern Geschichte. Dabei zeigt er die in Italien tief verwurzelte und im Vorkriegsdeutschland viel zu gering geachtete Gegnerschaft gegen die Dreibundverbündeten, den Haß gegen den Bismarckismus wie die natürliche Feindschaft gegen Österreich. Das Bündnis mit den Zentralmächten, in einer politischen Zwangslage geschlossen, währte »bis zum Weltkrieg, ebenso wie der europäische Friede nur durch das Moment der Trägheit, es war zu einer Fassade geworden, hinter der kein Haus mehr stand«, so daß seine Lösung durchaus nicht den Treubruch bedeutete, als den man sie auch heute noch oft in Deutschland brandmarkt.

Im ganzen gelingt es Croce auf knapp 300 Seiten einen umfassenden Überblick und eine tiefgehende Analyse des neuzeitlichen Italiens zu geben. Die genaue Lektüre ist um so mehr zu empfehlen, als dieses Werk fern von aller lehrbuchmäßigen Trockenheit und Schwerfälligkeit auch rein künstlerisch viel Freude und Anregung zu geben vermag. Dies gilt nicht weniger von der meisterhaften Cavourbiographie des kürzlich in die Akademie aufgenommenen französischen Botschafters *Maurice Paléologue*, die nunmehr auch in deutscher Übertragung vorliegt /Berlin, S. Fischer/. *Paléologue* ist durch seine bereits ins Deutsche übersetzten Memoiren Am Zarenhof während des Weltkrieges /München, F. Bruckmann/ auch bei uns als Schriftsteller geschätzt. Mit dieser Bio-

graphie des großen Baumeisters des italienischen Einheitsstaats, der die demokratisch-parlamentarische Monarchie schuf, hat er uns nicht nur ein formvollendetes Kunstwerk geschenkt sondern auch, nicht ohne wissenschaftliches Verdienst, wertvolle Klärungen zur Zeitgeschichte gegeben. Sie wird in Deutschland besonders begrüßt werden, da wir außer der bekannten Treitschkearbeit über Cavour nicht viel mehr als die nur bis 1850 reichende Cavourbiographie Walter Friedensburgs /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ und eine kleine Skizze Richard Sternfelds (in der Sammlung Meister der Politik /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/) besitzen.

Paléologue gibt eine politische Biographie im besten Sinn, in der die zentrale Gestalt mit Sicherheit und Feinheit gezeichnet und zugleich in den gesamtpolitisch-sozialen Zusammenhang der Zeit hineingestellt wird. So ist sie ein ausgezeichnete Führer für die Entstehungsgeschichte der italienischen Einigung, der die bestimmenden Kräfte, die das Werk schufen, in richtiger Gewichtsverteilung aufzeigt. Gerade in dieser Gegenüberstellung der Mitschöpfer wird erst die Größe Cavour's deutlich, des großen Realisten, der im »Takt des Möglichen« und im »maßvollen Abwägen der Bedürfnisse des Fortschritts« nach und nach sein Werk vollbrachte, die revolutionären und konspirativen Methoden und Utopieen ablehnte, und der sich dennoch neben dem fanatischen Revolutionär Mazzini (Otto Voßler hat über dessen politisches Denken und Wollen ein aufschlußreiches Buch geschrieben /München, R. Oldenbourg/) in den republikanischen Nationalisten (La Farina, Pallavicino, Garibaldi) durch die von ihm im geheimen unterstützte Gründung einer italienischen nationalen Gesellschaft ein wirksames Werkzeug für die bevorstehenden Umwälzungen geschaffen hat. Nicht weniger diplomatische Klugheit erforderte seine Zusammenarbeit mit dem ganz anders gearteten König Victor Emanuel II. Das Meisterstück aber war seine Gewinnung Napoléons III, der nun gegen ganz Europa und nicht selten gegen die Stimmung seines eigenen Landes die einmal eingeschlagene Nationalitätenpolitik weiterführte. Köstlich ist *Paléologues* Skizzierung der entscheidenden geheimen Zusammenkunft Cavour's mit dem Kaiser zu Plombières, wo sie ohne Wissen des französischen Außenministers gemeinsameratschlagten, durch welche Kniffe man Österreich bestim-

men könnte den Krieg zu erklären. Mit bewundernswerter Beweglichkeit verstand es der große Minister des kleinen Piemonts sogar die gegen seine Absichten gerichteten Ereignisse (Orsiniattentat, Waffenstillstand zu Villafranca, Garibaldi's Zug der Tausend) schließlich in die Richtung seiner Politik umzuleiten. Wenn er auch nicht mehr die vollständige italienische Einigung erlebte (er starb bereits am 6. Februar 1861), so sind diese letzten Schritte doch im wesentlichen nach seinen Intentionen getan worden: ein Zeichen der Größe seiner Politik, deren Einfluß ihn überlebte.

Totenliste In Brighton starb am 24. Juni 1928, im Alter von 74 Jahren, *John Horace Round*, der Erneuerer der Studien über das englische Mittelalter. Seine Hauptverdienste liegen in seiner peinlich strengen Quellenforschung, vor allem in zahlreichen Textpublikationen, und auf dem Gebiet der Genealogie.

Am 16. August starb, 90 Jahre alt, der englische Historiker *George Otto Trevelyan*, der Neffe Macaulays. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann er mit einer Arbeit *Life and Letters of Macaulay /1876/*. Sein bedeutendstes Werk behandelt in 4 Bänden die amerikanische Erhebung /1899 bis 1914/. Zeitweilig betätigte er sich auch politisch, als Parlamentsmitglied und Staatssekretär für Irland.

In Leipzig starb am 13. November *Felix Salomon*, Professor für englische, französische und amerikanische Geschichte, im Alter von 62 Jahren. Nach seiner wissenschaftlichen Ausbildung in seiner Geburtsstadt Berlin habilitierte er sich 1895 in Leipzig, wo er 1901 eine außerordentliche Professur erhielt. Von seinen zahlreichen Arbeiten ist vor allem seine *Englische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart /1923/* zu nennen, die er noch durch Studien über Gladstone und William Pitt ergänzte.

Am 12. Januar 1929 starb in Berlin der bekannte emeritierte Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Berlin *Dietrich Schäfer*, in seinem 84. Lebensjahr. Sein Vorbild war Treitschke, von dem er das nationale Pathos übernahm, ohne aber seine geistige Selbständigkeit und Bedeutung zu erreichen. Als Historiker von darstellender Kraft erwies er sich in seinen vielgelesenen Spätwerken, in der *Weltgeschichte der Neuzeit /1907/* und der *Deutschen Geschichte /1910/*. Sein eigent-

liches Forschungsgebiet war die hanseatische Geschichte. Politisch trat er, recht unglücklich, im Krieg als Gründer der Vaterlandspartei hervor.

Durch den Tod des 86jährigen früheren Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte in Königsberg *Hans Prutz* verlor am 29. Januar die deutsche Wissenschaft einen der wenigen liberalen Historiker. Der Sohn des radikalen Politikers, Dichters und Literaturhistorikers Robert Prutz blieb den achtundvierziger Idealen treu. Seine Hauptwerke sind eine Kulturgeschichte der Kreuzzüge /1883/ und eine, mit lebendiger freiheitlicher Auffassung die Hohenzollernlegende bekämpfende 4bändige Preußische Geschichte /1899 bis 1902/. Im letzten Kriegsjahr veröffentlichte er eine Studie über die Friedensidee von den Plänen des Salierkaisers Heinrich III bis zum amerikanischen Präsidenten Wilson.

Kurze Chronik Die von Peter dem Großen begründete *Petersburger Akademie* hat ein neues Statut erhalten, demzufolge seine Mitgliederzahl verdoppelt, und eine besondere Mitgliedswahl eingeführt wurde. Die Vorschläge für die Akademiekandidaten werden demgemäß von wissenschaftlichen und sozialen Organisationen und Instituten eingereicht und von einer paritätisch zusammengesetzten Kommission bisheriger Akademiker und Volkvertreter der einzelnen Republiken geprüft. Das allerdings fast nur formelle Recht der Wahl bleibt der Akademie vorbehalten. Diese Reform erstrebt, wie eindeutig betont wurde, eine völlige Wandlung des Charakters der Akademie, der nicht nur die Bereicherung der Wissenschaft zur Aufgabe gestellt wird sondern vor allem die Resultate ihrer Forschungen und Versuche praktisch für den Bestand des bolschewistischen Regimes nutzbar zu machen. Deshalb soll auch jede Tätigkeit, die gegen den Bolschewismus gerichtet ist, zum Ausschluß aus der Akademie führen. Zu den neuen Akademikern gehören unter anderen auch Bucharin, Pokrowskij, Rjasanow und Maslow (vielleicht nur so lange, bis sie das Schicksal Trotzkijs ereilt hat). ◊ In Florenz wurde eine *Gesellschaft für Folklore Italiens* begründet, die sich die Sammlung und Herausgabe aller einschlägigen Studien zur Aufgabe stellt. ◊ Der Dahlmann-Waitz, die seit 1912 nicht wieder aufgelegte *Quellenkunde der deutschen Geschichte* (Leipzig, K. F. Koehler/, in der alle Werke.

die für das Studium der deutschen Geschichte als Quelle oder Darstellung in Frage kommen, bibliographisch verzeichnet sind, soll bei genügender Subskribentenzeichnung wiederaufgelegt werden. Damit würde einem schon lange sehr fühlbaren Mangel endlich abgeholfen werden. ◊ Demnächst beginnt im Philo-verlag in Berlin eine wissenschaftliche Zeitschrift für die *Geschichte der Juden in Deutschland* zu erscheinen. ◊ Am 22. Dezember 1928 wurde *Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf*, der Altmeister der klassischen Philologie, 80 Jahre alt. Seine umfassenden Studien haben die Gestaltung der gesamten Altertumswissenschaft entscheidend bestimmt, wobei er vor allem auf die gegenseitige Bedingtheit der früher getrennten Disziplinen Philologie, Philosophie und Geschichte und auf die Untrennbarkeit der beiden antiken Kulturen der Griechen und Römer immer hingewiesen hat. Seine soeben herausgegebenen Erinnerungen 1848 bis 1914 /Leipzig, K. F. Koehler/ bedeuten zugleich die Geschichte seiner Wissenschaft; sie werden allerdings durch ihre gegen das neue Deutschland gerichtete Tendenz getrübt. ◊ Am 21. Januar 1929 wurde der berühmte Althistoriker *Karl Julius Beloch* 75 Jahre alt. Er lebt jetzt in Rom, wo er an der Universität von 1877 bis 1917 tätig war und seit 1924 wieder einen Lehrstuhl innehat. Seine Hauptleistung ist die 4bändige Griechische Geschichte, die auf ihrem Gebiet ein Standardwerk ist.

Literatur Das zur Entstehungsgeschichte des Fascismus wichtige Buch *Georges Sorels* über die Gewalt, das grundlegende Werk des revolutionären Syndikalismus, liegt nunmehr auch in deutscher Übertragung vor /Innsbruck, Wagner/. Sie ist nach der 6. französischen Ausgabe von Ludwig Oppenheimer besorgt und mit einem Vorwort des Soziologen Gottfried Salomon und einem Nachwort des bekannten Mitarbeiters Sorels Edouard Berth versehen. ◊ Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas gab einen bibliographischen Katalog über die *Geschichtswissenschaft in Rußland 1917 bis 1927* heraus /Berlin, Osteuropaverlag/, der einen umfassenden Einblick in die Arbeit der russischen Wissenschaft gibt und auch die in den Jahren des Weltkriegs veröffentlichte Literatur berücksichtigt. Es ist damit ein für alle Rußlandinteressenten unumgänglich notwendiges Nachschlagewerk geschaffen worden.

KUNST

Musik / Max Baßing

Orchestermusik Über viele neue Konzertwerke ist nicht zu berichten, und was zu nennen ist, muß in erster Linie seines Autors, nicht seiner Qualität wegen erwähnt werden. Die Generation, die vor 7 Jahren auftauchte und durch ihren Wagemut alle Sympathieen und Antipathieen wachrief, konsolidiert sich zum Teil. Es ist also eine Zeit, in der unsere jungen Autoren um ihre endgültige Meisterschaft kämpfen und vielleicht weniger und vorsichtiger produzieren. Die Reaktion übersieht das nicht: Wir haben lange nicht so viele Konzertprogramme gehabt, die aus dem Jahr 1910 zu stammen scheinen. Vielleicht ist das auch im Kampf des Interpreten begründet. Denn das gesunde Empfinden der Hörerschaft scheint ja nun doch endlich durch offene Teilnahmslosigkeit den Abbau des überflüssigen Teils der Interpreten herbeiführen zu wollen. Und der Interpret kämpft, bald modern, bald altmodisch, aber meist unbewegt vom Geist einer neuen Kultur. Es sind nur wenige, die aus innerem Verantwortungsgefühl ihre Programme zusammenstellen. Es sei vor allem an 4 Orchesterwerke gedacht, die in Berlin zur Uraufführung kamen. Otto Klemperer stellte in einem Konzert *Igor Strawinskis* neues Ballett *Apollon Musagete* mit *Ernst Kreneks* Kleiner Symphonie zusammen vor. Die konzertmäßige Aufführung eines Bühnenwerks hat stets große Nachteile. Es ist auch kaum anzunehmen, daß Strawinskij seiner Musik den Charakter eines reinen Musikkunstwerks zuerteilen wollte; denn als solches wäre es so formalistisch, daß man es ablehnen müßte. Wie die Musik im Zusammenhang mit dem Bühnenbild wirkt, ist nicht ohne weiteres zu sagen. Die Aufführung ohne Bühne ist ein Unrecht, die Musik so zu beurteilen wäre ungerecht. Im Konzert war sie wohl für die meisten Hörer langweilig. Um so amüsanter war Kreneks Kleine Symphonie. Das ist schon etwas, und zwar mehr als man allgemein bei uns zugeben pflegt. Es ist aber auch das einzig Gute, was man dem Stück nachsagen kann, das reichlich unbekümmert ist. Wahre Heiterkeit und Grazie findet man in *Paul Hindemiths* Konzert für Viola d'amore und Kammerorchester. Mag es nicht so formsicher, so gehaltvoll sein wie viele seiner anderen Arbeiten, die Freude an der innerlich guten Musik bleibt.

Ein "schwerer Fall" ist *Arnold Schönbergs* neuestes Werk: die Orchestervariationen. Wir alle müssen Schönberg für das dankbar sein, was er uns gegeben hat, für seinen Mut und seine klugen Anregungen nicht zuletzt. Nun geht er Wege, die zum Entgegengesetzten dessen führen, was wir heute für bitter nötig halten. Wir wollen einfach und klar sein, er wird immer künstlicher und komplizierter. Wir streben organische Gestaltung an, er baut willkürliche Konstruktionen. Wir glauben an Melodik und Rhythmik, er schreibt meist rhythmuslose, unerkennbare Klänge folgen. Keiner erkennt die Werte seiner Arbeit, die hohe Geistigkeit seiner Person. Und doch wird jeder, der an eine Zukunft der Musik glaubt, das neue Werk Schönbergs ablehnen. Nur eines muß man ihm immer wieder zugehen: Er kämpft und geht seinen Weg vorwärts, ruht nicht erhaben aus wie die anderen großen Komponisten voriger Jahrzehnte, die heute noch komponieren. Dieser Kampf ist noch höher zu bewerten angesichts des nicht Kämpfenwollens unserer jüngeren Komponisten. Es scheint, als ob die Generation, die während des Krieges aufwuchs, unendlich müde ist und nur den Wunsch hat alle Klippen zu umfahren. Keine Generation, die heute schon oder noch schafft, hat so wenig Kampfmüt gezeigt wie die jüngste, deren Werke wir kennen. Über die von ihnen in letzter Zeit veranstalteten Aufführungen ist im Zusammenhang der heutigen Ausführungen nichts auszusagen, obwohl es im Deutschen Reich durchaus nicht wenige waren.

Radio Die Reichsrundfunkgesellschaft hat sich entschlossen einer Anzahl Komponisten in jedem Jahr Aufträge für Kompositionen zu erteilen, die der besondern Eigenart des Radios Rechnung tragen. Ganz abgesehen von dem nicht hoch genug zu bewertenden kulturellen und sozialen Standpunkt, den die Reichsrundfunkgesellschaft dabei einnimmt, darf man auch künstlerisch Erwartungen auf die Resultate setzen, wenn die Komponisten einsehen, worum es sich handelt. Sie haben die Möglichkeit zu einem ganz großen Publikum zu sprechen, denn die Werke werden von sämtlichen deutschen Sendern übertragen. Und künstlerisch werden ihnen keine anderen Grenzen gesetzt als die, die das Instrument verlangt. Da liegt allerdings die Schwierigkeit. Denn die Erfahrungen der Kom-

ponisten sind noch recht gering, und noch geringer scheint einstweilen ihre Neigung sich den Bedingungen des Lautsprechers anzupassen. Daß solche Bedingungen existieren, muß jedem klarwerden, der häufig Musik aus dem Lautsprecher mitanhört. Sie bestehen nicht nur für das Klangliche sondern auch für die formale Struktur, ja für die geistige Haltung und für die gesellschaftliche Gebundenheit der Musik. Die Art, wie sich Musik überhaupt durch den Lautsprecher auswirken kann, wenn sie nicht Surrogat oder meist minderwertige Reproduktion eines Originals bleiben will, muß studiert werden.

Soweit bekannt, sind bisher 3 Werke aufgeführt worden, die als eigene Radiomusik komponiert sind. Über das eine von ihnen kann der Verfasser dieser Rundschau keinen kritischen Bericht geben, da es von ihm selbst stammt. Es ist die Musik für Radioorchester Opus 37, die vor kurzer Zeit unter des Autors Leitung im Frankfurter Sender zur Uraufführung kam. Es ist ein im wesentlichen heiteres Stück in 3 Sätzen. Klarheit im Klanglichen, Präzision im Formalen, Einfachheit in der Sprache zu erzielen war des Autors Absicht. Die beiden anderen Werke sind die ersten, denen Aufträge der Reichsrundfunkgesellschaft zugrunde lagen. Paul Hindemith schrieb ein Konzert für Orgel und Kammerorchester. Auch dieses Werk wurde in Frankfurt uraufgeführt; die erste Konzertaufführung findet in einem Berliner Philharmonischen Konzert statt. Leider war die Fernübertragung schlecht. Die Hörer des Frankfurter Senders rühmen die Klarheit der Polyphonie und die Schönheit des Klangs. Aber wenn auch in dieser Hinsicht alle Wünsche erfüllt wurden, auf die anderen Eigenheiten des Rundfunks nimmt Hindemith, sicher bewußt, keine Rücksicht. Die Schwere des Stücks wird sicher im Konzertsaal viel intensiver zum Ausdruck kommen als im Zimmer aus dem Lautsprecher; und zwischen dem Konzertanten dieses Konzerts und dem, was der Hörer zu Haus ohne weiteres zu hören geneigt ist, bleiben Divergenzen bestehen. Das 3. Werk wurde von Breslau gesendet. Es ist eine Suite Franz Schrekers für Kammerorchester. Wenn man sich auf die Übertragung verlassen kann, ist das Stück schon im Klanglichen mißlungen. Die viel benutzten Hörner stören mit ihrem dicken Klang außerordentlich, und was man sich im Konzertsaal als interessante Polyphonie

vorstellen könnte, wirkt hier unplastisch. Trotz der Kürze der Formen erkannte man das Gefüge der Sätze kaum. Aber auch diese negative Erfahrung ist in dem Entwicklungsstadium, in dem wir uns befinden, recht wertvoll; auch in diesem Fall muß man der Reichsrundfunkgesellschaft und dem Komponisten für das Experiment dankbar sein. Die Gesellschaft hat sich jetzt Hermann Scherchen zum Berater verpflichtet. Es ist eine seltene Freude in unseren Tagen beobachten zu können, daß mit sachlicher Hingabe und positiver Einstellung kulturelle Arbeit geleistet wird.

Ton- und Ton- In Chicago sind innerhalb
bildfilm weniger Monate über 35 000
Kinomusiker entlassen worden;

Die Theater haben sich auf den Tonbildfilm umgestellt. Aus dieser Nachricht geht die eminente wirtschaftliche Bedeutung des Tonbildfilms hervor, die er unbedingt erlangen wird, wenn es ihm gelingt in qualitativer Hinsicht das zu bieten, was ein an gute Kinoorchester gewöhntes Publikum verlangt.

Wir müssen heute schon zwischen Tonfilm und Tonbildfilm unterscheiden. An sich liegt in beiden Fällen die gleiche Art Musikreproduktion vor; der Tonbildfilm ist nichts anderes als die feste Verbindung eines Tonfilms mit einem Bildfilm. Aber die praktische Verwendung des Tonfilms allein hat eine vom Tonbildfilm völlig unabhängige Zukunft. Der Tonfilm ist ein Film, auf dem man seltsame Kurven sieht; die photographierten Töne und Klänge. Seine Länge ist unbegrenzt; in dem Augenblick, da es gelingt die Tonqualitäten mindestens denen des Grammophons gleich, die Reproduktion zuverlässig und billig zu machen, werden wir uns vor einer Umgestaltung unseres ganzen heutigen Musiklebens befinden. Und sie steht weit näher als man allgemein vermutet; denn die Tonqualitäten sind zum Teil bereits heute ganz hervorragend, ja fast besser als alles, was wir vom Grammophon und Radio her kennen. Vielleicht ist die Zeit nicht fern, da man jede erdenkliche Musik in bester Interpretation einmal in das Tonfilmmikrophon spielt und den Film in jeden kleinen Ort versendet. Die Herstellungskosten sind geringer als die einer Anzahl von Konzerten, nur die Anlage zur Reproduktion ist noch teuer. Vielleicht wird auch eines Tages der Komponist nicht mehr Noten auf Papier schreiben sondern Kurven auf einem Film zeichnen.

Die Arbeit der Industrie konzentriert sich auf das nach ihrer Meinung wirtschaftlich Aussichtsreichste: auf den Tonbildfilm. Wenn nur Sprache und Geräusche aufgenommen werden, erleben wir eine etwas unheimlich wirkende Reproduktion. Denn Sprache, Geräusche und Töne wirken viel realer als die Bilder auf der Leinwand. Musik zum Film empfinden wir ganz natürlich, aber das Heulen einer Schiffssirene, das Schlagen einer Kuckucksuhr im Tonbildfilm sind für uns ganz neue Erlebnisse. Der Tonbildfilm hat von Anfang an eine schwere Gefahr zu überwinden: Der Hersteller will Erfolg haben und schätzt das Niveau der Menge, an die er sich wendet, nicht hoch ein. So unerträglich wie die Art der meisten Filme wird wohl auch meist die Musik werden, man hört davon sprechen. Die deutsche Produktion liegt führend heute beim Tonbildsyndikat. Dort hat man unter anderen 2 gute Filmkomponisten, Wolfgang Zeller und Marc Roland, gewonnen, die eine eigene Musik zu 2 Filmen komponierten. Zeller ist als feiner Musiker bekannt (es sei an die Musik zum Prinz-Achmed-Film erinnert), Roland hat eine wirklich gute Operette geschrieben. Man sollte aber weitergehen und unsere besten Autoren interessieren. Die Möglichkeit Neues und Wertvolles zu schaffen besteht heute schon, und gleichzeitig die Gefahr, daß die Entwicklung aus kapitalistischen Tendenzen niedergehalten wird.

Totenliste In seiner Heimat Mähren starb der tschechische Komponist *Leos Janacek* am 12. August 1928. Er ist 74 Jahre alt geworden, aber die meisten seiner Werke sind jüngsten Datums. Und erst in den letzten Jahren wurde er bekannt und gefeiert, nachdem sich Max Brod schriftstellerisch für ihn eingesetzt hatte. Seine Oper *Jenufa*, die er 1902 komponierte, wurde 1918 in Wien, dann am 17. März 1924 in der Berliner Staatsoper aufgeführt. Am 29. Mai 1926 brachte die Städtische Oper in Berlin seine *Katja Kabanowa* heraus. Er schrieb auch noch 3 weitere Opern, als letzte ein Werk nach Dostojewskijs *Memoiren aus einem Totenhaus*. Seine Kammermusik ist nach und nach, besonders auch durch die Internationale Gesellschaft für Neue Musik, bekannt geworden. Die Musik Janaceks wirkt vor allem durch ihr unmittelbares, einfaches und dabei doch äußerst feines Wesen; starke äußere Effekte sind ihr fremd.

An seinem 75. Geburtstag, am 15. Dezember, starb in Wien der Beethovenforscher und Musikgelehrte *Theodor Frimmel*. Er wurde besonders durch sein seit 1908 regelmäßig erscheinendes Beethovenjahrbuch bekannt.

In Saalfeld starb am 2. Februar 1929 der Komponist und Theoretiker *August Halm*, in seinem 60. Lebensjahr. Er studierte anfangs Theologie, dann Musik bei Rheinberger in München. Halm gilt als ausgezeichnete Theoretiker; seine im klassischen Stil gehaltenen Kompositionen sind jedoch kaum weiteren Kreisen bekannt geworden. Er wirkte zuletzt als Lehrer in der Freien Schulgemeinde Wickersdorf. Halm war auch als Schriftsteller fruchtbar. Von seinen Publikationen ist sein letztes Buch: *Beethoven*, durch die Deutsche Buchgemeinschaft in Berlin einem weitem Leserkreis zugeführt worden.

Am 6. Februar starb *Siegfried Ochs* in Berlin, fast 71 Jahre alt. Vor 46 Jahren gründete er den Philharmonischen Chor in Berlin, der 1920 infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse seine Selbständigkeit aufgeben mußte und von der Staatlichen Hochschule für Musik übernommen wurde. Mit ihm hat Ochs die ersten strichlosen Aufführungen der Matthäuspasion gemacht und Erstaufführungen Regers und Bruckners veranstaltet. Die vorbildlichen Leistungen dieses Chors waren das eigentliche Lebenswerk *Siegfried Ochs'*. Viele Aufführungen waren unvergeßliche Erlebnisse für jeden, der sie hören konnte. Seine reichen Erfahrungen legte Ochs vor allem in den 4 Bänden *Der deutsche Gesangverein /Berlin, Max Hesse/* nieder. Unbefangene Sachlichkeit bewährte er auch als Polemiker. So charakterisierte er vor kurzem in erfrischender Weise die Dirigenteneitelkeit an der Unsitte mitten in die Fidelioaufführungen die 3. Leonorenouverture einzuschalten. Berlin hat durch den Tod *Siegfried Ochs'* eine Persönlichkeit verloren, die weit über die musikalisch interessierten Kreise hinaus populär war.

Die Städtische Oper in Berlin hat in der Nacht vom 15. zum 16. Februar durch den Freitod ihres neuen, erst 22jährigen Kapellmeisters *Hans Levy-Diem* einen besondern Verlust erlitten. Trotz seiner Jugend hatte man ihm die Einstudierung und Leitung der Oper *Béla Bartóks Die Burg des Blaubart* übergeben, die am 16. Januar aufgeführt wurde. Er galt als einer der hoffnungsvollsten unseres Kapellmeisternachwuchses.

Kurze Chronik Der Sozialistische Kulturbund in Berlin erließ ein *Preisausschreiben* für 2 Orchesterwerke, und zwar für eine Arbeitersymphonie und eine Ouvertüre. Der Preis für die beste Symphonie beträgt 3000, der für die Ouvertüre 1000 Mark. Dem Preisrichterkollegium gehören Alfred Einstein, Paul Hindemith, Klaus Pringsheim, Hermann Scherchen und Georg Schünemann an. Von der Musikgesellschaft Philadelphia war vor einem Jahr ein Preis für eine Kammerkomposition in Höhe von 10 000 Dollars ausgesetzt worden. Er wurde jetzt zwischen Béla Bartók und Alfredo Casella geteilt. \diamond Erwin Lendvai wurde vom Schweizer Arbeitersängerbund beauftragt ein *Arbeiterfestspiel* zu komponieren. Den Text dichteten Alfred Fankhauser /Bern/ und Fred Stauffer /Beatenberg/. Das Werk soll im Sommer 1930 in Bern aufgeführt werden. \diamond Mit der von Hans Uhdall komponierten Märchenkomödie *Hans Dampf* wurde der Versuch gemacht die *Begleitmusik durch Schallplatten* wiederzugeben. Sie wurde von der Deutschen Grammophongesellschaft aufgenommen, und man schuf einen besonderen Apparat, Polypharapparat genannt, zur Wiedergabe. Am 12. Dezember 1928 wurde das Werk in Nordhausen mit Benutzung der Platten aufgeführt. \diamond Das Berliner Requiem ist der Titel einer kleinen Kantate über Grabschriften, die *Kurt Weill* nach Texten Bertolt Brechts geschrieben hat. \diamond Vom 8. bis zum 10. Oktober 1928 fand in Essen ein Kongreß für das *Deutsche Chorgesangwesen* statt. Er war von der Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Sängerbundes, unter dem Vorsitz Leo Kestenbergs, der Arbeitermännergesangvereine und dem Reichsverband der gemischten Chöre einberufen worden. An der Tagung nahmen der Reichsinnenminister Carl Severing und der preußische Unterrichtsminister Carl Becker teil. Die Bedeutung des gemeinsamen Singens in den Schulen und in der Jugendbewegung wurde betont. \diamond Das Fest der *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik* findet dieses Jahr vom 6. bis zum 11. April in Genf statt. Es sind neben einem Chorkonzert 2 Kammer- und 2 Orchesterkonzerte vorgesehen. Von deutscher Seite werden aufgeführt: Max Butting /Berlin/ 3. Symphonie (die am 8. März in Berlin in einem Konzert der Staatsoper unter Erich Kleiber wiedergegeben wurde), Johannes Müller /Dresden/ Klavierkonzert, Berthold Goldschmidt /Darmstadt/ Klavier-

sonate, Karl Marx /München/ Motette Werkleute sind wir (die im vorigen Jahr auf dem Deutschen Tonkünstlerfest in Schwerin gehört wurde); die beiden erstgenannten Werke kamen übrigens zur Feier des 10jährigen Bestehens des Bundes für Neue Tonkunst am 12. Februar in Königsberg unter der Leitung Hermann Scherchens zur Uraufführung.

Literatur

Dünne Bücher sind oft inhaltreicher als dicke. Daß man aber auf einmal 4 Büchlein findet, keins über 90 bis 100 Seiten, die dem Referenten so ausgezeichnet gefallen, daß er alle 4 wirklich liest, ist eine Seltenheit. Der Verlag B. Schotts Söhne in Mainz hatte die ersten 3 Nummern seiner Melosbücher schon lange angekündigt. Jetzt liegen sie vor. Das 1. ist von *Hans Mersmann*: Die Tonsprache der neuen Musik. Es ist das tiefste, philosophisch bestfundierte, aber auch das theoretischste von ihnen. Es ist nicht leicht der Schrift ganz gerecht zu werden. Jede Seite interessiert. Aber man kann den Eindruck nicht ganz überwinden, daß der Autor allzu leicht bereit ist in Einzelercheinungen Typisches zu sehen. Vielleicht wäre es einstweilen ertragreicher Einzelheiten der sogenannten neuen Musik zu studieren als Zusammenfassungen in so ernster Theorie zu versuchen. Das Resultat nach der Lektüre dieses Büchleins ist ja doch, daß man an nur eine Tonsprache der neuen Musik nicht glaubt. Es ist unwahrscheinlich, daß man auf diesem Weg Verständnis fördert. Die vielen Einführungen, die Aufsätze über etwas usw. sind überhaupt ungünstig; sie lenken ab, verhindern das unmittelbare Verhältnis zwischen Hörer und Werk. So ist der Komponist wenigstens mit Mersmanns Buch nicht ganz einverstanden; aber er liest es doch, weil es überall klug und anregend ist. \diamond Scheinbar viel äußerlicher ist das 2. der Melosbücher: *Heinz Tiessens* Abhandlung Zur Geschichte der jüngsten Musik 1913 bis 1918, aber in Wahrheit viel wichtiger. Übersichtlich geordnet, vorzüglich charakterisiert und sprachlich ebenso ausgezeichnet formuliert, wird die Geschichte der Erscheinungen der jüngsten Musik zur Geschichte einer Zeit, deren Erlebnis uns, die wir sie erlebt haben und erleben, in den seltensten Augenblicken bewußt ist. Wie reich und erfüllt sind die Tage, in denen wir leben. Und wie klug steht in Tiessens Buch nur das, was wir alle erlebt haben;

es läßt Raum zum Weiterdenken, zum Erinnern und Vorausschauen. Und bei all dem ist es unbefangen: Es lehrt nicht, es schildert überlegen, unterdrückt dabei durchaus nicht die Meinung des Autors und läßt doch allem sein Recht. \diamond In gewissem Sinn die produktivste ist die 3. Arbeit: die *Heinrich Strobels* über Paul Hindemith. Das Buch beschreibt die Sprache einer neuen Musik, ohne sich völlig unkritisch seinem Beispiel zu ergeben. Und von der Schilderung dieses einen Teils der jüngsten Musik wächst es zu einer eigenen Ästhetik des Verfassers. Gewiß sind der Reichtum und die Weite der Hindemithschen Entwicklung Grundlage der Arbeit; aber vom Bekenntnis zu dessen Werk ausgehend findet sie Formulierungen, die eine persönliche und echte Kunstanschauung aufzeigen. Die mag, sie muß es, etwas einseitig sein, sie ist die einzige, die im Zusammenhang mit den Erscheinungen der Gegenwart bekannt wurde. Und sie ist lebendig und prägnant vorgetragen. \diamond Zu diesen 3 ausgezeichneten Büchlein sei heute noch ein 4. genannt, das sich gar nicht mit Problemen der deutschen Gegenwart abmüht sondern im Gegenteil von den ehrwürdigsten Kulturen der Erde ausgeht. Es mag zusammenhanglos erscheinen es jetzt hier aufzuführen, aber es ist so gut, daß die Leser von ihm nicht früh genug erfahren können. Das heißt, seine Güte ist wahrscheinlich; es wirklich zu beurteilen ist der Bearbeiter dieser Rundschau gar nicht in der Lage. In *Robert Lachmanns* Musik des Orients (in der Sammlung Jedermanns Bücherei /Breslau, Ferdinand Hirt/) ist eine derartige Fülle des Materials in so knapper, klarer Form gegeben, daß man ständig im höchsten Maß interessiert ist. Manch anderer Autor hätte darüber 1000 Seiten geschrieben, vielleicht brauchte auch das noch nicht zu viel zu sein. Bewunderungswert ist diese Formulierung, die stets verständlich und kurz ist, diese Diktion, die mit ganz wenigen Worten Wesentliches sagt und volle Anschaulichkeit gibt. Man spürt, daß Lachmann seine Studien nicht nur an Büchern getrieben hat, daß er gereist ist, an Ort und Stelle wenigstens einem Teil der orientalischen Musik sich widmen und sich praktisch hineinfühlen konnte. Ihm liegt nicht daran totes Wissen zu vermehren, er erzählt von Kultur und Leben alter und gegenwärtiger Zeiten und beschenkt uns. Diese 4 Bücher seien also angelegentlichst empfohlen.

KULTUR

Innenkolonisation / Otto Karutz

Pachtprobleme Am 30. September 1929 läuft die geltende 5. Reichspacht-schutzordnung ab. Wird sie nicht verlängert, oder tritt an ihre Stelle nicht eine gesetzliche Neureglung des gesamten landwirtschaftlichen Pachtrechtes, so erhalten für die Regelung der Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Pacht ausschließlich wieder die §§ 581 bis 597 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Geltung. Gelegentlich der Annahme der jetzt geltenden Reichspacht-schutzordnung wurde in dieser Rundschau (1927 II Seite 951) bereits darauf hingewiesen, daß, nach den Erfolgen der Interessentengruppen, die einen Abbau des nach dem Krieg eingeführten Pacht-schutzes erstreben, bei der 4. Reichspacht-schutzordnung, die 5. vom 12. Juli 1927 erfreulicherweise eine Tendenz zur Ausgestaltung des Pachtrechtes entsprechend den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen zeigte. Es wurde gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen werde bis zum Ablauf dieser 5. Reichspacht-schutzordnung die endgültige Neureglung des landwirtschaftlichen Pachtrechtes zu erreichen.

Angesichts der großen finanziellen Krise besonders der ostdeutschen Landwirtschaft und der dadurch aufgeworfenen dringenden Probleme der deutschen Agrarpolitik und Agrargesetzgebung scheint es jedoch heute zunächst so, als ob eine Pachtrechtsreform von minderer Bedeutung sei; nötigenfalls wäre durch eine erneute Verlängerung der geltenden Pacht-schutzordnung zu helfen. Demgegenüber steht aber einmal die Tatsache, daß die gesetzgebenden Körperschaften und die Regierung, und sicher mit Recht, seit langem der Auffassung sind, an die Stelle der befristeten und auf die besonderen Verhältnisse der ersten Nachkriegszeit abgestellten Sondergesetze müßten endlich den Erfordernissen der modernen Wirtschaft entsprechende Dauerregelungen treten. Das gilt auch für die Pacht-gesetzgebung der Nachkriegszeit, und zwar einschließlich des Gesetzes über den Pächterkapitalkredit. Ferner hat sich in der jetzigen Agrarkrise gezeigt, daß selbst im schwer gefährdeten Osten der Pachtbetrieb (als solchen wird man die mittleren und größeren selbständigen Pachtwirtschaften anzusehen haben) trotz seiner durch den Verlust des eigenen Betriebskapitals der Pächter in der Infla-

tionszeit besonders geschmälernten und durch die schnelle Pachtzinsaufwertung nach der Stabilisierung doppelt belasteten Wirtschaftsbasis sich erheblich besser als der Eigenbetrieb gehalten hat. Seine Hektarverschuldung ist beispielsweise nach den neuesten Erhebungen noch nicht halb so groß wie die des Eigenbetriebs. Außerdem hat sich gegenüber dem Gütermarkt gerade der Pachtmarkt als in sich viel leichter ausgleichend erwiesen, weil bei der knappen Kapitalbasis der Pachtunternehmungen Fehldispositionen und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten sehr frühzeitig erkennbar werden und schnelle Bereinigung durch Überleitung an neue Wirtschaftler erzwingen. Endlich sind die in der sogenannten Kleinpacht (selbständige und unselbständige Kleinpachtbetriebe) liegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Werte von entscheidender Bedeutung. Die Kleinpacht ist nach dem Krieg ein besonders gern benutztes Mittel der Begründung neuer oder der Erweiterung schon bestehender selbständiger oder halbselbständiger Existenzen gewesen; man denke allein an die Unzahl durchgeführter Anliegersiedlungsverfahren, die auf freier Zeitpacht oder Pacht mit Kaufanwartschaft aufbauen. Daneben sind die vielen bestehenden Kleinpachtungen, gestützt auf den ihnen nach dem Krieg gewährten Schutz, in ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit gefestigt und an Aufgaben herangeführt worden, deren Lösung im Gesamtinteresse von Volk und Wirtschaft liegt; es sei nur auf die verstärkte Kultivierung vom Hof aus und auf die Meliorationsarbeiten durch Kleinpächter in Westdeutschland hingewiesen.

Allein schon die bestehenden Pachtverhältnisse rechtfertigen daher auch heute die beschleunigte Schaffung eines modernen Bedürfnissen entsprechenden Dauerpachtrechtes. Viel mehr noch geschieht dies, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, daß die Bereinigung der deutschen Agrarkrise, vor allem im Osten, unabhängig von den etwa beschrittenen Wegen sicher zu einer außerordentlichen Ausdehnung des Pachtbetriebs in Deutschland führen wird. Die Verpachtung als Mittel längerer Zwischen- oder der Dauerbewirtschaftung wird bei der Aufnahme der zusammenbrechenden Betriebe eine große Rolle spielen. Außerdem wird angesichts der Knappheit an Barkapitalien in den für Neu- und Anliegersiedlung interessierten Bevölkerungskreisen

die Pachtsiedlung in Zukunft wahrscheinlich eine erheblich größere Bedeutung gewinnen als bisher. Schließlich dürfte sich, unter der Voraussetzung einer Pachtrechtsreform, die die auf dem Bodenmonopol beruhende wirtschaftliche Überlegenheit des Verpächters für immer beseitigt und Pächter und Verpächter zu einander gleichstehenden Partnern macht, die selbsttätige Regulierung des Pachtmarkts noch verstärken, indem dann die genügend kapitalstarke westdeutsche Nachfrage nach Pachtobjekten dem umfangreichen ostdeutschen Angebot gegenüberzutreten geneigt sein wird.

Die Pachtschutzgesetzgebung der Nachkriegszeit hatte über das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs hinaus den Pachtbetrieben aller Größen den sogenannten wirtschaftlichen Pachtschutz gebracht, das heißt die Revisibilität des Pachtzinses im Fall allgemeiner wirtschaftlicher Veränderungen. Für die Kleinpacht hatte sie außerdem den sogenannten sozialen Pachtschutz geschaffen, das heißt die Möglichkeit ablaufende Verträge bis zu 2 Jahren verlängert, für gekündigte Verträge das Recht zur Pachtfortsetzung und schließlich vorzeitige Pachtaufhebung zu erhalten. Mit diesen Ergänzungen des Pachtrechts ist aber für seine notwendige Modernisierung nicht genügend getan. Das Bürgerliche Gesetzbuch geht in seinen Bestimmungen über die Pacht von Wirtschafts- und Betriebsverhältnissen aus, die heute völlig überholt sind. Der Boden ist danach der Hauptbestandteil des Pachtbetriebs, er soll gegen jede Gefährdung durch den Pächter geschützt werden. Der Pächter wird nur als Konsument des Bodens, nicht als Produzent auf ihm gewertet. Daraus folgt die durch das Bodenmonopol noch verstärkte bisherige wirtschaftliche Überlegenheit des Verpächters gegenüber dem Pächter. Bei der Änderung dieses Grundzugs des Pachtrechts wird die Reform zu beginnen haben. Der Pächter wird ganz unabhängig von der Größe seiner Pachtung, als Träger eines produzierenden Betriebs, zu schützen, das heißt wirtschaftlich und rechtlich so zu stellen sein, daß er dem Verpächter jederzeit mindestens als gleichberechtigter und gleichbewerteter Vertragspartner gegenübertritt. Eine Reihe von Maßnahmen muß dabei getroffen werden; für die meisten ist Unabdingbarkeit notwendig. Sie seien kurz aufgezählt. Zunächst ist es die Schaffung der sicheren Rechtsgrundlagen für den Pachtbetrieb durch

klare Feststellung der Leistungen beider Vertragsteile im Vertrag. Weiter kommen dann die Abgrenzung und der Ausgleich der Rechte und Pflichten aus dem Pachtvertrag, insbesondere durch genaue Festlegung der Hauptverpflichtungen des Verpächters und des Pächters, durch gesetzliche Sicherung der Krisenelastizität des Pachtbetriebs und durch Regelung des Inventarrechts, vor allem des pächterischen Inventarpfandrechts. Endlich erscheinen eine Dauerregelung des Pächterkreditrechts und seine organische Einordnung in das allgemeine Pachtrecht sowie prozeßrechtlich die Sicherung der sachverständigen Beurteilung der Streitfälle in Pachtsachen nötig. Für die wichtige Gruppe der Arbeitspächter (Heuerlinge) werden außerdem soziale Sicherungen unbedingt erforderlich sein.

Die Organisationen der Pächter haben, soweit die Veröffentlichungen bisher erkennen lassen, einen in ähnlicher Richtung gehenden Gesetzentwurf fertiggestellt, der nach Publikation Gelegenheit geben wird die dringenden Pachtprobleme weiter zu diskutieren. Von den Verpächtern wird dort die volle Rückkehr zur Unzulänglichkeit und Vertragsfreiheit des Bürgerlichen Gesetzbuchs gefordert. Den Befürwortern einer Pachtrechtsform wird das Schreckgespenst der Unterhöhung des Eigentumsbegriffs durch solche fortschrittliche Agrarpolitik vorgehalten. Das braucht jedoch nicht weiter zu schrecken. Die wichtigsten europäischen Länder und eine ganze Reihe vergleichbarer außereuropäischer haben bereits seit langem ein den Erfordernissen der modernen Betriebsgestaltung in der Landwirtschaft angepaßtes Pachtrecht. Es geht teilweise noch wesentlich über das hinaus, was eben als erforderlich für ein neues deutsches Pachtrecht kurz skizziert worden ist. Diese fremden modernen Pachtrechte haben nach den Erfahrungen der letzten 2 Jahrzehnte aber in ihrer Weise durchaus dazu beigetragen die Landwirtschaft jener Länder erheblich zu fördern. Gleichzeitig ist die Gefährdung des Eigentumsbegriffs nirgends eingetreten, im Gegenteil, sein sittliches Fundament ist verstärkt worden, weil man der schaffenden Arbeit gegenüber dem Rentnerium Stärkung und Rückendeckung gewährt hat. Man wird darum auch in Deutschland den Mut zu einer durchgreifenden Reform aufbringen müssen, will man nicht gegenüber anderen Ländern auf diesem wichtigen Gebiet erheblich ins Hintertreffen geraten.

Preußen: Siedlungsleitung Am 1. März schied der Leiter der Siedlungsabteilung im Preußischen Landwirtschaftsministerium *Ernst Articus* infolge seiner Ernennung zum Präsidenten der Reichs- und der Preußischen Staatsschuldenverwaltung aus seiner bisherigen Stellung aus. Dadurch verliert das Landwirtschaftsministerium einen Mann, der in voller Erkenntnis der geschichtlichen Aufgabe im deutschen Osten geradezu fanatisch die Siedlung vorwärtszutreiben versucht hat. Dieser Siedlungsfanatismus, in Verbindung mit dem Bewußtsein der gewaltigen staats- und agrarpolitischen Verantwortlichkeit seiner Person, hat aber der preußischen Siedlung, und damit der deutschen Siedlung überhaupt, einen zentralistischen und bürokratischen Zug gegeben, der ihr, von Articus sicher ungewollt, vielfach ein Hemmschuh geworden ist. In dem heftigen Siedlungskompetenzstreit zwischen Reich und Preußen 1926-1927 war darum Articus eine der am meisten umkämpften Persönlichkeiten (siehe dazu hier den Artikel Palettas *Siedlungsstreit oder Siedlung?*, 1927 II Seite 635 und folgende). In das Landwirtschaftsministerium trat Articus bereits 1911 als Hilfsarbeiter ein; danach war er unter anderem Präsident des Oberlandeskulturgerichts, des heutigen Oberlandeskulturamts, und seit 1919 Ministerialdirektor und Leiter der Siedlungsabteilung im Landwirtschaftsministerium.

Sein Nachfolger dort ist der bisherige Königsberger Landeskulturdirektor *Erich Bollert* geworden. Bollert steht im 46. Lebensjahr. Ihm geht der Ruf eines besonders tüchtigen und verantwortungsfreudigen Siedlungspraktikers voraus. Ursprünglich war er im Justizdienst tätig, er wandte sich aber bereits vor dem Krieg agrarpolitischen Studien und Arbeiten zu. Er leitete zunächst die 1914 von Preußen und den beteiligten Landkreisen zur Melioration und Besiedlung des Havelländischen und des Rhinluchs begründete Siedlungsgesellschaft Haveland-Ruppin, war von 1914 bis 1918 an der Front und übernahm dann unter Weiterarbeit an der Havelland-Ruppin-Gesellschaft das Syndikat des Kreises Osthavelland. 1921 trat Bollert in die Landeskulturverwaltung über, um nach seinen in der innern und kommunalen Verwaltung sowie bei einer Siedlungsgesellschaft gewonnenen praktischen Siedlungserfahrungen nun auch von der Spezialverwaltung aus in die Dinge einzudringen. Von 1922 an leitete er das Kul-

turamt Berlin-Teltow und ging 1927 als Landeskulturdirektor nach Königsberg in Preußen. Zur Erweiterung seiner Siedlungserfahrungen und zur Erschließung der Kenntnis ausländischer Agrarpolitik bereiste Bollert vor und nach dem Krieg die meisten Länder Mittel- und Nordeuropas; die Ergebnisse aller seiner Reisen werden von ihm veröffentlicht (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 177). Eine leichte Aufgabe hat Bollert nicht übernommen. Die deutsche Siedlung muß in vieler Hinsicht ausgestaltet, die Siedlungsverwaltung belebt und mehr als bisher mit wirtschaftlichem und sozialem Geist durchsetzt werden. Bollerts Persönlichkeit bietet die Gewähr, daß er dies anpacken und auch schaffen wird.

Kurze Chronik Der frühere oldenburgische Ministerpräsident Theodor Tantzen veröffentlichte im Berliner Tageblatt vom 23. Februar 1929 einen Aufsatz *Das Siedlungswerk*, der anscheinend noch einmal die *demokratischen Siedlungsforderungen* programmatisch zusammenfassen soll. Nach nochmaliger eingehender Darlegung der politischen Notwendigkeit, der wirtschaftlichen Voraussetzungen und der tatsächlichen Lage unserer ländlichen Siedlung, wobei insbesondere der durch die Überorganisation in der Verwaltung entstehende verlorene Aufwand kritisch beleuchtet wird, fordert Tantzen einen Siedlungsdiktator, der unsere Siedlung auf höchste wirtschaftliche Leistung umstellen und so für eine wahrhafte Erfüllung des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 den Grund legen soll. \diamond Als einer der ersten Landkreise beschloß Ende Dezember 1928 der vorpommersche Landkreis Franzburg-Barth unter dem Landrat Heinrich Rönneburg, dem bekannten demokratischen Reichstagsabgeordneten und früheren braunschweigischen Staatsminister, selbst als *Siedlungsunternehmer* aufzutreten. Zunächst ist als erstes Siedlungsobjekt die bisherige Domäne Wolfsdorf in Aussicht genommen. \diamond Die Bayrische Landesiedlung wird in Zukunft in besonderem Maß die Besiedlung des *Bayrischen Walds* und der nördlich davon gelegenen Gebiete betreiben, nachdem gewisse Beiträge aus den Reichszwischenkrediten auch für die Siedlung in den bayrischen Ostgebieten bereitgestellt sind. \diamond Auf dem letztjährigen Internationalen Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau in Paris (siehe darüber die Rundschau Kunstgewerbe, 1928 II Seite 735) wurde

die Gründung eines *Internationalen Verbands für Wohnungsreform* beschlossen. Das dort gebildete Provisorische Komitee wählte als Verbandssitz Deutschland, und zwar Frankfurt am Main. Dorthin wurde auch zum 12. und 13. Januar die konstituierende Verbandsversammlung berufen. Sie bestätigte die Pariser Gründungsbeschlüsse, legte das Arbeitsprogramm fest und beschloß die Herausgabe eines 3sprachigen Verbandsorgans *Internationales Wohnungsblatt*. Zum Präsidenten des Verbands wurde F. M. Wilbaut /Frankreich/, zum Generalsekretär Hans Kampffmeyer /Deutschland/ gewählt; außerdem gehören dem Vorstand Vertreter Belgiens, Dänemarks, Hollands, Norwegens, Österreichs, Polens, Schwedens, der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Amerika an.

Literatur

In der Sammlung der Bonner Agrarpolitischen Untersuchungen /Bonn, Kurt Schroeder/ erschien eine Arbeit *August Skalweits* Das Pachtproblem. Zwar handelt die Arbeit besonders von den durch die Inflation und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit in der landwirtschaftlichen Pacht aufgeworfenen Fragen, sie bildet aber trotzdem auch heute noch eine wichtige Erkenntnisquelle; als erste neue größere Spezialstudie über das neuzeitliche Pachtwesen überhaupt, sodann in den sehr aufschlußreichen Ausführungen über den Teilbau, die Naturalienpacht und die Pacht nach gleitender Skala. \diamond Die Vorarbeiten zur Pachtrechtsreform geben der *Pachtenquete* des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen erneut große Bedeutung; ist sie doch die letzte umfassende Sachdarstellung der deutschen landwirtschaftlichen Pachtverhältnisse. Max Sering hat ihre Ergebnisse unter dem Titel *Die landwirtschaftliche und soziale Bedeutung der Zeitpacht in der deutschen Landwirtschaft 1924-1925* im 1. und 2. Band der *Berichte über Landwirtschaft Neue Folge* /Berlin, Paul Parey/ veröffentlicht. In der selben Sammlung erschienen Arbeiten Constantin von Dietzes *Die englische Pachtgesetzgebung* und Ernst Palmgrens *Das Prinzip des Pächterschutzes in Schweden*. \diamond Vom Standpunkt der Verpächter aus erörtert *Egon Graf von Merveldt* in seiner Dissertation *Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Reichspachtenschutzordnung vom 9. Juni 1920 in ihrer neuesten Fassung vom 23. Juli 1925* /Halle, Ostdeutsche Druckerei und Ver-

lagsanstalt/ die Pachtenschutzfrage. Zwar entwickelt er dabei eine Reihe auch vom Pächterstandpunkt aus richtiger Gedanken, vor allem bei der Behandlung des Systems eines guten Pachtenschutzes, er läßt jedoch Konsequenz vermissen, wenn er in seinen Schlußfolgerungen einen etwaigen gesetzlichen Niederschlag seiner eigenen Forderungen als verfehlt bezeichnet und ablehnt. Wird die Arbeit auch nicht dem Gesamtproblem der landwirtschaftlichen Pacht in Deutschland gerecht, so hat sie doch wegen ihrer wissenschaftlichen Anerkennung wichtiger Pächterforderungen durch die Verpächterseite für die bevorstehende politische und gesetzgeberische Arbeit besondere Bedeutung. \diamond Untersuchungen über Entwicklung, Wesen und Formen der landwirtschaftlichen Pacht heißt eine im 66. Band der *Landwirtschaftlichen Jahrbücher* /Berlin, Paul Parey/ veröffentlichte Arbeit *Karl Brandts*, des früheren Leiters der Landwirtschaftlich - Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Domänenbank, jetzt Leiters der gleichen Abteilung der Preußenkasse. Brandt führt in sehr anschaulicher Darstellung durch das gesamte landwirtschaftliche Pachtwesen, beschränkt sich bei der Problematik der Pachtwirtschaft allerdings im wesentlichen auf den sogenannten Pachtbetrieb. Der Typus des in neuester Zeit in Deutschland besonders entwickelten Unternehmerpächters steht im Mittelpunkt der Untersuchung. Man kann die Arbeit daher beinahe als den Versuch einer Soziologie der Großpacht oder richtiger noch des Unternehmerpächters bezeichnen. Im historischen Teil fällt die von Brandt vertretene Ansicht auf, die mittelalterliche Abhängigkeit von der Grundherrschaft sei nichts anderes als ein Pachtverhältnis gewesen; man darf auf die Antwort der Historiker gespannt sein. Brandts Vorschläge zur Neuordnung des deutschen Pachtrechts und damit zur Veränderung der Struktur der deutschen Pachtwirtschaft sind, trotz der etwas einseitigen Berücksichtigung des Unternehmerpächters, recht wertvoll.

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

Hochhaus Der Beschluß der Berliner Stadtverordneten: Richtlinien für den Bau von Hochhäusern aufzustellen, gibt Gelegenheit die Frage des Hochhauses zu erörtern. Das Hochhaus wird noch immer als eine reine Bauangelegenheit betrachtet, seine Gebundenheit an den Stadtplan noch immer allzu sehr außer acht gelassen. Es

ist damit nicht etwa die Festlegung städtebaulich geeigneter Punkte gemeint, die sich zur Errichtung von Hochhäusern eignen, vielmehr die Relation der Hochhausbebauung zum Stadtplan.

Wie der Grundriß aller Städte beruht auch der Berlins auf dem System des Einzelhauses, das sich schon für das Mietshaus als ungeeignet erwiesen hat und für Geschäftshäuser noch viel unvollkommener ist, wie die amerikanischen Hochhausstädte zeigen, in denen durch die Diskrepanz zwischen Stadtgrundriß und Bebauung die Vorteile des Hochhauses wieder aufgehoben werden. Trotzdem kann das Hochhaus für die Innenstadt durchaus als die einzige Bauform gewählt werden, wenn es über einem dem Hochhaus entsprechenden Stadtgrundriß errichtet wird. Hierdurch würde sich nicht nur eine günstige Verkehrsabwicklung ermöglichen, sondern durch die sich ergebenden großen Abstände wäre auch die nötige Licht- und Luftzufuhr gesichert. Dies kann lediglich durch andere Verteilung der Baumasse auf dem Gelände erreicht werden, durch ihre Konzentration zu Hochhäusern, ohne daß man damit das Gelände noch stärker ausnutzen müßte als bisher. Hierdurch ergeben sich die notwendigen großen Abstände, die im Minimum der Gebäudehöhe entsprechen müssen. Sie gestatten die Anordnung eines Straßensystems in mehreren Etagen und damit eine vollkommene Trennung des Fußgängerverkehrs vom Wagenverkehr und ermöglichen auch Parkplätze für Automobile auf allen Straßen anzuordnen. Ein solches mehretagiges Straßensystem wird demnächst in Paris angewandt werden. Das Pariser Projekt sieht einen Straßenzug von der Rue du Faubourg Saint-Honoré bis zur Rue de Courcelles vor, der unter der Oberflächenstraße eine weitere unterirdische Straße haben soll. Die obere Straße soll für den schnellen durchgehenden Verkehr reserviert bleiben, auf der kein Fuhrwerk halten soll, außer um Fahrgäste aufzunehmen oder abzusetzen. Auch für London werden solche Straßen vorgeschlagen, und in Berlin wird man sich ebenfalls damit beschäftigen müssen.

Berlin: Platz der Republik

Der vor einem Jahr veranstaltete Wettbewerb um einen Ergänzungsbau des Reichstagsgebäudes hatte kein Ergebnis gezeitigt, das unmittelbar zu verwenden gewesen wäre. Das lag im wesentlichen daran, daß, wie es in Berlin so üblich

ist, aus einer Nebensache die Hauptsache gemacht wurde. Die Bauten, die künftig an und um den Platz der Republik zu errichten sind, können nur im Zusammenhang mit einer Neugestaltung dieses Platzes durchgeführt werden. Hierzu bietet der notwendige Erweiterungsbaue des Reichstags die erste Gelegenheit, von der man damals bedauerlicherweise keinen Gebrauch machte. Jetzt soll unter den Preisträgern jenes Wettbewerbs und unter Hinzuziehung von 6 vom Reichsausschuß für das Wettbewerbswesen vorgeschlagenen Persönlichkeiten ein neuer, beschränkter Wettbewerb ausgeschrieben werden, der auch Vorschläge für die Gestaltung des Platzes der Republik machen soll. Was die Preisträger eines Bibliothekneubaus mit der Gestaltung der Platzanlage zu tun haben, ist allerdings nicht ersichtlich. Denn hierbei handelt es sich doch um eine völlig andere Aufgabe, für die nicht jeder geeignet erscheint.

In dem Bebauungsplan, den Martin Mächler in den Jahren 1917 bis 1919 für Berlin aufgestellt hat, ist auch bereits diese Aufgabe prinzipiell in weitgehendem Maß gelöst. Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen, die nur eine architektonische Gestaltung dieses Platzes zum Ziel hatten, legt Mächler die heute verstreut liegenden Reichs- und Staatsministerien, deren Raumknappheit außerdem Neubauten erfordert, im Interesse einer vereinfachten Geschäftsabwicklung zusammen und schafft damit gleichzeitig ein politisches Forum. Die Große Berliner Kunstausstellung veranstaltete 1927 eine Ausstellung, in der in historischer Folge die Veränderung des Geländes vor dem Brandenburger Tor gezeigt wurde. Hier war auch ein von Hugo Häring durchgeführter Entwurf ausgestellt, der die architektonische Gestaltung dieses Platzes unter Zugrundelegung der Mächlerschen Ideen und Vorschläge durchzuführen versuchte. Das Besondere des Häringschen Vorschlags ist, daß er die erforderlichen Gebäude so anordnete, daß aus dem Platz der Republik eine Art Amphitheater wird, was ihn gerade für seine Zwecke: die Abhaltung von Versammlungen, Festen und dergleichen, geeignet macht.

Es ist fraglich, ob ein Wettbewerb bei den in Deutschland üblichen Gepflogenheiten bei solchen Anlässen zu einem wünschenswerten Erfolg führt. Zweckmäßiger wäre es geeignete Persönlichkeiten zur Bearbeitung eines Gutachtens über diese Angelegenheit aufzufordern.

Forschungsgesellschaft für Bauwirtschaft

Bei dem von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen ausgeschriebenen Wettbewerb für die Aufteilung und Bebauung des Geländes der Forschungs-siedlung Haselhorst bei Spandau, über den die Forschungsgesellschaft eine Publikation herausgebracht hat, erhielt Walter Gropius den 1. Preis. Die Ausschreibung hat aber keinerlei neue Vorschläge gebracht. Vor kurzer Zeit noch umstrittene Dinge sind heute bereits Allgemeingut geworden. Auch die Grundrisse zeigen nichts Neues; denn die wenigen guten Grundrisse waren auch vor der Ausschreibung bekannt. Peinlich berührt es allerdings, daß die Reichsforschungsgesellschaft sich bei der Ausschreibung nicht darüber im klaren war, wieviel Wohnungen ungefähr auf dem Gelände untergebracht werden sollen, so daß sie sich nach verschiedenem Einspruch veranlaßt sah die von ihr ursprünglich geforderte Zahl von zirka 4000 Wohnungen aufzugeben und die Entscheidung über die Anzahl der Wohnungen den Bewerbern zu überlassen. Damit wurde dem Wettbewerb eine wesentliche Grundlage entzogen. Es muß auch außerordentlich bedenklich erscheinen, daß das Preisgericht, um zu einer einheitlichen Bewertung des eingereichten Materials zu gelangen, nachträglich eine Anzahl Leitsätze aufstellte, die, wie es sich von selbst versteht, vor der Ausschreibung von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hätten bekanntgegeben werden müssen.

Verwunderlich ist aber, daß die Reichsforschungsgesellschaft zur Untersuchung der aktuellen Bauprobleme derartig umfangreiche Neubauten ausführen zu müssen glaubt. Daß die Großbaustelle gegenüber der Kleinbaustelle wirtschaftliche Vorteile bietet, ist eine Selbstverständlichkeit, die nicht erst des Nachweises bedarf. Es ist nicht Aufgabe der Reichsforschungsgesellschaft in großem Ausmaß Wohnungen zu bauen, ihre Aufgabe ist vielmehr neben konstruktiven, wärmetechnischen, hygienischen und wirtschaftlichen Problemen neue Wohnungsgrundrisse auf ihre Bewohnbarkeit hin auszuprobieren, wofür die praktischen Erfahrungen der Bewohner dieser Wohnungen eine wichtige Grundlage bieten. Für diese Versuchszwecke ist es praktischer jährlich weniger, aber dafür möglichst verschiedenartige Wohnungen bauen zu lassen.

Chinesische Ausstellung

Die Gesellschaft für Ostasiatische Kunst und die Preußische Akademie der Künste haben in den Ausstellungsräumen der Akademie in Berlin, unter der wissenschaftlichen Leitung Otto Kümmerl, eine Ausstellung chinesischer Kunst veranstaltet, die zum erstenmal in Europa einen Überblick über ihre gesamte Entwicklung im Verlauf von 4 Jahrtausenden, und zwar, mit Ausnahme der Baukunst, in ihrem ganzen Umfang gibt. In Ostasien besteht nicht, wie bei uns, eine Trennung zwischen sogenannter freier und angewandter Kunst. Alle Kunstwerke dienen vielmehr dem Kultgebrauch, waren kultischen Zwecken untergeordnet. Daher besteht der größte Teil der ausgestellten Kunstwerke aus Gefäßen, Lack-, Bronze-, Gold- und Silberarbeiten, Keramik und Weberei, sogenannten Gebrauchsgegenständen, deren Durchbildung allerdings von einer in Europa bisher nicht erreichten Vollkommenheit ist. Trotz der Bindung an den kultischen Zweck ist das Material niemals vergewaltigt, vielmehr wurden alle im Material liegenden Möglichkeiten voll ausgenutzt, und gerade dadurch wurde die der chinesischen Kunst eigentümliche Vollkommenheit erreicht. Als eine Besonderheit muß der Katalog dieser Ausstellung erwähnt werden, in dem jedes ausgestellte Stück abgebildet und kurz beschrieben ist.

Kurze Chronik Im November 1928 wurde in der Städtischen Kunsthalle in Mannheim eine Ausstellung unter dem Titel *Das ewige Handwerk* eröffnet. Der Zweck der Ausstellung war: festzustellen, welche Aufgaben der Gestaltung in den angewandten Künsten auch heute, und voraussichtlich in Zukunft, der bildenden Hand vorbehalten werden, im Gegensatz zu den technisch-maschinellen Massen- und Serienerzeugnissen, die mit ihren typisierten Formen die eigentliche Signatur der Kunst von heute und morgen abgeben. Zwar richtet sich die Mannheimer Ausstellung nicht gegen Maschine und Industrie und ihre besonderen Formen. Auch wollte sie keinem romantisch-sentimentalen Rückzug das Wort reden sondern den Versuch einer ersten vorläufigen Abgrenzung darstellen. Doch muß betont werden, daß das Handwerk heute lediglich für eine Luxuskäuferschicht in Frage kommt, während der allgemeine Bedarf von der maschinellen und industriellen Produktion gedeckt

wird. ◊ Es ist erfreulich, daß städtische Verwaltungen heute für die typographische Gestaltung ihrer *Drucksachen* Künstler heranziehen. Nach der Stadt Frankfurt, für die Hans Leistikow die Drucksachen bearbeitete, hat jetzt die Stadt Hannover Kurt Schwitters den Auftrag zur typographischen Gestaltung der Drucksachen erteilt. ◊ In der diesjährigen Weltausstellung in Barcelona wird ein *Palast der Buchdruckerkunst* errichtet werden. Er soll bei 4000 Quadratmeter Grundfläche alles zeigen, was mit dem Buch und der graphischen Kunst in Beziehung steht. ◊ In Offenbach am Main wurde das von Hugo Eberhardt 1912 begründete *Deutsche Ledermuseum* nach Neuauftellung seines Bestands für den Besuch wieder eröffnet. Das Museum bezweckt die Beeinflussung der lederverarbeitenden Industrie in geschmacklicher, technischer und qualitativer Beziehung. Es zeigt Lederarbeiten aller Zeiten und Völker auf jedem Gebiet der Lederverwendung.

Literatur

Nach Jahren lebhafter Diskussion, heftiger Angriffe, entschiedener Verneinung

hat sich mit der neuen Baukunst auch die neue Typographie durchgesetzt. Beide sind heute anerkannt, selbst von denen, die ursprünglich ihre schärfsten Gegner waren. Aber leider ist diese Anerkennung nur ein Äußerliches, Formales, in der Baukunst sowohl wie in der Typographie; denn die Bindung an die neue Form ist noch nicht das Neue. Das Vordringen zum Wesentlichen wird dadurch nur erschwert, vielleicht unmöglich gemacht. In einer Zeit, da eine halbverstandene Sache zu einer Modeströmung wird, ist daher ein Buch wie das *Jan Tschicholds Die neue Typographie*, ein Handbuch für zeitgemäß Schaffende/Berlin, Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker/, das die Gesetzmäßigkeit der neuen Typographie aufzuzeigen versucht, von außerordentlicher Bedeutung. Tschichold, einer der wenigen Initiatoren der neuen Typographie, ist Lehrer an der Meisterschule für Deutschlands Buchdrucker in München. Er verfügt nicht nur über die entscheidenden technischen Kenntnisse und Fertigkeiten sondern sieht auch den geistigen Zusammenhang seines Arbeitsgebiets mit dem Gesamtkomplex des heutigen Lebens. Er weist nach, daß die neue Typographie ein ebenso notwendiger Ausdruck einer neuen Gesinnung ist wie etwa die neue Baukunst. Zunächst gibt

er einen kritischen Überblick über die alte Typographie, dem eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung der neuen Malerei und der aus ihr hervorgehenden neuen Typographie folgt. Weiter behandelt er ihre Grundbegriffe sowie ihre Zusammenhänge mit der Photographie. Von großem Interesse für den Praktiker ist der 2. Teil des Buchs, Typographische Hauptformen betitelt. Er behandelt das Typosignet, den Geschäftsbrief, den Halbbrief, Briefhüllen ohne Fenster, Fensterbriefhüllen, die Postkarte, die Postkarte mit Klappe, die Geschäftskarte, die Besuchskarte, Werbesachen (Karten, Blätter, Prospekte, Kataloge), das Typoplatkat, das Bildplakat, Schildformate, Tafeln und Rahmen, Inserate, die Zeitschrift, die Tageszeitung, die illustrierte Zeitung, den Tabellensatz und das neue Buch. Trotz den vielen Beispielen, die es bringt, will das Buch kein Vorlagebuch sein. Es soll anregen und den Buchdrucker zum Bewußtsein seiner selbst und der Eigenart gerade seiner Arbeit bringen. ◊ Die Physiognomie der Städte ist von großer Bedeutung für ihre Kunst-, Kultur- und Baugeschichte. Wichtige Beiträge dazu liefert die Sammlung *Das Gesicht der Städte* /Berlin, Albertusverlag/, in der jetzt ein neuer Band erschienen ist: *Moskau*, bearbeitet von Alexis A. Sidorow, unter Mitwirkung von M. P. Block. *Wie Paris an der Seine, Rom am Tiber, so ist auch Moskau an der Krümmung eines Flusses, der Moskwa, erbaut worden. Moskau ist eine typisch mittelalterliche Stadt, rund um den Kreml gebaut, von dem strahlenförmig die Straßen ausgehen. In eindrucksvollen Photographieen von Eremín, Grünberg, Klepikow und anderen wird das Bild dieser phantasievollen Stadt gegeben, mit ihren prunkvollen Kirchen, Klöstern und Palästen, deren Architektur trotz ihrer stilistischen Verschiedenheit durch die Atmosphäre der Stadt zu einer phantastischen Einheit wird, in die sich auch die Bauten der spätern Zeit einfügen. Das nachrevolutionäre Moskau wird nicht nur in Wohn- und Geschäftsbauten gezeigt sondern auch in Ausschnitten aus dem Leben der Straße, der Werkstatt, der Schule.*

EINZELNES

Neuerscheinungen

Europäische Reise

Man liest allerhand sehr geschicte Bücher über die Tendenz der neuen Zeit: was man unter ihr zu verstehen habe,

was sie von einem wolle usw. Aber selten liest man Bücher, die unmittelbar und direkt aus ihr stammen. Das Buch *Anna Siemsen Daheim in Europa* /Jena, Verlagsgesellschaft Urania/ hat durchaus etwas davon. Da spricht ein Mensch zu uns, vom Land, mit dem gesunden und schönen Boden, aus dem er stammt, eng verwachsen, der großen Stadt eigentlich fern, und alles in allem mit einem warmen frauenhaften Gefühl zur Welt. Aber in diesen alten gewohnten Formen hat sich alles anders und neu gewendet. Da ist das ganze Wissen überraschend leicht genommen, als wenn sein Wert durchaus nicht so erwiesen sei. Unter all dem, was unsere gebildeten Augen sonst zu beachten gewohnt waren, sieht Anna Siemsen etwas anderes, ein ganz neues Junges, und dadurch wieder, daß sie mit diesem Wachstum so verknüpft ist und seine helle Kraft so fühlt, kann sie so reizend leicht von all dem Wissensballast sprechen, der auf ihm liegt; sie kann wohl ärgerlich und auch zornig über ihn sein, aber sie selbst ist von ihm frei, und sie weiß ja auch, daß er eigentlich schon zur Vergangenheit gehört. Darum ist sie wohl auch ein so glücklicher Mensch. Sie ist ein Wanderer von Gottes Gnaden. Sie wandert und findet überall Neuland. Wovon sie ausgeht, ist: Der Baedeker zeigt all den vielen Reisenden sich in der Welt, wie unsere bürgerliche Bildung sie kennt, zurechtzufinden. Es ist das eine Welt, die so komplett ist, daß sie eigentlich nur Raum für Detaillierungen, aber nicht für Ausbau ins Neue hat. Nun fangen aber auch die Arbeiter an zu reisen, und wie der Baedeker keine Herbergen für sie weiß, so weiß er auch kaum, was sie sonst auf ihren Reisen suchen mögen. Gerade das will nun Anna Siemsen geben. Was sie aufnimmt, scheint davon bestimmt zu sein, was sie, und mit ihr wohl die Arbeiterklasse, jetzt zu der Entwicklung braucht. Und sah man früher gar nicht die andere Welt der Arbeiter, die breite Basis, auf der unsere Welt ruhte, und die sie zu ihrem Leben brauchte, so sieht Siemsen sie zu allererst. Sie fühlt ihre neuen Ansprüche ans Leben und begrüßt jeden Schritt auf diesem Weg mit Begeisterung. Ganz besonders wesentlich ist ihr dabei, daß diese Ansprüche überall ganz die selben sind, und daß in die Gemeinsamkeit, die diese Ansprüche auf Licht und Leben schaffen, staatliche Abgrenzungen nur Fremdes und Totes hineinragen. Das ist ein besonders Gutes an dem Buch, daß die Gruppierungen, die die gemeinsamen Ar-

beitsbedingungen schaffen, oder die das Land ergibt und die gleiche Bodenbeschaffenheit, von Anna Siemsen als die neuen Gemeinschaften der Zukunft gefaßt werden, so daß alle die nationalen Grenzen daneben in Nichts zerfallen.

Es ist sehr schön, wie sie das Spezifische der einzelnen Gegenden sieht. Schön, wie sie Frankreich um Paris beneidet, das Herz des Landes, und wie sie in Paris wieder nur die Arbeiterklasse sieht, die nichts von trennendem Nationalismus weiß. Sie erzählt, wie die Arbeiter Nordfrankreichs und die Arbeiter Südbelgiens unter einander in Austausch stehen, hin und her, wie sie ein Gefüge bilden, das nur durch künstlichste Hetze zu lösen wäre. Was sie aber in Frankreich am meisten bewegte, war die Freiheit, die Selbstverständlichkeit, mit der revolutionäre Solidarität dort geübt wird. So berichtet sie diesen charakteristischen Fall: »Ich war in Paris«, erzählte mir ein Genosse, »als vor ein paar Jahren Ferrer hingerichtet wurde. Die Abendblätter brachten die Nachricht. Die allermeisten, die sie in der Untergrundbahn lasen, wußten gar nicht, wer Ferrer war. Aber sie lasen: Ein Revolutionär von spanischen Gerichten verurteilt und erschossen. Das genügte. Als wir aus der Untergrundbahn kamen, waren wir ein paar Hundert, die demonstrieren wollten. Aber sie kamen von allen Seiten. Wer die Nachricht gelesen hatte, schloß sich an. Als wir vor der spanischen Gesandtschaft ankamen, waren wir Tausende. Wir sangen die Internationale. Wir piffen den Gesandten aus und warfen ihm die Fenster ein. Dann gingen wir wieder nach Hause.« Das ist die spontane Art ganz von selbst, und ohne viel zu fragen und zu bedenken, das Richtige zu treffen. Sie ermöglicht die revolutionäre Tradition. Während sich bei uns die Tradition, mindestens bis zum November 1918, kaum einen Schritt weit von dem Monarchen fortwagte, darin sieht Siemsen auch die Ursache unserer Ängstlichkeit und unjugendlichen Vorsicht in politischen Dingen. (Übrigens würde ich denken, daß neben der monarchischen Tradition auch die moralische die Schuld daran trägt. Die ständige Frage, ob man das Recht zu dem und jenem Vorgehen habe, lähmt natürlich jeden naiven Impuls, sowohl in den kleinen Entladungen wie auch im großen; man denke nur an das Gesetz der Fürstenabfindung.) Schön ist auch, wie Anna Siemsen das neue, das sozialistische Wien liebt.

Lisbeth Stern